

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,50 Mk. monatlich 1,10 Mk. wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Einträge in die Postzeitungsliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich. Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonelle über deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Berichts- und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pfg., „Kleine Anzeigen“, das erste (leitgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schlußzeilen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 14. Oktober 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Reichslande.

Der beinahe schon sagenhaft gewordene Entwurf einer Verfassung für Elsaß-Lothringen soll nunmehr an das preussische Staatsministerium gehen. Wenn er dort genügend „begutachtet“ und „bearbeitet“ ist, wird er den einzelnen Bundesstaaten überwiesen, die ein Gleiches tun werden. So verläutet in der reichsländischen Presse, und die Bevölkerung der Reichslande wird es mit gemischten Gefühlen vernehmen. Denn sie ist in den vier Jahrzehnten, seit sie dem Reiche „wiedergewonnen“, im allgemeinen nicht verwöhnt worden, und so wird sie sich schon in den Gedanken gefunden haben, daß nach so langen Geburtswehen ein artiger Wechselbad zum Vorschein kommt.

In jeder offiziellen Rundgebung wird den Elsaß-Lothringern versichert, man werde auf ihre Vergangenheit und auf ihre Eigenart Rücksicht nehmen. Aber die Elsaß-Lothringer werden von einer solchen Rücksichtnahme wenig oder nichts verspürt haben. Wollte man sie wirklich betätigen, so müßte die neue Verfassung eine demokratische sein. Dies geht aus der neueren Geschichte der beiden Provinzen zur Evidenz hervor.

Als Ludwig XIV. durch die Reunionskammern die Angliederung fast des ganzen Gebietes der heutigen Reichslande an Frankreich beschließen ließ und sie mit Waffengewalt durchführte, wurde dies von der Bevölkerung nicht sonderlich schmerzlich empfunden. Das alte heilige „römische Reich deutscher Nation“ mit seinen Habsburgern war ihr zuwider geworden. Als die Franzosen Straßburg besetzten, war ihnen von dem dortigen Bischof, einem derer von Fürstenberg, eifrig vorgearbeitet worden. Die französische Regierung bewies viel Staatsklugheit in der Behandlung der angegliederten Provinzen; die Rechte der Protestanten wurden auch nach der Aufhebung des Edikts von Nantes geachtet; später nahm indessen der Katholizismus im Gebiete der beiden Provinzen wieder zu. Bei deutschen Historikern findet man oft den Satz, daß die Stadt Straßburg sich ihr deutsches Wesen nicht habe rauben lassen. Nun, die Franzosen hätten ja gegen das „deutsche Wesen“ auch so vorgehen können, wie die preussisch-deutsche Bürokratie gegen das „französische Wesen“ nach 1870 vorgegangen ist. Aber die Franzosen waren so klug, dergleichen zu tun. Sie wollten die Elsaß-Lothringer für Frankreich gewinnen, und gewannen sie auch. Das „deutsche Wesen“ ließen sie unangefochten; in Straßburg blieb die deutsche Universität bestehen. Man stelle sich einmal das Franzosenfressergeruch bei uns vor, wenn jemand heute vorschlagen wollte, etwa eine französische Universität in Metz zu errichten!

Ueber die damals, sogar unter dem König, der das berühmte „l'état c'est moi“ sprach, im Elsaß herrschende Freiheit der Meinungsäußerung schreibt Goethe in Wahrheit und Dichtung:

„Es ist schon eine ziemlich angenehme Empfindung, uns durch Mißbilligung und Mißreden über unseres Gleichen hinauszusehen, weswegen auch hierin die gute Gesellschaft, sie bestehe aus wenigen oder mehreren, sich am liebsten ergeht. Nichts aber gleicht der begablichen Selbstgefälligkeit, wenn wir uns zu Richtern der Obern und Vorgesetzten, der Fürsten und Staatsmänner erheben, öffentliche Anfallen ungeschickt und zweckwidrig finden, nur die möglichen und wirklichen Hindernisse beachten und weder die Größe der Intention noch die Mitwirkung anerkennen, die bei jedem Unternehmen von Zeit und Umständen zu erwarten ist. Wer sich der Lage des französischen Reiches erinnert und sie aus späteren Schriften genau und umfänglich kennt, wird sich leicht vergegenwärtigen, wie man damals in dem elsaßischen Halbfrankreich über König und Minister, über Hof und Günstlinge sprach.“

Wieweit sind wir heute dahinter zurück! Man stelle sich vor: ein in Straßburg studierender junger Franzose würde sich zum Richter über deutsche Fürsten und Staatsmänner aufwerfen, die preussische Politik ungeschickt und zweckwidrig finden und öffentlich sich respektlos über König und Minister, Hof und Günstlinge äußern! In weniger als zweimal vierundzwanzig Stunden wäre solch ein „lästiger Ausländer“ über die Grenze abgeschoben.

Die große französische Revolution zertrümmerte den Feudalismus gründlich auch in den beiden Provinzen. Ein Schriftsteller sagt, auf den Grabsteinen alter Kirchhöfe in Elsaß-Lothringen seien zahlreich Namen adeliger Geschlechter verzeichnet, die heute gänzlich verschwunden seien, aber zur Zeit der Revolution noch existierten. Unter Napoleon I. erhielt Elsaß-Lothringen eine treffliche Verwaltung; viele Elsäßer stiegen zu hohen Ämtern und Würden empor und jetzt erst wendete sich die Bevölkerung durchweg auch dem französischen Wesen zu. Alle diese Veränderungen aber bewirkten, daß im Volke der beiden Provinzen ein demokratischer Geist sich ausbreitete, der auch im Grundzug seines Wesens blieb.

So kam es, daß die beiden Provinzen 1871 die gewaltsame Losreißung schmerzlich empfinden mußten, um so schmerzlicher, als hier das demokratische Element mit der preussischen Bürokratie und dem preussischen Feudalismus zusammenstieß, welche nun die Regierung und Verwaltung des Landes übernahmen. Dieser Gegen-

wirkte um so unheilvoller, als die Reichslande sich unter einem Ausnahmezustande befanden, und es blieben. Unter diesen Verhältnissen gewann auch der Merkantilismus, welcher die Abneigung der Bevölkerung gegen das preussische Regiment geschickt zu benutzen wußte, an Einfluß und Macht. Die Anträge, welche im Reichstage auf Mildeung dieses strengen Regiments gestellt wurden, fielen unter den Tisch, nachdem die Junter die Parole der „festen Hand“ für die Reichslande ausgegeben hatten. Erst in neuerer Zeit wurde bekanntlich der Diktaturparagraf aufgehoben. Was aber dadurch gutgemacht wurde, das wurde wieder zum Schlimmeren gewendet durch die Hege der beiderseitigen Chauvinisten. Die Erinnerung an die kriegerischen Ereignisse vor vierzig Jahren hat diese läppische Hege verschärft. Die Erinnerungsfeiern der Franzosen an Gräbern, die sich auf deutschem Boden befinden, haben unsere Franzosenfresser aufgeregt und sie haben einen solchen Lärm erhoben, daß die Behörden, die sich erst ganz tolerant verhielten, sich einschüchtern ließen und nunmehr gegen die „agitativen und demonstrativen Formen“ dieses Totenkultus ins Zeug gehen. Das hat nun zur Wirkung gehabt, daß die französischen Behörden das Gleiche tun und für die geplante Champignyfeier den deutschen Veteranen sehr enge Schranken gezogen haben. Darüber „entrißten“ sich nun wieder deutsche

„Patrioten“. Aber dieselben „Patrioten“, die wegen harmloser Erinnerungsfeiern sich so aufregen, haben kein Wort des Tadels dafür, daß während der Anwesenheit des Kaisers in Deutschland die russischen Späher ihren gemeingefährlichen Unfug auch in Deutschland treiben dürfen. Für den Zaren und seine Schergen wird „Gastrecht“ verlangt.

Die Sozialdemokratie hat seinerzeit mit allem Nachdruck gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen protestiert und Volksabstimmung verlangt, worauf das System Bismarck mit Verhaftungen und Prozessen antwortete. Die Einverleibung der beiden Provinzen gehört nun der Geschichte an und die Ausschöpfung der Bevölkerung der Reichslande kann nur erreicht werden, indem man ihr die Unabhängigkeit nicht länger vorenthält und ihr eine demokratische Verfassung gibt, die mit der historischen Entwicklung dieser Länder sich in vollkommenem Einklang befindet. Die Resolution des Magdeburger Parteitages, die eine solche Verfassung fordert, trifft den Nagel auf den Kopf.

Aber wir fürchten, daß alle reaktionären Einflüsse aufgeboden werden, um den Reichslanden auch seine möglichst reaktionäre Verfassung aufzuzwingen. Gelingen diese Pläne, so tragen ihre Urheber die Verantwortung dafür, wenn zwischen dem Reiche und den Reichslanden die alte Kluft bestehen bleibt.

Der Generalstreik der französischen Eisenbahner.

Die Verhaftung der Streikleitung. — Sympathiestreik. — Die Bewegung in Algier.

Die Regierung ist nun zur Verhaftung der Streikleitung geschritten. Diese stellte sich ihr freiwillig zur Verfügung, in der Uebergzeugung, daß die Organisation der Bewegung eine derartige sei, daß ihr mit dem Herausgreifen einzelner Persönlichkeiten nicht der Garau gemacht werden könne. Die die ersten Eingriffe der Regierung in den Streik der Nordbahn-Angestellten nur die Ausdehnung der Bewegung auf alle Linien zur Folge hatten, so beantworteten auch jetzt die Arbeiter die neuen Unterdrückungsmaßregeln mit neuen Streikbeschlüssen. Zahlreiche Sympathiestreiks sind angekündigt oder aber schon durchgeführt. Auch nach Algier hat die Bewegung schon übergegriffen. Was den Umfang des Streiks betrifft, so laufen die Nachrichten darüber auseinander. Dieselben Depeschensbureaus melden einmal eine Ausdehnung des Streiks, um im nächsten Augenblick sein Abflauen und kurz darauf eine neue Ausbreitung desselben zu konstatieren. Neben Tatsachen labelt man offenbar auch Hoffnungen und Wünsche.

Die Elektriker beginnen den Sympathiestreik.

Paris, 13. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Soeben, acht Uhr abends, wird berichtet, daß in zwei Bezirken das elektrische Licht ausgedöscht sei. Die Untergrundbahn fährt noch, trotzdem die Angestellten den Streik beschlossen haben. Heute abend versammelt sich die Arbeitskonföderation, um Beschlüsse zu fassen. Die Berichte der Regierung und der Presse lauten optimistisch.

Die Einberufung zu den Fahnen.

Die Erklärung des Allgemeinausstandes hat die Regierung mit der Einberufung aller noch übungspflichtigen Eisenbahner Frankreichs beantwortet, nachdem bereits gestern 27 000 Arbeiter der Nordbahn den Mobilisierungsbefehl erhalten haben. Doch wird diese Maßnahme vorläufig erfolglos bleiben. Durch dieses Vorgehen der Regierung bekommt der Streik ein ganz anderes Gesicht. Der rein wirtschaftliche Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern verschwindet und eine Machtprobe zwischen der Regierung und der organisierten Arbeiterschaft tritt an seine Stelle. Von diesem Standpunkte aus haben auch die Streikführer zahlreiche verwandte Verufe — wie Maurer, Elektriker, Straßenarbeiter, Droschkentischer — zum Sympathiestreik aufgerufen.

Der Streikausbruch ließ gestern nacht einen weiteren Aufruf anhängen, in welchem es heißt, die Mobilisierungsbefehle sei nicht nur eine ungeschickte, sondern auch eine vergebliche Maßnahme, da die Einberufenen in Friedenszeiten eine vierzehntägige Frist hätten, um dem Mobilisierungsbefehl zu entsprechen. Kein Eisenbahner werde den ihm zugegangenen Befehl befolgen.

Die Verhaftung der Streikführer.

Die „Humanité“ veröffentlicht als Antwort auf die von Briand angekündigte Verhaftung der Streikführer folgende von dem Sekretär des Streikkomitees Lemoine unterzeichnete Erklärung:

1. Das Streikkomitee hat beschlossen, daß seine mit Verhaftung bedrohten Mitglieder sich den ganzen 13. Oktober hindurch im Redaktionsbureau der „Humanité“ aufhalten werden, wo sie jederzeit zur Verfügung des Herrn Briand stehen.
2. Das Streikkomitee versichert nochmals allen Bahnangestellten, daß die zur Fortdauer des Ausstandes notwendigen Schritte getan

sind und die Verhaftung einzelner Kameraden durch Herrn Briand keinen Einfluß darauf hat.

3. Das Streikkomitee ist stolz auf den Erfolg, den seine Anforderung zum Generalstreik in ganz Frankreich gefunden hat. Es ruft allen Bahnangestellten — den Sklaven der eisernen Schiene — zu: „Kur Mut! wir werden siegen! Von unserer Standhaftigkeit hängt das Schicksal ab. Es lebe der Streik!“

Die mit Verhaftung bedrohten Streikführer begaben sich Mittwoch um 2 Uhr nachts in Begleitung von 20 Eisenbahnern, sozialistischen Deputierten und Advokaten nach dem Redaktionsbureau der „Humanité“.

Hier erfolgte dann am Vormittag die Verhaftung von Lemoine, Rénauld, Toffin, Leguenic und Antont. Chalais weigerte sich mitzugehen, weil sein Name auf dem Haftbefehl falsch geschrieben war. Er wurde später nach Verächtigung dieser Formalität in seiner Wohnung verhaftet.

Man nimmt an, daß noch weitere Verhaftungen stattfinden werden.

Die Festnahme der fünf vollzog sich ohne Zwischenfall. Bevor der Polizeipräsident Lépine, von mehreren Beamten begleitet, zu dem im vierten Stock belegenen Redaktionsräumen der „Humanité“ hinaufstieg, ließ er die Rue du Croissant, in der das Haus sich befindet, durch Schupsteine ganz vom Publikum räumen. In der Redaktion der „Humanité“ waren außer den Streikführern mehrere sozialistische Deputierte anwesend. Jaurès und Vaillant protestierten gegen die Verhaftung. Der Polizeipräsident rief ihnen zu: „Wir kennen diese Redensarten seit langem, lassen Sie uns unsere Pflicht erfüllen.“

Gegen die verhafteten Führer wird Anklage wegen Aufreizung von Militärpersonen zur Gehorsamsverweigerung erhoben werden, wobei der Generalstaatsanwalt als „Militärpersonen“ die zu den Fahnen einberufenen Reservisten betrachtet. Außerdem werden einige wegen Gefährdung der Staatsicherheit unter Anklage gestellt.

Weitere Verhaftungen und Hausdurchsuchungen.

Paris, 13. Oktober. Der Generalsekretär des nationalen Eisenbahnarbeiterverbandes Bidegarry und ein anderer Führer der Ausständigen sind heute nachmittag in Paris verhaftet worden. Eine andere Verhaftung wurde in Rouen vorgenommen. Bei Hausdurchsuchungen bei den Führern der Ausständigen in Rouen und Dreux wurde eine umfangreiche Korrespondenz beschlagnahmt.

Ueber 100 Verhaftungen.

Paris, 13. Oktober. Mehr als hundert Verhaftungen von Eisenbahnangestellten sind in Paris und den Provinzen bis abends 6 Uhr vorgenommen worden.

Die Ausdehnung des Streiks.

Paris, 13. Oktober. Der Eisenbahnerstreik hat eine weitere Ausdehnung erfahren durch Bezug aus den Kreisen der Angestellten der Paris-Lyon-Mittelmeerbahn und der Ostbahngesellschaft. Beide Eisenbahnerverbände haben die sofortige Inangriffnahme des Streiks beschlossen, man weiß jedoch noch nicht, ob auf diesen Eisenbahnstrecken es zur vollständigen Einstellung des Betriebes kommt. Gestern abend hielten die Delegierten der Zugführer und Setzer der Ostbahngesellschaft eine Versammlung ab, die um 11 Uhr mit Enthusiasmus die Streikverfügung akzeptierte. Wahrscheinlich wird heute morgen 6 Uhr der Streik auch auf den Linien dieser Gesellschaft beginnen. Mehr als 2000 Angestellte der Paris-Lyon-Mittelmeerbahn hielten in der

Arbeitsbörse eine Versammlung ab, um über den Anschlag an den Streik bei der Nordbahngesellschaft zu beschließen. Die Mehrzahl von ihnen stimmte für den Anschlag. Die Syndikatssekretäre aller großen Eisenbahngesellschaften waren anwesend. Es gelangte eine Tagesordnung zur Annahme, in der es heißt:

Die Angestellten der Mittelmeer-Eisenbahn ankammern mit Entschlossenheit den Generalstreik. Sie verpflichten sich, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen, wenn ihre Forderungen nicht voll befriedigt werden und die Arbeiter und Angestellten, die wegen Beteiligung an dem Streik entlassen worden sind, wieder eingestellt werden. Am Schluß der Versammlung wurde die Internationale gefungen.

Aus Lyon wird berichtet, daß das dortige nationale Syndikat der Angestellten der Paris-Lyon-Mittelmeer-Bahn eine Versammlung abhielt, in der der Anschlag an den Pariser Streik beschlossen wurde.

Aus Billeray St. George wird um Mitternacht gemeldet, daß mehrere hundert Angestellte der Paris-Lyon-Mittelmeerbahn ebenfalls den Streik beschlossen haben.

Von der Orleans-Bahngesellschaft wird gemeldet, daß auch die Angestellten dieser Gesellschaft gestern Abend auf dem Boulevard-Hospital eine Versammlung abgehalten haben. In der zur Annahme gelangten Tagesordnung heißt es, daß die 2500 Angestellten verlangen, daß die von den Angestellten der übrigen Gesellschaften in Bezug auf die Erhöhung der Löhne gestellten Forderungen durchzuführen werden müßten. Ebenso die rückwirkende Kraft des Pensiongesetzes für die Arbeiter vom Juli 1900, sowie Durchführung des Gesetzes über den wöchentlichen Ruhetag, ferner daß Streiktag bezahlt werden müßten. Der Streik wurde indessen nicht beschlossen.

Dagegen wird aus Juvigny gemeldet, daß dort in einer Versammlung von mehr als 100 Angestellten der Paris-Orleans-Bahn der Streik votiert wurde. Das Streikkomitee ist gegenwärtig mit der Verteilung von Streikarten beschäftigt.

Eine hiesige Nachrichtenagentur meldet aus Algier, daß das Syndikat der Heizer und Lokomotivführer des Gebietes von Algier ebenfalls den Ausstand beschlossen habe. Die Angestellten werden dem Pariser Beispiel folgen und sofort in den Streik treten. Dieser Beschluß wurde in einer gestern Abend 9 Uhr abgehaltenen Versammlung der Eisenbahnarbeiter gefaßt.

Paris, 13. Oktober. Heute morgen war der Ausstand auf der Nordbahn und der staatlichen Eisenbahn ein vollständiger. Die übrigen Bahnhöfe wurden bis auf wenige in Mitteldeutschland gezogen, wahrenscheinlich weil der Ausstandsbeschluß allen Angestellten noch nicht zugegangen ist. Durch den angeordneten Streik der Angestellten der Metropolitanbahn wird die Pariser Bevölkerung sehr in Mitleidschaft gezogen. Die Verkehrshinderung, welche hierdurch in Paris verursacht werden wird, wird sehr bedeutend sein.

Paris, 13. Oktober. Bei der Nordbahngesellschaft und der Westlichen Staatsbahn ist die Situation gegen gestern wenig verändert. Von der Nordbahngesellschaft wird erklärt, daß die Arbeiter sich mehr und mehr wieder eingefunden hätten. (N) Einige sind dem militärischen Gestellungsbefehl nachgekommen. Dagegen wird aus Lille gemeldet, daß die dortigen Eisenbahnarbeiter dem Gestellungsbefehl nicht nachgekommen sind. Von 8500 Angestellten, welche die Einberufung zum Militär erhielten, haben nur 40 die Arbeit wieder aufgenommen. Die Eisenbahngesellschaft hat heute 60 Arbeiter und Angestellte ange-sperrt. Der Aufforderung, dem Generalstreik beizutreten, welche die Syndikate der Orleans- und der Paris-Lyon-Mittelmeerbahn in der letzten Nacht beschlossen hatten, sind die Arbeiter nur zum Teil nachgekommen, und der Dienst dieser Bahngesellschaften hat sich ganz normal abgewickelt. Dasselbe ist von der Ostbahngesellschaft zu sagen, wo allerdings ungefähr ein Fünftel aller Arbeiter in den Ausstand getreten ist. Doch konnte mit Hilfe von auswärtigen Kräften namentlich aus der Provinz, der Dienstrecht erhalten werden.

Millerand bewaffnet die Streikbrecher.

Paris, 13. Oktober. In einem Erlaß Millerands werden die arbeitswilligen Angestellten der Bahngesellschaften aufgefordert, sich während ihrer Dienstzeit mit Waffen zu versehen, um gegen überraschende Angriffe der Ausständigen geschützt zu sein. Bei der wachsenden Ausdehnung der Streikbewegung sei es dem Staate unmöglich, zum Schutze eines jeden einzelnen Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen.

Die Justiz gegen die Streikenden.

Paris, 13. Oktober. Ein Eisenbahnbediensteter in Rouen wurde wegen Verleitung zur Niederlegung der Arbeit zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. In Pontoise wurde der Lokomotivführer Albert wegen Streikaufrufung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, in Sotheville ein Schaffner zu drei Monaten.

Paris, 13. Oktober. Der auf heute vormittag angesetzte Ministerrat ist auf morgen vertagt worden. Der Ministerpräsident und der Justizminister hielten eine Beratung mit dem Generalstaatsanwalt wegen des einzuleitenden Strafverfahrens ab.

Die Sozialisten fordern Kammerberufung.

Paris, 13. Oktober. Die sozialistischen Deputierten haben einen Aufruf erlassen, worin sie die Regierungsmassregeln verurteilen und die sofortige Einberufung der Kammer fordern.

Die „Humanité“ teilt mit, daß sie dem Minister des Innern durch einen Spezialboten ein Exemplar ihrer heutigen Ausgabe habe zugehen lassen.

Die sozialistische Kammerfraktion hielt eine Sitzung ab und beschloß, in Permanenz zu tagen, um die Eisenbahner weiter zu verteidigen. Die Fraktion wird die übrigen Abgeordneten um ihre Unterschriften ersuchen zu dem Antrage auf unmittelbare Einberufung des Parlaments. Nach der den Streikenden feindsichtigen Haltung der bürgerlichen Presse ist es aber nicht anzunehmen, daß die Sozialisten die nötige Stimmenzahl zusammenbringen.

Die gefährdete Verpflegung von Paris.

Paris, 13. Oktober. Die Stadt Paris ist heute so gut wie von aller Welt abgeschnitten. Die Lüge hat sich weiter verschlimmert und wird eine unentwerrbare. Die Lebensmittelzufuhr nach den Zentralmarkthallen weist bereits eine große Verminderung auf. Besonders Fleisch und Milch trafen in bedeutend geringerer Menge ein. Inhaft 200 000 Kilogramm Fische trafen deren nur 92 000 ein. 100 000 Liter Milch trafen weniger ein als wie gewöhnlich. An Geflügel fehlen circa 20 000 Stück. Man ist gespannt, wie die Regierung das Versprechen halten wird, daß kein Mangel an Lebensmitteln eintreten werde. Jetzt, wo die Angestellten der West- und Mittelmeerbahn sich dem Generalstreik angeschlossen haben, ist die ganze Zufuhr von Fleisch, Milch, Früchten usw. fast vollständig unterbrochen. Wenn bis morgen der Streik nicht beendet sein wird, werden die oben genannten Lebensmittel einen Preisauflschlag von 50 Proz. und mehr erleiden.

Optimistischer lauten die beiden folgenden Meldungen:

Paris, 13. Oktober. Ministerpräsident Briand ließ dem Bureau des Ministerrats die Erklärung zugehen, daß die Verpflegung von Paris sichergestellt sei. Die Ablieferungen in den Hallen und auf dem Schlachthofmarkt hätten sich in normaler Weise vollzogen und würden sich auch fernerhin ebenso vollziehen.

Paris, 13. Oktober. Die Lebensmittelpreise in Paris haben zwar ein wenig angezogen. Doch ist eine Hungerrnot nicht zu befürchten. Paris wird zu Schiff verproviantiert werden. In Havre, Rouen und anderen Seehäfen werden große Lüge von Lastkähnen zusammengestellt, die durch Schlepddampfer nach Paris gebracht werden. Auf ihnen kommt Gemüse, Fleisch, Fisch, Milch und Getreide.

Sympathiestreiks.

Paris, 13. Oktober. Die Bauarbeiter, 4000 an der Zahl, haben in einer Versammlung beschlossen, den Generalstreik heute zu verlinken. In Corbeil, unweit Paris, haben die Streckenarbeiter in der Nähe des Bahnhofes von Chaville den Ausstand beschlossen.

Die Straßenarbeiter und Tagelöhner von Paris, deren Zahl sich auf etwa 60 000 beläuft, wollen heute in einer Versammlung zur Streikfrage Stellung nehmen. Auch ihr Ausstand ist zu erwarten.

Gestern Abend haben die Elektriker auf der Arbeitsbörse die Erklärung des Ausstandes beschlossen, falls nicht bis heute Abend ihre Forderungen erfüllt werden. Diese sind in Form eines Ultimatus an den Seinepräfecten abgegangen.

Wie die „Liberte“ meldet, sind die Angestellten der Straßenbahn Paris-St. Germain ebenfalls in den Streik getreten. Infolgedessen konnten heute keine Straßenbahnwagen verkehren.

Automobilverkehr nach der Nordsee.

Paris, 13. Oktober. Die Fahrt aus Paris hält an. Alle Verkehrsmittel außer der Bahn müssen jetzt zur Beförderung der Reisenden nach den Kanälen herhalten. In den ersten Stunden des Nordbahnstreiks waren Automobile nur für 600 bis 1000 Fr. zu haben. Jetzt ist der Automobilverkehr nach Boulogne und Dieppe bereits geregelt worden. Die Reisefirma Cook läßt am Morgen Automobile nach Boulogne und Dieppe abgehen. Rechtzeitig am Abend vor Abgang der letzten Kanal-dampfer trafen sie dort ein. Paris-Boulogne kostet 150 Fr., während die Fahrt nach Dieppe um 25 Fr. billiger ist.

Folgen des Streiks.

Paris, 13. Oktober. Die erste Folge des Eisenbahnstreiks ist die Aussperrung der Hälfte aller Grubenarbeiter des Kohlenbeckens von Courbiere. 4500 Grubenarbeiter sind zum Feiern gezwungen. Andere Kohlengebiete werden ebenfalls mit der Entlassung von Arbeitern vorgehen, da die Transportmittel für die geförderte Kohle mangeln.

Brüssel, 13. Oktober. Die Abkündigung des französischen Eisenbahnzustandes auf belgische Bahnen und Handel macht sich heute bereits fühlbar. Die französische Nordbahn hat Kohlenbestellungen, welche sie bei den belgischen Gruben machte, eingestellt, andererseits konnten die französischen Hochöfen in Hautmont, Louvroil und Soudrebois, welche ihr Heizmaterial aus Belgien beziehen, ihren Betrieb nicht aufrechterhalten. Die Kohlenausfuhr nach Frankreich wurde größtenteils eingestellt. Viele mit Kohlen beladenen Wagen können die Grenze nicht passieren und stauen sich infolgedessen in den Grenzbahnhöfen an. Automobile, welche Personen befördern, treffen andauernd aus Paris in Charleroi und Mons ein.

Wirkungen im Auslande.

Rom, 13. Oktober. Der Ausstand der französischen Eisenbahner findet auch ein Echo bei ihren Kollegen in Italien. Diese haben dem Bantennminister heute ihre Forderungen überreicht, welche unter anderem in einer Aufbesserung der Gehälter und in einer Herabsetzung der Arbeitszeit bestehen.

Genf, 13. Oktober. Die französischen Eisenbahner des Bahnhofes Cornavin in Genf haben sich der Streikbewegung angeschlossen und heute nachmittag die Arbeit niedergelegt. Der Bahnhof ist verlassen. Von Bern sind Beamte der Bundesbahn eingetroffen, um die Lage zu studieren.

Der deutsch-französische Verkehr.

Köln, 13. Oktober. Gegenüber französischen Meldungen, daß es gelungen sei, einige Lüge an die Grenze zu bringen, wird uns von der Kölner zuständigen Stelle mitgeteilt, daß bisher keinerlei Änderung im Verkehr mit Frankreich eingetreten sei. Von allen westdeutschen Stationen wird keinerlei Beförderung für Frankreich übernommen. Recht übel erging es einer Kölner Gesellschaft, die gelegentlich des Besuches der Brüsseler Ausstellung einen Absteher nach Paris unternahm und die nunmehr, wie einzelne Mitglieder ihren Angehörigen telegraphisch mitteilten, lieber den Rückweg zu Fuß machen wollen, als sich den Schikanen der Ausständigen aussetzen.

Zum Jahrestag der Ermordung Ferrers.

Auf 13. Oktober war es ein Jahr, daß Francisco Ferrer in den Gräben von Montjuich erschossen wurde, auf den Befehl sanitischer Ränke, denen die herrschende militärische Clique bereitwillig dienbar war.

Diese Tat, eine der infamsten, die die Kirche der Inquisition jemals begangen hat, hat ihr Vergeltungen zugezogen, an die sie nicht gedacht hat. Noch nicht ein Jahr nach dem 13. Oktober 1900 hat Portugal das Joch der Kirche abgeworfen und Spanien, das seit der Ermordung Ferrers aus der Gärung nicht herausgekommen ist, trat in die letzte Periode des Kampfes ein, aus dem es siegreich hervorgehen muß.

Vor einem Jahre waren die blutigen Ränke in Spanien die Mächtigen. Auf der Iberischen Halbinsel war die Atmosphäre so voll von Materialismus, Militärr Herrschaft und Unterdrückung, daß alle Welt empfand, eine Aenderung sei notwendig. Wenn man aber damals vorausgesetzt hätte, daß dem Ministerium Maura ein Kabinett folgen werde, daß trotz vieler nicht ernst gemeinter Versprechungen doch als beherrschenden Punkt seiner Politik den Antiklerikalismus proklamieren und verfolgen mußte, so würde man für naiv erklärt worden sein.

Dieser Kampf gegen die Kirche wird nicht nur geführt um größere Freiheit, sondern es ist auch eine unabwendbare ökonomische Notwendigkeit, daß er durchgeführt werden muß. Das Volk kämpft inständig und bergiebt großmütig sein Blut, damit das Leben weniger sklavisch werde. Aber die spanische Bourgeoisie weiß, daß sie mehr als alle anderen an Materielem gewinnen wird beim Sturz der Klerikalen Macht.

Um sich der enormen Güter der katholischen Kirche zu bemächtigen, vereint die Bourgeoisie ihre Kräfte mit denen des Volkes und führt sich in den Kampf. In Spanien belausen sich die Vermögenden der katholischen Kirche auf ein Drittel des ganzen Nationalvermögens. Die spanische Kirche ist eine der größten gewerblichen Organisationen der Welt. Ihre Tätigkeit erstreckt sich auf alle Zweige des Handels und der Industrie. Sie besitzt Bergwerke und Dampfschiffgesellschaften, Zementfabriken und Röhrenwerke. Alle Arbeit wird in diesen Betrieben von den Mönchen und Nonnen gemacht, die keinen Lohn beziehen.

In Barcelona allein gibt es an 300 solcher Klöster, die der katalonischen Bourgeoisie eine unerträgliche Konkurrenz machen, weil ihnen die Handarbeit nichts kostet und weil sie der Regierung keinerlei Steuern zahlen. Und ebenso bedeutet diese industrielle Arbeit der Klöster eine fürchterliche Konkurrenz für die

Arbeiter, deren Lohn gedrückt wird durch den verächtlichen Wettbewerb dieser Parasiten.

Es ist daher nicht erstaunlich, wenn Bourgeoisie und Arbeiter in diesem Kampfe zusammengehen. Sie haben beide von der Aufhebung der Orden zu gewinnen. Natürlich würde der Bourgeoisie der Löwenanteil zufallen.

Zur Stunde erlebt die Kirche eine der schwärzesten Stunden in der Geschichte des Christentums. Ueberall bereitet sich der Kampf um entscheidenden Punkte vor. Die Kirche wird übrigens nicht als die gerechte Vergeltung für ein langes Regime der Ungerechtigkeit, der Unterdrückung und der Verfinsternung erhalten.

Die Erfordernisse der neuen Zeit wollen, daß die Kirche aus ihrer weltlich herrschenden Stellung verschwinde. Das Schlachtfeld muß frei werden für zwei Armeen. Denn sobald der Sturz der weltlichen Macht der Kirche entschieden ist, wird sich das Proletariat gegen seinen eigentlichen Feind, gegen den Kapitalismus mit ganzer Kraft wenden können.

London, 13. Oktober. In der vorigen Nacht sind der Bürgerkrieg vor der spanischen Botschaft und die Eingangssteuern mit einer blutigen Gemischten Substanz bestrichen worden. Alle Vermählungen des Dienstpersonals der Botschaft konnten bis zum Mittag diesen Anstrich nicht beiseitigen.

Barcelona, 13. Oktober. Der Zivilgouverneur von Barcelona, Senor Rumez, erklärte gestern, daß die vielfach alarmierenden Gerüchte aus Barcelona völlig unbegründet sind. Ausfärbungen anlässlich des Ferrer-Jahrestages werden kaum stattfinden. „Ich habe jeden Demonstrationszug untersagt. Das Grab Ferrers darf bekränzt werden. Auch dürfen seine Anhänger zu ihm pilgern. Doch jeder geschlossene Zug, jede organisierte Demonstration wird mit Waffengewalt unterdrückt. Die Lage in Barcelona ist keinesfalls so beunruhigend, wie es nach Madrider Meldungen erscheinen will. Die Stadt verfügt über geordnete Zivil- und Militärbehörden, die mit Leichtigkeit jede Ausschreitung unterdrücken können.“

San Sebastian, 13. Oktober. Die Regierung hat in den Städten Nord- und Ostspaniens für heute die umfassendsten Vorsichtsmaßregeln getroffen. Seit gestern Abend sind alle Truppen in ihren Kasernen konzentriert. Abteilungen stehen bereit, jederzeit zur Unterstützung der Polizeibehörde abzurufen und etwaige Unruhen im Keim zu unterdrücken. 7 Tage lang wird dem Militär kein Urlaub gewährt, um alle Mannschaften zur Stelle zu haben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Oktober 1910.

An die Maschinengewehre!

Die Schatzmacher können es noch immer nicht bezwinden, daß die preussische Regierung nicht bei den Moabitern Unruhen Kanonen und Maschinengewehre zur Anwendung gebracht und dadurch auf ihre Art eine Begründung für den Erlaß eines neuen verschärften Sozialistengesetzes geliefert hat. Sie ermahnen deshalb in der von ihnen unterhaltenen Presse die Regierung, bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit sofort das Verlaumt nachzuholen und nach dem im Bismarckschen Korpsbefehl enthaltenen vaterländischen Rezept zu verfahren. Zugleich drängen sie unter Hinweis auf den jetzigen Eisenbahnerstreik in Frankreich die Regierung, wenigstens zum „Schutz der Arbeitswilligen“ dem Reichstag in nächster Session einen Gesetzentwurf nach dem Muster der bekannnten verunglückten Juchthausvorlage vorzulegen, oder, wenn auch dieses Vorgehen für inopportun gehalten werden sollte, in das neue Strafgesetz einige schöne Antistreik-Paragrafen hineinzuschreiben.

An erster Stelle steht bei diesen Treibern natürlich die ehemalige Kronsbefehle, jetzt Wohlische „Post“. In seiner letzten Nummer leistet sich dieses verächtliche Blatt wieder folgende Heerei:

„Auf die tagelangen Straßenkämpfe in Moabit sind genau so, wie wir es befürchtet hatten, große Ausschreitungen zunächst im heiligen Köln und dann im Bergischen Land, wo die Erinnerungen an 48 noch besonders lebendig sind, in Menscheid gefolgt. Würde es zur Aussperrung der Metallarbeiter gekommen sein, dann würden wir wahrscheinlich noch viel Schlimmeres erlebt haben. Die sozialdemokratisch organisierten Massen wissen jetzt, daß es ihnen möglich ist, tagelang die Straßen zu beherrschen, ohne daß mit den schärfsten Mitteln gegen sie vorgegangen wird. Das Verhalten der Staatsgewalt in Moabit hat keine abschreckende Wirkung auf sie ausgeübt. Die Revolberbesitzer jener Strahenschichten sind wahrscheinlich heute in den Kasernen und Wubiken die Helden des Tages. Die dem Deutschen angeordnete Kampflust wird sich nur zu leicht zu weiteren Ausschreitungen hinreihen lassen. In den Kreisen der sozialdemokratischen Massen heißt es jetzt, der Klassenstaat hat Militär, aber er gebraucht es nicht. Wer aber bürgt uns dafür, daß der Waffenstillstand, der in der Metallindustrie eben abgeschlossen ist, nicht bald wieder gebrochen wird? Wer bürgt uns dafür, daß nicht bald hier, bald dort neue Ausstände entstehen, die bald zu Aufständen werden. Ist es doch so weit bereits gekommen im Deutschen Reich, daß der Arbeitswillige sein Recht auf Arbeit nicht durchsetzen kann. Wenn ein Streik ausbricht, ist es gewöhnlich nur eine Winderheit die für die Niederlegung der Arbeit ist; die übrigen werden durch Verschimpfungen, Verhöhnungen und Bedrohungen gezwungen, sich anzuschließen. Ist es doch so weit gekommen, daß an vielen Orten nur noch sozialdemokratisch organisierte Arbeiter beschäftigt werden können. War es doch beim letzten großen Vergarbeiterstreik der Staatsgewalt vollkommen unmöglich, die Arbeitswilligen zu beschützen. Der Staat hat schon heute auf diesem Gebiete vollständig versagt. Wohin soll es kommen, wenn es auf dieser Bahn weiter geht?“

Dann wird auf den französischen Eisenbahnerstreik hingewiesen und ohne Beweis frech behauptet, die „Umstürzler“ planten in Deutschland demnächst ähnliche Streiks zu inszenieren. Nur ein Mittel könne helfen — rückwärtslose Latkraft der Regierung! Und diese hätte sich besonders darin zu zeigen, daß sofort beim geringsten Anlaß mit Waffengewalt eingegriffen und das Strafgesetz verschärft werde. Wörtlich heißt es in dem Artikel:

„Offentlich hat unsere Regierung die Kraft, einem weiteren Herabjinken auf der schiefen Ebene entgegenzutreten. Es ist aber die höchste Zeit, daß dies bald geschieht. Die Verheerung ist bereits in die weitesten Kreise gedungen. Man vergleiche nur die Artikel der sozialdemokratischen Blätter, man höre sich nur die Reden an, die in Volksversam-

lungen öffentlich gehalten werden. Wenn nicht bald der Wille des Volkes durch Strafgesetz dem Gedanke wieder lebendig gemacht wird, daß Aufforderung zum Umsturz der Staatsordnung etwas Verbotenes ist, dann fürchten wir, wird eines Tages die Ordnungsliebe und Arbeitsamkeit der deutschen Arbeiter, die heute noch vorhanden ist, beseitigt werden von ihrem Nachbarn und der Sucht, den Staat allein für ihre angeblichen Klasseninteressen auszunutzen.

Wir verstehen den Herzensdrang der „Post“; aber etwas geschickter sollte sie doch die Mache betreiben.

Preussische Polizeiwirtschaft.

Selbst Blätter der Großbourgeoisie wird allmählich die preussische Polizeiwirtschaft zu hant. Das beweist ein langer Artikel der „Köln. Zig.“, überschrieben „Falsche Methoden staatserhaltender Politik“, in welchem es unter Bezugnahme auf eine Verhandlung der Saarbrücker Strafkammer gegen fünf Schutzleute und die Moabitler Vorgänge heißt:

„Das durchschnittliche Publikum nimmt unbesehen eine der Polizei feindselige Haltung ein und unterstützt lieber die gefährlichsten Verbrecher als die Polizeibeamten bei ihrer sauren Arbeit. Wenn es für dieses belagerten Verhalten des Publikums aber eine Rechtfertigung gibt, so liegt sie in der mindestens ebenso verwerflichen Verkennung ihrer Stellung zum Publikum, deren sich manche Polizeibeamte schuldig machen, eine Verkennung, wie sie jetzt in Saarbrücken nicht zum ersten Male bewiesen, sondern nur aufs neue bestätigt worden ist. Noch kürzlich hat man mit Verbrechen vernommen, daß bei den Moabitler Unruhen ein Polizeibeamter ohne dringende Gründe auf die ausländischen Journalisten hat einbauen lassen. Hätte er mit der nötigen Besonnenheit gehandelt, so hätte er zunächst den Automaten der Belegenheit geben müssen, sich auszuweisen. Das im übrigen gleichmäßig wegen seiner kollektiven Besonnenheit wie seiner im rechten Augenblick einsehenden Energie rühmliche Verhalten der Berliner Polizei hat durch jenen einen Mißgriff einen sehr häßlichen Fleck bekommen. Und durch die Belegung des Polizeipräsidenten, diesen Beamten zu bestrafen, ist der Fleck noch um ein gutes Stück vergrößert worden.

Diese Belegung ist aber charakteristisch für die bei uns vorhandene Auffassung über die Grenzen polizeilichen Rechts und Unrechts. Sie ist demselben Gedankengang entsprungen, der die Saarbrücker Strafkammer veranlaßte, von Gefängnisstrafen für die angeklagten und schwersten Amtsmißbräuche überführten Polizeibeamten abzusehen. Es ist gewiß nichts dagegen zu sagen, wenn eine vorgelegte Behörde die ihr untergeordneten Organe so lange zu decken sucht, wie das möglich ist, und wenn die Gerichte sie darin unterstützen. Aber diese Deckung darf natürlich nichts mit einer Verschönerung begangenen Unrechts und nackter Gewalttätigkeit gemein haben. Denn das ist eine kurzfristige Methode staatserhaltender Politik.“

Zur Fleischnot.

In der vorletzten Stadtverordnetenversammlung in Dortmund wurde sowohl von unseren Genossen als auch von freisinniger Seite der Magistrat über die herrschende Fleischnot interpelliert. Der Bürgermeister Eichhoff erklärte sich bereit, den gegebenen Anregungen gern Folge leisten zu wollen, soweit dies möglich sei. Eine Kommission von Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern, zu der auch Landwirte, Viehhändler und Metzger zugezogen wurden, beauftragte den Schlachthofdirektor Clausniger-Dortmund mit der Ausarbeitung einer Denkschrift über die Fleischsteuerung. Diese Denkschrift ist jetzt fertiggestellt. Sie ist sehr interessant. Herr Direktor Clausniger macht u. a. folgende Ausführungen:

Wiederholt ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die Preise von Vieh und Fleisch stets bestimmten Schwankungen unterworfen sind, welche die unglücklichen Veranlassungen nicht einheitlicher Natur sind. Neben den zum Schutze der Landwirtschaft getroffenen Maßnahmen, als: Sperrung der Grenzen, Erhöhung der Zölle, Beschränkung der Fleisch-einfuhr usw. sind es die heimischen Futterverhältnisse, die in dieser Beziehung von ganz besonderer Bedeutung sind. Es kann schon jetzt ausgesprochen werden, daß für die augenblickliche Fleischsteuerung die mangelhafte Futterernte des vergangenen Jahres von ausschlaggebender Bedeutung ist. Das Jahr 1909 lieferte an den für die Rindviehhaltung benötigten Futtermitteln einen sehr schlechten Ertrag. Es wurden geerntet im Jahre 1909 Sommergerste 3495 616 Tonnen, Hafer 9125 816 Tonnen, Kartoffeln 46 706 252 Tonnen, Wiesenheu 22 140 923 Tonnen; im Jahre 1908: Sommergerste 3059 855 Tonnen, Hafer 7 094 888 Tonnen, Kartoffeln 45 538 299 Tonnen, Wiesenheu 27 078 097 Tonnen; im Jahre 1907: Sommergerste 3497 745 Tonnen, Hafer 9149 188 Tonnen, Kartoffeln 45 588 299 Tonnen, Wiesenheu 24 911 938 Tonnen.

Aus der Gegenüberstellung der Ernteverhältnisse der drei Jahre ist ersichtlich, daß im Jahre 1909 ein namhafter Ausfall der für Rindvieh benötigten Futterwerte zu verzeichnen ist. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes waren die Kleerträge um 28 Proz. und die Luzerne- und Wiesenheuträge um 21 Proz. niedriger als im Jahre 1908. War nach diesen Erntergebnissen zu erwarten, daß der verhältnismäßig günstige Ertrag an Ackerfutter und Kartoffeln mit zur Unterhaltung von Rindvieh herangezogen und so eine Preiserhöhung kaum zu befürchten stand, so hat sich diese Erwartung nicht bestätigt. Schon die Viehzählung des preussischen Staates vom 1. Dezember 1909 zeigt, daß eine Verringerung des Rindviehbestandes um 325 911 Stück bis dahin erfolgt war. Es waren vorhanden am 1. Dezember 1909: 11 768 161 Rinder, 4 975 032 Schafe, 14 162 897 Schweine; am 1. Dezember 1908: 12 089 072 Rinder, 5 200 298 Schafe, 13 422 373 Schweine; mithin weniger 325 911 Rinder und 224 606 Schafe, mehr 739 904 Schweine. Eine Zunahme ist hiernach nur im Bestande der Schweine zu verzeichnen. Die Landwirte waren hiernach nicht in der Lage, ihren Bestand an Rindvieh zu erhalten.

Unwesentlich und ohne Einfluß auf die Gestaltung der Vieh- und Fleischpreise sind die so oft und namentlich von den Agrariern beschuldigten Schlachthofgebühren. Es betragen dieselben beispielsweise hier in Dortmund bei Rindvieh pro Pfund 1 Pfennig; bei den anderen Tiergattungen stellen sich die Gebühren ähnlich hoch. Bei den meisten anderen Schlachthöfen sind diese Verhältnisse die gleichen.

Es ist weiter darauf hinzuweisen, daß, falls die Gebühren, etwa auf die Hälfte, erniedrigt werden sollten, für die Stadt ein Defizit entstehen würde, das durch erhöhte Steuern zu decken wäre, wodurch selbstredend, sollte wirklich durch eine Herabminderung der Gebühren das Fleisch etwas billiger werden, der Vorteil auf der anderen Seite wieder illusorisch würde. Auszuschalten bezüglich der zu treffenden Maßnahmen dürfte der Zwischenhandel sein.

Nach all diesen Erwägungen kann eine Linderung der zurzeit bestehenden Fleischsteuerung nur erzielt werden durch Öffnung der Grenzen von Dänemark und Holland, bei denen eine Einfuhr

lebenden Viehes im Bereich der Möglichkeit liegt. Selbstverständlich darf die Zufuhr nur unter Wahrung der schärfsten veterinärpolizeilichen Maßnahmen geschehen; die Zölle für Vieh, Fleisch und Futtermittel sind aufzuheben oder wenigstens sehr zu ermäßigen. Bei diesen Maßnahmen ist vielleicht ein Ausgleich der Preise zu erhoffen.

Zu erwägen dürfte ferner noch sein, ob nicht auch andere Nahrungsmittel, wie Fische, die im Nährwert dem Fleisch gleichstehen, im erhöhten Maße der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden.“

Der Magistrat soll im Sinne dieser Denkschrift auf die Staatsregierung einwirken.

Kandidatensucher in Sachsen.

Die Fortschrittler in Dresden haben beschlossen, in Dresden-Altstadt auf eine eigene Kandidatur zu verzichten, wenn sich die Nationalliberalen verpflichten, in Dresden-Neustadt keinen Kandidaten aufzustellen, sondern bereits im ersten Wahlgang für den Fortschrittler zu stimmen. Darauf werden die Nationalliberalen natürlich eingehen; sie hatten schon bei der letzten Wahl in Dresden-Neustadt auf einen eigenen Kandidaten verzichtet. Den Fortschrittler wird das freilich nicht viel nützen, denn sie brachten es im Jahre 1907 nur auf 6583 Stimmen, während Genosse Kaden 26 455, ein Antisemit 12 868 und ein Konservativer 6717 Stimmen erhielten.

Auf der Suche nach dem Reichstagsmandat.

Es hat sich wieder ein neuer Kreis gefunden, der Wasser-mann als Reichstagskandidaten aufstellen will. Diesmal ist es der 4. pfälzische Kreis Zweibrücken-Firmasens. Der Kreis war bis zu den letzten Wahlen unbeschränkter Besitz der Liberalen. 1907 eroberte ihn das Zentrum in der Stichwahl. Die Liberalen hoffen, mit Wasser-mann diesen alten pfälzischen Besitz zurückzuerobern. Leicht wird ihnen das indessen nicht werden, denn in der Hauptwahl 1907 standen 12 224 Nationalliberalen 12 467 Zentrum- und 6720 sozialdemokratischen Stimmen gegenüber.

Zum Wahlkampf in Labiau-Wehlau.

Die fortschrittliche Volkspartei hat für die bevorstehende Erziehung zum Reichstags den Bürgermeister Wagner-Labiau als gemeinsamen liberalen Kandidaten aufgestellt.

Die Unruhen in Deutsch-Südwestafrika.

Wie aus Kapstadt gemeldet wird, erzählt dort ein aus Südafrika eingetroffener Reisender, die Unruhen in Wilhelmstal hätten damit begonnen, daß 250 bis 300 beim Eisenbahnbau beschäftigte Kaffern ein Hotel angriffen, in dem ihnen Getränke verabreicht worden waren. Sie warfen die Fenster ein und wollten das Hotel füttern, als ein Duzend Soldaten auf sie mehrere Salven abgab, durch die zwölf Kaffern getötet wurden, die übrigen entflohen.

Oesterreich.

Die Delegationen.

Die österreichische und die ungarische Delegation wurden am Mittwoch vom Kaiser empfangen, wobei die Präsidenten die üblichen Guldigungsreden hielten. Beide betonten die große Bedeutung der Wehrmacht, die mit der Weisheit des Monarchen in der Annexionskrise den Frieden erhalten habe. In der Rede des Präsidenten der österreichischen Delegation, v. Glombinski, folgte jedoch diesem Passus der Nachsatz, die Delegation werde die Wehrvorlagen unter sorgfältiger Bedachtsnahme auf die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung verabschieden.

Der Kaiser antwortete mit einer Thronrede, in der es heißt: Die eine Zeit bedrohlich scheinende Spannung der europäischen Lage hat einer erfreulichen Klärung Platz gemacht. Mit Beruhigung kann ich Ihnen mitteilen, daß unsere Bündnisse mit dem Deutschen Reich und mit dem Königreich Italien wenn möglich noch fester und inniger geworden sind. Sehr befriedigend sind auch unsere Beziehungen zu allen anderen Mächten. Meine Kriegsverwaltung wird die nachträgliche verfassungsmäßige Genehmigung der Delegationen für die außerordentlichen Ausgaben einholen, welche während der vorjährigen äußeren Krise unvermeidlich waren. Dank der Hieb- und Treibarbeit der größeren Wehrmacht von Heer und Marine wurde meine Regierung in die Lage versetzt, den Wunden einer friedlichen Politik nicht verfallen zu lassen. In dieser Erfahrung liegt ein Ansporn, der Verwaltung von Heer und Marine die unumgänglichen notwendigen Mittel zur Erhaltung der Schlagfertigkeit der Wehrkraft zur Verfügung zu stellen. Doch soll diese Bereitwilligkeit stets unter Bedachtsnahme auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der beiden Staaten der Monarchie in Anspruch genommen werden. In diesem Sinne hat meine Kriegsverwaltung die Wehransprüche für das Jahr 1910 auf das Notwendigste beschränkt. In den bezüglichen Anträgen wurde die Verbesserung der materiellen Lage der im Lebensunterhalt bedürftigen Personen berücksichtigt. (In Oesterreich-Ungarn soll danach eine Erhöhung des Soldes der Mannschaften stattfinden, die in Deutschland „wegen Mangels an Mitteln“ immer wieder verschoben wird.)

Der Minister des Auswärtigen, Graf Terehthal, hat dem Ausschuh der ungarischen Delegation für auswärtige Angelegenheiten eine Darlegung der Situation gegeben, in der er ähnlich wie der Kaiser die Festigung des Dreibundes und das gute Verhältnis zu den übrigen Staaten hervorhob. Insbesondere betonte er, daß das Verhältnis zur Türkei ein gutes sei. Er sagte:

Wir können dem neuen Regime in der Türkei unsere freundschaftliche Unterstützung mit voller Objektivität angedeihen lassen, und hierfür besteht in Konstantinopel volles Verständnis. Gleich den anderen Mächten haben wir ein lebhaftes Interesse an der Konsolidierung der Türkei. Wir begleiten die Bestrebungen des neuen Regimes mit aufrichtigem Wohlwollen und erwarten von ihnen die Schaffung einer guten Verwaltung und die Befestigung der Machtstellung des Reiches nach innen wie nach außen.

In der Kreisaufgabe sei Oesterreich-Ungarn für jede Lösung zu haben, die die Souveränität des Sultans nicht angreife. Die Rede spricht weiter die Hoffnung auf günstige Handelsverträge mit Montenegro, Bulgarien und der Türkei aus, nachdem Abkommen mit Rumänien und Serbien zum Abschluß gekommen seien.

Der österreichischen Delegation gehören nicht die gestern genannten Sozialdemokraten an, sondern die Genossen Reichsratsabgeordneter Renner, Seib, Rjemes, Tomasek und Bittoni.

Die unsittliche Revolution.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ wurde dieser Tage wegen eines Artikels über Portugal konfisziert. In der Begründung der Konfiskation wird wörtlich gesagt, daß der Artikel zu unsittlichen Handlungen, nämlich zur Nachahmung des portugiesischen Weisheits ancifers.

Schweiz.

Ein Korruptionsfall in Zürich.

Zürich, 7. Oktober. (Fig. Ver.) Unser hiesiges Parteiblatt, das „Volksrecht“, veröffentlicht eine Serie von fünf Artikeln über die Korruption von Liberalen in der städtischen Verwaltung, wobei es sich um den Bezirksgerichtsdirektorpräsidenten Dr. Sieber, Architekt Asper und Baumeister Bauz handelt; die ersten beiden sind Mitglieder des Großen Stad-

rates, der dritte war es. Dr. Sieber wollte vor drei Jahren in den kleinen Stadtrat kommen, ist aber mit der Stimmzahl von 10 035 unterlegen.

Es handelt sich um folgendes. Die Stadt Zürich hatte in ihrem Kreise V ein neues Schulhaus zu bauen und da machte nun der Architekt Asper, der Mitglied der Schulpflege, der Baukommission und einer dreigliedrigen Spezialkommission und als „bewährter“ Fachmann überall tonangebend war, die günstige Gelegenheit für sich und seine Verlegenossen zunutze, um ein äußerst lukratives Geschäft durchzuführen. Asper bildete mit seinen beiden Genossen eine Gesellschaft, die von Spekulanten ein Bauareal von 9672 Quadratmeter à 13,50 Fr. erwarb und dann davon an die Stadt 3500 Quadratmeter à 18 Fr. verkaufte. Es war erst ein anderer Bauplatz in Aussicht genommen, aber der einflußreiche Asper wußte es durchzusetzen, daß auf jenen verzichtet und sein Spekulationsobjekt erworben wurde. Dabei blieben natürlich Asper und Konsortien, durch Geheimvertrag gedeckt, als Spekulanten immer im Hintergrund und die Stadt kaufte nicht ihnen, sondern dem Gebr. Bachmann in Zürich und Uhlmanns Söhne u. Cie. in St. Gallen den Bauplatz ab. So verdienten Asper und Konsortien an der Stadt 10 820 Fr. Ahnungslos war von der Behörde dem Asper, der überall der Fachmann und Referent war, auch noch der Dank für seine selbstlosen Bemühungen um das Wohl der Schule und der Stadt ausgesprochen worden. Durch den Bau der Schule war der Wert des übrigen Landes stark erhöht worden, so daß bereits ein Teil der verbliebenen 6000 Quadratmeter zu 20,25 und 30 Fr. pro Quadratmeter an Private weiter verkauft werden konnte. Der ganze Gewinn des Konsortiums wird auf 75 000 Fr. berechnet, wovon Asper als der Macher und Anführer den größeren Anteil erhielt.

Die Enthüllungen des „Volksrecht“ erregen das größte Aufsehen und wirken wie eine Bombe. Die bürgerliche Presse, die sonst den kleinsten Fehler eines Sozialdemokraten zu einer gewaltigen Staatsaffäre aufbauscht und die ganze Sozialdemokratie dafür verantwortlich macht und verlästert, ja die sogar Räuber-geschichten vorschwindelt, um gegen die Sozialdemokratie gehen zu können, diese bürgerliche Presse ist nun auf einmal sprachlos. Die gebrauchten Spekulanten selbst beschränken sich bisher auf die Veröffentlichung einer leichten Erklärung im Inseratenteil des Züricher „Tageblatts“, nach der sie hoffen, daß ihnen die kommende Untersuchung zweifellos volle Genugtuung bringen wird. Welcher Art diese „Untersuchung“ sein wird, das vermuten sie nicht, denn von einer Klagerhebung ist in ihrer „Erklärung“ mit keinem Worte die Rede. Die öffentliche Meinung wartet auf die ihr gebührende Genugtuung, die nur im Rücktritt der beiden kompromittierten Liberalen Herren von allen ihren Nemtern bestehen kann.

Das „Volksrecht“ kann der „kommenden Untersuchung“ mit aller Ruhe entgegensehen, denn es hat die Veröffentlichung nur auf Grund der Originalschriftstücke vorgenommen. Darum auch verweigert die bürgerliche Presse den so arg kompromittierten „Stadtvätern“ die sonst immer gewährte Verteidigung.

Es gibt also auch in der Schweiz „Haberlands“, nicht nur in Berlin.

Portugal.

Anerkennung der Republik.

Lissabon, 13. Oktober. Die Schweiz und Brasilien haben die portugiesische Republik anerkannt.

Ranuel's Flucht.

Paris, 13. Oktober. Der Sonderberichterstatter des „Matin“ hatte eine Unterredung mit dem nach Lissabon zurückgekehrten Kapitän der Jacht „Amelia“, auf der die königliche Familie nach Gibraltar geflüchtet ist. Der Kapitän erzählte unter anderem: Das Schiff nahm zuerst nordwestliche Richtung. König Ranuel hatte nämlich erklärt, daß er nach Oporto gehen möchte, wo er Anhänger und treue Truppen finden werde. Er hoffte, dann gegen Lissabon marschieren zu können. Die beiden Königinnen widerlegten sich diesem Vorhaben und es wurde beschlossen, nach Gibraltar zu segeln.

Balkan.

Die bulgarisch-türkischen Beziehungen.

Sofia, 13. Oktober. Wie das Blatt „Kambana“ meldet, hat die Regierung die Abberufung des bulgarischen Gesandten in Konstantinopel sowie die der bulgarischen Konsuln in Adrianopel und Saloniki beschlossen.

Bulgarische Rüstungen.

Sofia, 13. Oktober. Wie die Blätter berichten, beabsichtigt die Regierung, während der kommenden Session der Sobranje einen außerordentlichen Kredit von 50 Millionen für die Heeresbedürfnisse zu beantragen. Der größte Teil dieses Kredites soll zur Neuanschaffung von Kriegsmaterial Verwendung finden.

Die Lage im Sarangebiet.

Konstantinopel, 13. Oktober. Aus dem Sarangebiet wird gemeldet, daß dort dieser Tage eine Entscheidungsschlacht zwischen den Expeditionstruppen und den Druzen stattgefunden hat. Nach einem äußerst hartnäckigen Kampfe wurden die Druzen in die Flucht geschlagen.

Zur Kabinettskrise in Griechenland.

Athen, 13. Oktober. Auf eine Anfrage antwortete Venizelos, er werde die Kabinettsbildung nur annehmen, wenn ihm der König die Ernächtigung zur Auflösung der Nationalversammlung erteilt.

Argentinien.

Präsidentenwechsel und Wertschaft.

Buenos Aires, 12. Oktober. Der neue Präsident der Republik, Saenz Peña, und der Vizepräsident, Dr. de la Plaza, nahmen heute in feierlicher Weise von ihren Nemtern Besitz und leisteten in einer gemeinsamen Sitzung der Kammer und des Senats den Eid. Der Präsident verlas alsdann eine Botschaft, in welcher er erklärte, die internationale Politik der neuen Regierung werde eine Politik der Freundschaft für Europa und der Brüderlichkeit für Amerika sein. Er kündigte hierauf an, daß er Änderungen im Wahlgesetz vorschlagen, das Los der Arbeiter zu verbessern und den Preis der notwendigen Lebensmittel herabzusetzen werde. Er sei Anhänger der progressiven Erbschaftsteuer. Saenz Peña empfahl sodann ein Arbeitsunfallgesetz und erklärte, er werde seine ganze Aufmerksamkeit dem öffentlichen Unterricht, insbesondere dem Volksschulwesen, zuwenden und sich auch mit dem Schutze der Einwanderer durch Erleichterung des Ankaufs kleiner Besitzungen beschäftigen.

Honduras.

Der Zwischenfall in Amapala erledigt.

Washington, 12. Oktober. Nach einer beim Staatsdepartement eingegangenen Depesche hat der Stadtkommandant von Amapala (Honduras), der den Befehl gegeben hatte, alle Amerikaner und Engländer festzunehmen, der Forderung des Präsidenten Davila, sich von seinem Posten zurückzuziehen und nach Tegucigalpa zu gehen, Folge geleistet.

Gewerkschaftliches.

Achtung! Gewerkschaftsmitglieder!

Zu dem am heutigen Abend stattfindenden

Vortrag des Herrn Professors Dr. Kroll

Über „Mensch und Ameise als soziale Lebewesen“ sind noch Eintrittskarten a 25 Pf. am Eingang zum Saal zu haben! (Siehe auch Inserat!)

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Der Streik bei Schäffer u. Dehmann ist beendet. Die Sperre ist aufgehoben. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Die Lohnbewegung der Holzbildhauer hat ihren Abschluss soweit gefunden, daß nunmehr auch von Seiten der Arbeitgeber-Organisationen, der Freien Vereinigung der Holzindustriellen, dem Verein für Innenausbau und dem Verein selbständiger Bildhauer Berlins, die Vereinbarungen der gemeinsamen Kommission angenommen worden sind.

Es tritt somit eine sofortige allgemeine fünfprozentige Lohnerhöhung ab 10. Oktober 1910 in Kraft und ist am Sonnabend, den 15. Oktober erstmalig zahlbar. Außerdem: Bei Arbeiten außerhalb der Werkstatt über 1 Kilometer Entfernung wird ein Zuschlag von 5 Pf. pro Stunde, und bei Arbeiten auf dem Bau bei jeder Entfernung ein solcher von 10 Pf. pro Stunde gezahlt. Die Kollegen haben also am Sonnabend in allen Werkstätten den erhöhten Lohn zu beanspruchen und noch abends im Bureau Engelauer 15, Zimmer 82 Bericht zu erstatten. Hier wird auch den Kollegen, die keine Lohnerhöhung erhalten haben, weitere Anweisung gegeben. Die Kommission des Zentralvereins der Bildhauer.

Achtung, Dachdecker Berlins und der Umgegend! Die Sperre über die Firma Georg Althaus, Adlerstr. 155, ist aufgehoben. Herr Althaus hat sich durch Namensunterschrift verpflichtet, die Bestimmungen des Tarifvertrages für das Dachdeckergerwerbe zu Berlin einzuhalten, und Sonderabmachungen, welche dem Tarifvertrag zuwiderlaufen, mit seinen Leuten nicht zu treffen. Zentralverband der Dachdecker, Verwaltungsstelle Berlin.

Die Gastwirtsgehilfen beschäftigen sich in einer öffentlichen Versammlung, die am Dienstag, den 11. d. Mts., in den „Industrie-Festhallen“ tagte, und die äußerst stark besucht war, mit der Frage der Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises. Der Referent teilte in seinem Vortrag u. a. mit, daß eine Anzahl sogenannter „nationaler“ Gehilfenvereine mit dem Plan umgingen, einen „Zentralarbeitsnachweis“ zu gründen, um ihre Existenz auch nach dem Inkrafttreten des Stellenvermittlungsgesetzes weiter fristen zu können. Das Stellenvermittlungsgesetz würde namentlich diesen Vereinen, die nur durch ihre halbwegsamtliche Stellenvermittlung bestehen, ein Ende bereiten. Anstatt sich nun der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen oder doch wenigstens der Errichtung eines zentralisierten paritätischen Arbeitsnachweises zuzustreben, versuchen diese von selbständigen Elementen geleiteten kleinen Winkelvereinen weiter zu wurseln. Der Referent ging mit diesen die Gehilfen schädigenden Absichten scharf ins Gericht und empfahl als die einzige richtige Lösung, um endlich in bezug auf die Arbeitsvermittlung zu gesunden Verhältnissen zu kommen, den paritätischen Arbeitsnachweis. Nach einer sehr lebhaften Diskussion, bei der es sich zeigte, daß die übergroße Mehrheit der Berliner Gastwirtsgehilfen auf dem Boden des Referenten steht, gelangte nachfolgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die Versammlung beurteilt als das entschiedenste die Verurteilung des Ortsartikels, durch Gründung eines sogenannten „Zentralarbeitsnachweises“ das Stellenvermittlungsgesetz in seiner Wirkung aufzuheben.“

Der Arbeitsmarkt würde durch Verwirklichung dieses Projekts nur noch mehr zerplittert. Die Angestellten würden in ihren Interessen auf das schwerste geschädigt, da auf diese Weise die Unternehmer von ihrem Beitrag (Hälfte der Vermittlungsgebühren) befreit werden sollen.

Die einzige richtige Lösung erblickt die Versammlung in der Errichtung eines öffentlichen, kostenlosen, paritätischen Arbeitsnachweises für Berlin und erwartet von dem Verband deutscher Gastwirtsgehilfen, daß er von neuem die geeigneten Schritte in die Wege leitet, um dieses Ziel zu erreichen.“

Sobald wurde über den Stand des Hamburger Café-Fellnerstreiks berichtet. Es sind noch 400 im Ausstand bzw. ausgesperrt. Arbeitswillige haben sich unter den Streikenden selbst nicht gefunden, dagegen ist der gelbe Café-Fellner-Berg in Berlin unter der Führung des Cafetiers Poli und des antisemitischen Schriftstellers Sommer weiter bemüht, Streikbrecher nach Hamburg zu liefern. Hierzu wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung spricht den streikenden Café-Fellnern Hamburgs ihre volle Sympathie aus und hofft, daß sie in ihrem gerechten Kampfe aushalten bis zum Siege.“

Sie nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von den Verrätereien der gelben Vereine und lehnt jede Gemeinschaft mit diesen ab. Die Versammelten sollen dem Verband deutscher Gastwirtsgehilfen, der sofort alles tat, um die Streikenden wirksam zu unterstützen, ihre volle Anerkennung.“

Deutsches Reich.

Die Differenzen auf den Seeschiffswerften.

Aus Hamburg meldet uns ein Privattelegramm, daß die Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Organisationen am Donnerstag noch zu keinem Abschluß gelangt sind und am Freitag fortgesetzt werden sollen. — Die Wärmelinie hat die Forderungen ihrer Arbeiter bewilligt.

Die Ursache des Fortbestehens von Differenzen wird, so meldet das „Volkische Bureau“ von maßgebender Seite, darauf zurückgeführt, daß die von den Arbeitgebervertretern zugesagte Wiederaufnahme der Arbeit in verschiedenen Werften seitens der Arbeiter nicht rechtzeitig erfolgt ist, sowie des weiteren darauf, daß die Frage der Sicherung der Affordüberschüsse an durch den Streik unterbrochenen Aufträgen noch weiterer Klärung bedürftig ist. Die Vertreter der Arbeiter haben der Kommission des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller am Donnerstag, den 6. Oktober, ihre Stellungnahme zu den Vermittlungsvorschlägen der Kommission in Form einer Resolution der Werkstättenkonferenz unterbreitet. In dieser Resolution wurde u. a. Bezug genommen auf die Auszahlung der Uberschüsse für die infolge des Streiks liegen gebliebenen Aufträge. Schon vorher war seitens der Kommission des Gesamtverbandes der Wunsch ausgesprochen worden, man möchte, nachdem die Werften ihren Standpunkt hinsichtlich der äusseren Zugeständnisse streng präzisieren hatten, keine neuen Momente in die Debatte bringen, weil dadurch das Zustandekommen des Friedens in Frage gestellt werden könnte. Angesichts dessen gingen die Arbeitgebervertreter über den angeführten Punkt der Resolution hinweg, ohne besonderen Widerspruch dagegen zu erheben. Außerdem ist in dem von beiden Parteien unterzeichneten Schlussabkommen von irgend welchen nachträglichen, außerhalb der von den Arbeitern eingereichten Vorschläge liegenden Zugeständnissen nicht die Rede. Demgemäß konnten die Arbeitgeber zu der Auffassung gelangen, daß die Regelung der Affordüberschüsse von den Arbeitern fallen gelassen worden sei. Umgekehrt glaubten aber die Arbeiter aus dem Umstand, daß aus der Schlussverhandlung gegen die Geltendmachung des erwähnten Verlängens kein formeller Widerspruch seitens der Arbeitgeber erhoben war, die stillschweigende Anerkennung ihres Wunsches folgern zu sollen.

Beide Parteien haben demgemäß in gutem Glauben gehandelt. Es liegt kein Grund vor zu zweifeln, daß die zurzeit noch schwebende Frage eine befriedigende Lösung finden wird. Die beteiligte Arbeiterorganisation bezeichnet es als vollkommen unerfindlich, wenn in einzelnen Wätern von dem Vorhandensein irgend welcher Meinungsverschiedenheiten und erregten Stimmungen zwischen der Verhandlungskommission des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller und den Seeschiffswerften die Rede sein könnte. Im Gegenteil haben beide Instanzen in dauerndem Einvernehmen ihr möglichstes geleistet, um die Differenzen im Schiffbaugewerbe zu gutem Ende zu führen. Es ist zu hoffen, daß die Verhandlungen bis zum Sonnabend mit gutem Erfolge abgeschlossen sind.

Bremen, 13. Oktober. (W. L. W.) Die Verhandlungen zwischen den Werftarbeitern einerseits und der Norddeutschen Armaturenfabrik und der Aktiengesellschaft Weser andererseits haben zu einer Beilegung aller Differenzpunkte geführt. Die Arbeit bei der Armaturenfabrik wird morgen wieder aufgenommen werden. Die Aktiengesellschaft Weser wird morgen durch Anschlag die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit auffordern.

Achtung, Metallarbeiter und Werkzeugmacher! Im Ringwerk Seegermühle bei Eberswalde (Aron Hirsch) sind Differenzen ausgebrochen. Wir ersuchen den Zugang von Werkzeugdrehern und Werkzeugschlossern, wie überhaupt von Metallarbeitern fernzuhalten. Deutscher Metallarbeiterverband, Bezirksleitung.

Gewalttätige Massenkundgebungen

gegen die Einführung eines Zwangsarbeitsnachweises inszenierte die Remscheider Arbeiterkassette in den letzten Tagen. Ohne mit irgend einer Seite über die Frage zu reden, ohne auf die Öffentlichkeit Rücksicht zu nehmen, ohne die Arbeiter überhaupt mit einer Silbe zu unterrichten, ist das Remscheider Unternehmertum dazu übergegangen, einen Zwangsarbeitsnachweis zu schaffen, durch den man den freien Willen der Arbeiter völlig ausschaltet. Den Unternehmern war bekannt, daß die Stadt sich mit dem Gedanken trug, einen paritätischen Arbeitsnachweis zu schaffen. Das war für die Arbeitgeber ein Grund mehr, mit aller Eile und in aller Eile einen Entwurf auszuarbeiten, der ihren heißen Wünschen entspricht. Die Remscheider Arbeiterkassette besaß sich schon am 6. Oktober in vier überfüllten Versammlungen mit den Absichten der Unternehmer. Tausende fanden keinen Einlass mehr in die Versammlungsklokale und harreten auf der Straße, bis die Versammlungen beendet waren. Es schien, als sei kein Arbeiter an diesem Abend zu Hause geblieben. Mindestens an die 10 000 Menschen waren es, die geschlossen gegen das Unternehmertum protestierten. In allen Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, in der gegen den Gewaltstreich der Unternehmer protestiert und die Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises verlangt wird, der durch die Gemeinde verwaltet werden soll. Der städtischen Verwaltung wurde die lebhafteste Mißbilligung darüber ausgesprochen, daß sie tatenlos zugehört hat, wie der Arbeitgeberverband seine Vorbereitungen traf, um das Vorhaben der Kommune zu durchkreuzen. Nach Beendigung dieser Versammlungen kam es zu StraßenDemonstrationen. Die Polizei hielt sich sehr reserviert, so daß alles in schönster Ordnung verlief.

Am letzten Sonnabend rückte nun das organisierte Remscheider Unternehmertum mit einer Erklärung heraus, in der der Arbeitsnachweis als ein ganz harmloses Institut hinstellen versucht wurde. Man glaubte damit die aufgeregten Gemüter der Arbeiter beruhigen zu können. Das Gegenteil trat aber ein. Am Montag, den 11. Oktober, tagten wieder nicht weniger wie fünf überfüllte Versammlungen, die sich darauf mit dem Zwangsarbeitsnachweis und der Erklärung der Unternehmer befaßten. In sämtlichen Versammlungen herrschte eine begeisterte Stimmung und Einmütigkeit darüber, daß dieser Zwangsarbeitsnachweis mit allen gesetzlichen Mitteln bekämpft werden müsse. In allen Versammlungen wurde eine gleichlautende Resolution angenommen, die besagt, daß die Arbeiterkassette die Verdrehungen des Arbeitgeberverbandes zurückweist und in der Schaffung von Zwangsarbeitsnachweisen nur ein Mittel sieht, um die Macht des organisierten Unternehmertums zu stärken und das aufstrebende Proletariat in seinem Bestreben, seine Lage zu verbessern, niederzuhalten. Die Arbeiter werden es ablehnen, die von den Unternehmern zur Anerkennung vorgelegten Listen zu unterzeichnen und den Zwangsarbeitsnachweis streng meiden. Die Protestversammlungen machten einen gewaltigen Eindruck. Nach Schluß derselben kam es wieder zu Demonstrationen, die ruhig verlaufen sein würden, wenn sich die Polizei nicht kopflos gezeigt haben würde. Eine kleine Ansammlung, die zum größten Teil aus jugendlichen Personen und solchen Leuten bestand, die sehen wollten, was es nun noch gebe, bot der Polizei Veranlassung, ihre bekannte Taktik zur Anwendung zu bringen. Am Eingang zum Kaiserplatz hatte sich ein starkes Polizeiaufgebot versammelt. Als eine Zahl Personen anlangte, ging die Polizei vor. Sie sperrte ab und drängte die Leute in die Alleestraße hinein. Rummeln wurden an mehreren Stellen der Alleestraße Schutzmannsletten über die Straße gezogen und die Straße „gesäubert“. Auf dem Markt wurde die Polizei immer nervöser. Schließlich wurde blank gezogen und dreingehauen. Mehrere Personen sind schwer verletzt worden. Das Volkshaus mußte auf Veranlassung der Polizei, die sich der Sache wieder mal nicht gewachsen zeigte, geschlossen werden.

Der Hasenarbeiterstreik in Bremen, der zur Verhinderung von Streikarbeit für Brake ausgebrochen war, ist beendet. Die Bremer Lagerhaus-Gesellschaft gestattete den Arbeitern Einstichnahme in die Schiffsaperturen, damit die Arbeiter die Möglichkeit der Kontrolle darüber haben, ob für Brake bestimmte Schiffe nach Bremen zur Entladung gebracht werden.

Beilegung des Konflikts in der Krefelder Seiden-Industrie.

Wie das Volkische Bureau aus Krefeld meldet, haben die Ausständigen der Seidenfirma Eißländer beschlossen, die Arbeit am Sonnabend wieder aufzunehmen. Damit ist eine Aussperrung der gesamten Arbeiter der Seidenindustrie in Krefeld vermieden.

Die Münchener Glasermeister wollen keinen Tarif! Als vergangen Donnerstag vor dem Einigungsamte Verhandlungen zum Zwecke des Abschlusses eines Tarifvertrages stattfinden sollten, erklärte zu Beginn ein Vertreter der Scharfmacher: „Wir wollen keinen Vertrag!“ Der Vorsitzende, Gewerbegerichtsdirektor Dr. Brenner, gab darauf seiner Meinung deutlichen Ausdruck, indem er bemerkte, daß eine solche Erklärung in den Räumen des Einigungsamtes schon lange nicht mehr abgegeben worden ist. Diese Haltung sei um so verwunderlicher, als der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe, dem die Glasermeister doch auch angehören, prinzipiell auf dem Boden der Tarifverträge stehe. Die Arbeitgebervertreter erklärten, aus diesem Verhalten der Meister die Konsequenzen ziehen zu wollen. — Der Zugang von Glasergehilfen nach München ist zu meiden!

Ausland.

Fortschritte in der britischen Bergarbeiterföderation.

London, 8. Oktober 1910. (Eig. Ber.) Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, die mit jedem Jahre deutlicher zutage tritt, daß die britischen Gewerkschaften, die früher

die Lehrmeister der kontinentalen Arbeiter waren, heute immer mehr von ihren einstigen Schülern beeinflusst werden. Besonders bei den Bergarbeitern Großbritanniens macht sich in den letzten Jahren der Einfluß der von Sozialdemokraten geleiteten kontinentalen Bergarbeiterverbände bemerkbar. In der gestrigen Sitzung des in Edinburgh stattfindenden Bergarbeiterkongresses wurde zum ersten Male in der Geschichte dieser Organisation eine Resolution angenommen, in der die Einführung von Arbeiterinspektoren, die von den Arbeitern selbst ernannt werden, verlangt. Dieser Fortschritt ist ohne Zweifel eine Wirkung der internationalen Bergarbeiterkongresse.

Die Resolution wurde von dem Vizepräsidenten der Föderation dem Genossen Emillie, der letztes Jahr das System der Arbeiterinspektoren in Frankreich studierte, wo seine Vorgänge allgemein anerkannt werden, begründet. Die Resolution lautete:

„Arbeiterinspektoren sollen ernannt werden, wie sie in dem Minoritätsbericht der königlichen Kommission über Unfälle im Bergbau gefordert werden. Sie sollen von den Bergarbeitern des Bezirks, der dem Inspektor zugewiesen wird, gewählt werden. Der Inspektor soll seine ganze Zeit der Inspektion der Gruben widmen. Die zur Wahl berechtigten Personen sollen das Recht haben, den Inspektor auf dem Wege der Abstimmung zu entlassen.“

Der Begründer führte zu diesem Thema aus, daß es sehr wichtig sei, daß praktische Leute, die die Grube und die besonderen Gefahren kennen, jeden Teil gründlich inspizieren. Die gegenwärtig von den Regierungsbeamten vorgenommenen Inspektionen seien keine Inspektion im wahren Sinne des Wortes. Die Bergwerksinspektoren gäben zu, daß sie unter dem herrschenden System nur einzelne Gruben untersuchen könnten und von diesen Gruben auf die Zustände in den anderen schließen. Die Bergarbeiter verlangten, daß die Arbeiter einer Grube oder einer Anzahl von Gruben das Recht haben sollen, aus ihrer Mitte einen Kameraden zu wählen, der seine ganze Zeit der Inspektion der Gruben widmen müsse und dem staatlichen Bergwerksinspektor Bericht zu erstatten habe, wenn etwas nicht in Ordnung sei. Es sei nicht gerecht, zu verlangen, daß die Arbeiterkassette diese neuen Inspektoren bezahle; die Kosten dieser Inspektion müßten von den Werkseignern oder dem Staate getragen werden. Die Forderung sei in Großbritannien neu; aber in Frankreich habe man mit den Arbeiterinspektoren seit zwanzig Jahren gute Erfahrungen gemacht. In Frankreich hätten die Arbeiterinspektoren viel zur Verringerung der Unfälle beigetragen. Die britischen Bergarbeiter müßten diese Forderung mit Festigkeit und Beharrlichkeit vertreten, um zum Ziele zu gelangen; denn die Bureaukraten des Ministeriums des Innern würden sich der Einführung der Arbeiterinspektoren mit aller Macht widersetzen.

Eine weitere bemerkenswerte Resolution, die ebenfalls wie die vorhergehende einstimmig angenommen wurde, bezog sich auf die Gründung eines Wochenblattes. Zwar ist die Gründung noch nicht beschlossen, aber man hat doch endlich einmal mit den Vorbereitungen zu diesem höchst notwendigen Unternehmen, ohne das eine moderne Gewerkschaft kaum denkbar ist, begonnen.

Gehörten die britischen Bergarbeiter bis jetzt zu den konfessionellen Elementen der Gewerkschaften dieses Landes, so macht sich bei ihnen in der letzten Zeit ein deutlicher Zug nach links bemerkbar. Die Agitation der S. D. P. macht unter den Bergarbeitern große Fortschritte, so daß es gar nicht unwahrscheinlich ist, daß die Bergarbeiter Großbritanniens einmal die Kerntruppe einer großen sozialdemokratischen Partei bilden wird.

Letzte Nachrichten.

Der Generalfreist der französischen Eisenbahner.

Paris, 13. Oktober. (W. L. W.) Die Bediensteten der Straßenbahn von Paris-Saint-Germain streiken. Man befürchtet, daß heute abend das Personal der anderen Straßenbahnlinien des Seine-Departements in den Ausstand treten werde. In Regierungskreisen macht sich in bezug auf den Ausstand der Eisenbahner eine beruhigtere Auffassung bemerkbar, insbesondere wird ein von dem Ausstandskomitee an Briand gerichtetes Schreiben, in welchem dasselbe seine Bereitwilligkeit zu einer Unterredung mit dem Ministerpräsidenten und den Bahndirektoren bekannt gibt, als ein Anzeichen dafür angesehen, daß die Eisenbahndiensteten selbst nunmehr wenig Hoffnung auf einen Erfolg der Ausstandsbewegung haben. Ministerpräsident Briand erklärte einem Berichterstatter gegenüber, das Ministerium wisse, daß die ungeheure Mehrheit der Bahnbediensteten für die gegenwärtigen Vorkommnisse nicht verantwortlich gemacht werden könnte, er sei nach wie vor bereit, alle Versuche zu einer gütlichen Lösung zu fördern.

Weitere Verhaftungen.

Paris, 13. Oktober. (W. L. W.) Wegen Aufreizung zum Ausstand und wegen Verleumdung des Heeres sind noch weitere Verhaftungen von Eisenbahnarbeitern erfolgt; ferner sind mehrere Eisenbahnarbeiter entlassen worden. Fünf Eisenbahnarbeiter, die wegen Verleumdung Arbeitswilliger verhaftet worden waren, sind vom Juchtpolizeigericht wegen Mangels an Beweisen freigesprochen worden. Heute nachmittag eingegangene Depeschen berichten über mehrere Fälle von Sabotage, die in der Provinz begangen worden sind, Unglück ist in keinem dieser Fälle angerichtet worden.

Paris, 13. Oktober. (Pres-Telegraph.) Heute abend wurden zwei Redakteure des „Guerre sociale“ von einem Polizeikommissar in der Redaktion verhaftet.

Ein Kohlendampfer gestrandet.

Kopenhagen, 14. Oktober. (W. L. W.) Der Danziger Dampfer „Sophie“, mit einer Kohlenladung nach Danzig unterwegs, ist in der letzten Nacht bei Tornby, an der Nordostküste von Jütland, gestrandet. Nach großen Anstrengungen gelang es, in Rettungsbooten 9 Mann der Besatzung zu retten, während 6 Mann, unter ihnen der Kapitän, ertranken. Der Dampfer ist gesunken.

Der rumänische Kriegsminister mit Familie im Automobil verunglückt.

Bukarest, 13. Oktober. (W. L. W.) Der Kriegsminister Craiancians und seine Familie erlitten einen schweren Automobilunfall. Der Minister brach zwei Rippen und wurde am Kopfe verletzt; diese Verletzungen sind jedoch ungefährlich. Seine Gemahlin erlitt ebenfalls zwei Rippenbrüche, die Tochter einen Armbruch, der Chauffeur einen Beinbruch.

Noch ein Automobilunglück.

Reichenberg, 13. Oktober. (W. L. W.) Bei dem Zusammenstoß eines Kraftwagens mit einem Fuhrwerk auf der Straße von Grottau nach Jittau ist der Expedient Hoffmann aus Jittau getötet worden, während die Insassen des Fuhrwerks leichte Verletzungen davontrugen. Der Führer des Kraftwagens wurde verhaftet.

Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Sitzung vom Donnerstag, den 13. Oktober.

Die Aussprache über die Vermögensverwaltung zog sich noch recht lange hin. Dabei handelte es sich fast ausschließlich um den

Zwang zum Ankauf von Reichs- oder Staatspapieren.

Der Entwurf bringt nämlich hier ebenso wie bei der Unfallversicherung die Neuerung, daß die Versicherungsanstalten verpflichtet sein sollen, mindestens ein Viertel ihres Vermögens in Anleihen des Reiches oder der Bundesstaaten anzulegen.

Die Sozialdemokraten hatten die Streckung dieser Bestimmung beantragt. Ferner forderten sie, daß die Verfügung der Versicherungsanstalten, das Vermögen insbesondere zur Förderung des Arbeiter-Wohnungswesens zu verwenden, ausdrücklich im Gesetz angeführt werde. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Das Zentrum wollte der Bestimmung über den Zwang zum Ankauf von Reichs- oder Staatspapieren hinzufügen, daß dadurch nicht beschränkt werde die Gewährung von Darlehen und Unterfützung für gemeinnützige Zwecke, Errichtung von Krankenanstalten, Gensungsheimen, Bau von Wohnungen für die mindermittelsten Volkskreise, Förderung der Ansiedlung ländlicher Arbeiter, Hebung des Genossenschaftswesens usw. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums abgelehnt und darauf von derselben Mehrheit die Bestimmung des Entwurfs unverändert angenommen.

Für die Sonderanstalten der Staatsbetriebe usw. sollte aber nach der Vorlage diese Bestimmung nicht gelten. Auf Antrag der Konserverativen wurde gegen den Einspruch der Regierungsdirektoren diese Ausnahme beseitigt; mithin sollen auch die Sonderanstalten zum Ankauf von Reichs- oder Staatspapieren verpflichtet sein.

Schmälerung der Ansprüche der Versicherten.

Versicherungsüberrechte in Betrieben, für die eine Sonderanstalt besteht, können sich nur bei freiwillig versicherten und beim Ausscheiden aus der Beschäftigung nur bei ihr die Versicherung fortsetzen. Versicherungspflichtige in solchen Betrieben können sich, wenn sie aus ihrer Beschäftigung ausscheiden, ohne anderswo versicherungspflichtig zu werden, nur bei der Sonderanstalt weiter versichern.

Die Sozialdemokraten beantragten den Zusatz: Werden die Personen anderweitig versicherungspflichtig, so bleibt die etwa bestehende Anwartschaft auf Leistungen an die Witwen und Waisen gegen Zahlung eines entsprechenden, durch die Satzungen zu bestimmenden Beitragsanteils unberührt. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Für die Wöchnerinnen.

Als Beitragswochen der Lohnklasse 2 werden, ohne daß Beiträge entrichtet werden, u. a. die vollen Wochen bis zu einem Jahre angerechnet, in denen der Versicherte krank war. Die Gensungszeit wird der Krankheit gleichgestellt. Dasselbe gilt auf die Dauer von höchstens 8 Wochen für die durch eine Niederlunfts veranlaßte Arbeitsunfähigkeit, von denen mindestens sechs Wochen auf die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen.

Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde hinzugefügt, daß auch die Schwangere dabei berücksichtigt werden muß. Außerdem hatten die Sozialdemokraten beantragt, daß nicht nur 8 Wochen, sondern wie bei einer Krankheit die ganze Dauer der Arbeitsunfähigkeit bis zu einem Jahre als Beitragswochen angerechnet werden. Leider wurde auch dieser Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Polen abgelehnt.

Der Staat will nicht für den Militärdienst zahlen.

Ebenso wie bei den Krankheiten werden auch die Wochen angerechnet, in denen der Versicherte zur Erfüllung der Wehpflicht in Friedens-, Mobilisations- oder Kriegszeiten eingezogen gewesen ist, oder in Mobilisations- oder Kriegszeiten freiwillig militärische Dienstleistungen verrichtet hat. Die Kosten, die dies verursacht, hat bisher die Staatskasse getragen. Jetzt sollen sie nach dem Entwurf den Berufsgenossenschaften zur Last fallen.

Kleines feuilleton.

Die Herrschaft über die Wägen. Die wichtigste Forderung Wilhelm von Humboldts bei Begründung der Berliner Universität war die Sicherung ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit durch Ueberlassung von Domänen auf ewige Zeit. Durch Kabinettsorder vom 28. August 1809 versprach Friedrich Wilhelm III., die notwendigen 250 000 Taler für die Berliner Universität sollten „durch Domänen von diesem jährlichen Ertrage fundiert und es solle des Endes dieser Institute von dem Grund-Vermögen des Staates so viel als hierzu nötig auf ewige Zeiten als Eigentum überantwortet werden“.

Es war ein echtes Hohenzollern-Versprechen. Mit unendlichen Schlichen und Formalien wurde zunächst die Erfüllung verschleppt. Mit jedem Monat mehr wuchs der Widerstand gegen die Forderung, deren Einlösung schließlich vertagt wurde. Das war der Grund, warum Wilhelm v. Humboldt noch vor Eröffnung der Universität Berlin, seiner eigentlichen Schöpfung, aus dem Amte schied. Sein Nachfolger v. Schummann hatte nun die Aufgabe, jene königliche Kabinettsorder auch formell zu beseitigen. Er tat das in einem Antrag beim Staatskanzler vom 3. März 1811, der nachhinein in der Auffassung der preussischen Regierung und der preussischen Monarchie von der Stellung der Wissenschaft und ihrer Lehrer, Schummann proklamierte an diesem Tage, den man als Hundertjahr-Jubiläum, dem Geiste nach, viel positiver feiern sollte, als jetzt im Oktober, gegen die Forderung wirtschaftlicher Unabhängigkeit mit grandiosem Zynismus die Herrschaft über die Wägen als oberstes Gesetz preussischer Wissenschaftspolitik.

Nach finanziellen Einwürfen, veranlassen noch „höhere Betrachtungen“, die Frage nochmals zu erörtern, „ob es nötig und ratsam sei, die höchsten wissenschaftlichen Zentralinstitute des Staates nicht etwa bloß in ihrem freien wissenschaftlichen Streben und Wirken, sondern auch mit ihrer Subsistenz und Dauer vom Oberhaupt des Staates unabhängig zu machen, und sie von dieser Seite gegen das Wesen der jetzigen Verfassung, des Königs und seiner Dynastie in den Zustand der Gleichgültigkeit zu versetzen?“

Schummann verneint diese Frage. Aus folgenden Gründen: „Mein höchster Standpunkt für diese Welt, von dem ich in meinen praktischen Urteilen auszugehen vermag, ist die Unabhängigkeit an den König, sein Haus und die bestehende Verfassung, und keine schon klingenden Phrasen können mich ein höheres Prinzip erkennen lassen, sobald es auf das Handeln ankommt.“

Somit glaubte man nur die Erfahrungen der Väter für die Kinder verloren, dem jetzigen Zeitgeiste sind die eigenen schon früher verloren, ehe die Wunden, welche sie schlugen, zu heilen beginnen. Wer mag gewahren, welche Theorien zu dieser und jener Zeit dort und da herrschend und Mode werden können und versucht werden wollen. Vor 10 Jahren zum Beispiel waren in der deutschen Gelehrten-Republik aber Prinzipien Mode, die aus Frankreich kamen. Jetzt ist die innere Tendenz gerade umgekehrt, wenngleich die Furcht deren Neuerungen beschränkt. Wie aber auch die Köpfe egalisiert sein mögen, so behalten doch die Wägen

Hiergegen erhoben die Sozialdemokraten Einspruch und beantragten, daß nach wie vor die Staatskasse in Anspruch genommen werden soll. Die Bestimmung des Entwurfs wurde aber gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Polen angenommen.

Nächste Sitzung morgen.

Kleine Urtachen, große Wirkungen.

Der Maler Karl W. erlitt am 3. Oktober 1895 durch Betriebsunfall eine Wundwunde am rechten Mittelfinger. Die Wunde wurde leider nicht genügend beachtet. Infolgedessen schloß sich an diese Verletzung eine eitrige Unterhautzellgewebsentzündung an, welche wiederholt äußerst schwere operative Eingriffe nötig machte. Von der Ellenbeuge bis zum Brustbein mußten die Haut und auch die Muskeln, die brandig und verjauchet waren, entfernt werden. Die großen Blutgefäße und Nervenstämme waren nur von einem dünnen Narbengewebe bedeckt. Er bezog von der Nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft eine Rente von 20 Prozent.

Im August 1902 stellte W. den Antrag auf Erhöhung der Rente, da sich sein Zustand verschlechtert habe und auch Lungenbeschwerden aufgenommen wären. Der Antrag wurde dem Schiedsgericht durch Urteil vom 30. Oktober 1902 abgelehnt. Das Schiedsgericht folgte dem Gutachten seines ärztlichen Beraters, dem als Kreisarzt geprüften Dr. A., derselbe stellte zwar eine rechtsseitige Lungenentzündung fest, indessen verneinte er den ursächlichen Zusammenhang der Lungenentzündung mit dem Unfall vom 3. Oktober 1895 aus örtlichen und zeitlichen Gründen. Der Refus des Verletzten gegen dieses Urteil wurde vom Reichsversicherungsamt durch Urteil vom 17. März 1903 zurückgewiesen. Damit hatte auch die höchste Instanz sich leider auf den verneinenden Standpunkt des Kaufmännischen Schiedsgerichts gestellt. Trotzdem die Erkrankung der Lunge sich weiter entwickelte, konnte der Verletzte eine Erhöhung der Rente nicht erlangen, weil just rechtskräftig das Lungenleiden als Unfallfolge verneint war.

Indessen am 5. September 1905 stellte die Nordöstliche Baugewerks-Berufsgenossenschaft den Antrag, die Rente von 20 auf 10 Proz. herabzusetzen. Nach einem ärztlichen Gutachten des Dr. Rothenberg ist eine Besserung eingetreten, denn: „bei der Erhebung des rechten Armes gerren sich die Narben der rechten Brustseite nicht mehr“. Das Schiedsgericht holte ein weiteres ärztliches Gutachten von demselben Dr. A. ein. Dieser Gutachter konnte eine wesentliche Veränderung in dem Zustande nicht feststellen, eine solche sei auch nach der Art der anatomischen Verhältnisse nicht mehr zu erwarten. Da indessen, heißt es im Gutachten, seit dem Unfall mehr als 10 Jahre und seit der Festsetzung der obprozentigen Rente 8 Jahre vergangen sind, ohne daß an den Narben und den darunterliegenden Organen, namentlich an den großen Gefäßen, krankhafte Erscheinungen sich gezeigt haben, so muß mit Recht das Moment der „Gewöhnung“ als Besserung angenommen werden. Das Schiedsgericht gab dem Antrag der Berufsgenossenschaft statt und setzte die Rente vom 1. Oktober 1905 auf 10 Proz. herab. Das Reichsversicherungsamt fassierte das Schiedsgerichtsurteil. Dem Verletzten müßte die Rente von 20 Proz. weitergezahlt werden.

10. April 1908 verstarb W. an Lungen- und Kehlkopftuberkulose. Die Witwe stellte bei der Berufsgenossenschaft den Antrag, ihr und ihren Kindern die Hinterbliebenenrente zu gewähren, der Tod sei ursächlich auf den Unfall vom 3. Oktober 1895 zurückzuführen. Sie wurde indessen mit ihren Ansprüchen von der Berufsgenossenschaft und vom Schiedsgericht für Arbeiterversicherung Stadtkreis Berlin mit der Begründung abgewiesen: „Es steht rechtskräftig fest, daß das tuberkulöse Lungenleiden, an welchem W. später erkrankte, nichts mit dem Unfall zu tun hat. Wenn er daher jetzt keiner Tuberkulose erlegen ist, so ist die Verletzte nicht versichert, Hinterbliebenenrente zu zahlen, da die todringende Krankheit des W. nicht vom Unfall verschuldet ist.“

Gegen das Urteil legte die Witwe beim Reichsversicherungsamt Refus ein. Begründend wurde ausgeführt, daß die Sachlage von neuem zu prüfen sei. Die Rechtskraft des Urteils vom 17. März 1903 könne jetzt nicht mehr in Betracht kommen. Mit dem Tode W. sei die Rechtskraft der früheren Urteile erloschen. Jetzt sei ein neues Recht entstanden. Die Witwe mache ihr Recht geltend und da müsse die Sachlage und die Frage der Kaufkraft von neuem nachgeprüft werden. Das Reichsversicherungsamt habe

immer ihre Rechte gegen sie, die einzigen, die in diesem Zustande geschont werden. Wenn die Herrschaft über letztere bleibt, der wird immer auch mit ersteren fertig und wer die Verteidigung der letzteren an seine Wahl bindet, hat die beste Sicherheit, daß die ersteren dafür arbeiten.“

Schummann fragt schließlich an, ob er die Domänenabtation, wenn sie in Anregung gebracht wird, „nach den Umständen zögern oder ausweichen soll (wozu die seitdem erfolgte Verschuldung der Domänen mit Pfandbriefen guten Grund gibt)“, oder ob er die Abtation wirklich vollziehen soll.

Das war Geist vom Geiste Friedrich Wilhelms III. Diese „materialistische“ Verurteilung auf die professionellen Wägen war für ihn ebenso verständlich, wie der Hohn über alle Reformbestrebungen — in dieser legendarischen Zeit „preussischer Wiedergeburt“! Zwar das königliche Versprechen bestand einmal, aber die wird man los, indem man — „ausweicht“.

Das ist die regierende Universitätspolitik Preußens in dem Jahrhundert geblieben, und namentlich für Berlin: Durch die Abhängigkeit der Wägen sich die Herrschaft über die exaltierten Köpfe zu sichern, die etwa nicht im Hohenzollerndienst die höchste aller menschlichen Aufgaben erkennen wollen!

Ein Leuchtturm ohne Wächter. Auf der Klippenreichen Reede des Hafens Saint Pierre, auf der Insel Guernsey, ist nach Mitteilungen in der „Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure“ ein Leuchtturm errichtet worden, dessen Lichtzeichen durch eine Sirene selbstständig unterhalten werden kann und dessen Einrichtung einen Wächter überflüssig macht. Der Turm ist in Stampfbeton ausgeführt und auf einer bei Ebbe gerade über den Wasserpiegel hinausragenden Klippe gegründet. Das Leuchtfeuer, dessen Lichtquelle eine Azetylenlampe ist, liegt 15 Meter über Hochwasserpiegel und wird durch ein Uhrwerk bedient, das auch die Lichtquelle der Sirene auslöst. Die Sirene, die alle 1/2 Minuten ertönt, wird durch Druckluft gespeist, die aus drei auf dem Turm angeordneten Behältern entnommen wird. Die Druckluft wird durch zwei in Kanälern, die im Beton ausgepart sind, aufgestellten Kompressoren erzeugt. Die Kompressoren werden durch Elektromotoren angetrieben, die je nach dem Ueberdruck in den Behältern selbstständig angelassen oder stillgesetzt werden. Die elektrische Energie wird den beiden Elektromotoren vom Ufer her durch ein 2000 Meter langes Kabel, das auch eine Fernsprechkleitung enthält, zugeführt. Die ganze Leuchtturmanlage hat nur 170 000 M. gekostet, während die Anlage eines Leuchtturmes mit einem oder mehreren Wächtern auf ungefähr 1,2 Millionen Mark zu veranschlagen ist. Außerdem war es nicht möglich, auf der Reede von Saint Pierre genügend Grundstücke zum Errichten eines größeren Leuchtturmes zu erhalten, ohne daß zu recht teuren Gründungsarbeiten hätte gegriffen werden müssen.

Humor und Satire.

Ämtliche Erläuterungen preussischer Rißverständnisse.

Die Stättenberger Polizei hat bekanntlich Bildungsveranstaltungen absondergejagt und dann erklärt,

diesen Standpunkt auch in einer Refusentscheidung vom 20. Juni 1908 (Erweiterter Senat) zum Ausdruck gebracht. Der erkennende Senat trat diesem Einwand bei. Es wurde weiterer Beweis erhoben. Vornehmlich mußte sich die Beweiserhebung auf ärztliche Gutachten beschränken. Zunächst wurde ein ärztliches Gutachten des Herrn Professor Dr. W., der im Jahre 1895 und 1896 die schwierigen Operationen an W. vorgenommen hatte, eingefordert. In diesem Gutachten heißt es unter anderem: „Diese tuberkulöse Erkrankung ist im Falle W. in der Tat, ich möchte fast sagen, mit der Sicherheit eines Experimentis infolge einer Infuenza ausgebreitet und zwar von der rechten Lungenpitze aus. Ob das bald nach dem Unfälle oder 5—7 Jahre später geschah, ist an sich irrelevant. Ich vermag also den ursächlichen Zusammenhang zwischen Unfall und Tuberkulose im Falle W. nicht abzuleugnen. Ich habe vielmehr die Ueberzeugung, daß der abgelaufene fieberhafte Infektionsprozeß einerseits, daß ferner vor allem die Narbenkontraktion infolge der enormen Gewebsverluste des rechten Brustkorbes, welche die ausgiebige Entfaltung der rechten Lunge beim Atmen hinderten, den günstigen Boden lieferten, um bei einer zufälligen Erkrankung des Respiationsapparats früher oder später eine tuberkulöse Erkrankung der rechten Lunge zu ermöglichen, welche dann zur allgemeinen tödlichen Tuberkulose führen konnte; und im Falle W. auch in der Tat geführt hat, wenigstens mit einer an Gewisheit grenzenden Wahrscheinlichkeit.“

Dieses Gutachten gab der Nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft Gelegenheit, ein ärztliches Gutachten ihres Vertrauensarztes Dr. Rothenberg — welcher den ursächlichen Zusammenhang auf das entschiedenste bestritt — einzureichen. Die Berufsgenossenschaft beantragte, den Refus zurückzuziehen, eventuell noch ein Obergutachten von einem der Ende völlig fremd gegenüberstehenden Spezial-Sachverständigen einzufordern. Sie brachte den Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Ar., Direktor der inneren Klinik der königlichen Charité, in Vorschlag. Diesem Antrag wurde im Verhandlungstermin stattgegeben. Das erhaltene Obergutachten von Herrn Geh.-Rat Prof. Dr. Ar. war den Klägern günstig. Mit gewisser Wahrscheinlichkeit nimmt der Obergutachter an, daß der Unfall vom Jahre 1895 indirekt in ursächlicher Beziehung zu der tuberkulösen Erkrankung steht, an der W. 1908 verstorben ist.

Wieder kommt Herr Dr. Rothenberg mit einem Gegengutachten. Herr Prof. Dr. Ar. habe sicher nicht alles in Betracht gezogen, besonders die zugrunde gelegenen früheren ärztlichen Urteile, besonders die zugrunde gelegene Atmung so gut wie gar nichts zu tun. Dafür sind ganz andere Punkte vorzuziehen, welche bei W. unberücksichtigt geblieben waren. ... Würde Herr Geh.-Rat Prof. Dr. Ar. diese Ruckeltätigkeit erwohnen haben, ich zweifle nicht, daß er zu einer anderen Auffassung gelangt wäre, und ich bin der Ansicht, daß die Beurteilung des ganzen Falles dann eine viel bestimmtere werden kann, als sie es bisher geworden ist. Auch verliert dann der Fall seine Ausnahmestellung.“

So Herr Dr. Rothenberg. Wieder wurde die Verhandlung vertagt und Herr Prof. Dr. Ar. noch einmal um seine Meinung befragt unter Berücksichtigung der Einwände des Dr. Rothenberg. Herr Prof. Dr. Ar. begründete in einem Ergänzungsgutachten in eingehender Weise noch einmal die ganze Frage und sagte am Schluß: „Wir halten das von uns früher ausgesprochene Gutachten in jeder Weise völlig aufrecht.“

Es erfolgte abermals Vertagung, da die Berufsgenossenschaft ein neues Gutachten des Dr. Rothenberg beigebracht hatte. In diesem Gutachten behauptete Dr. Rothenberg, daß die Lungen des W. nachweislich (!) bis 1902 gesund geblieben sind. Dementsprechend müßte auch die Entscheidung des Reichsversicherungsamts vom 17. März 1903 ausfallen, mit welcher, wie a priori anzunehmen sein müßte, auch die Todesursache erledigt ist. — Im weiteren kommt er zu dem Ergebnis, daß Herr Prof. Dr. Ar. durch den Affeninhalt irreführt sei, daher habe er zu keiner anderen Auffassung gelangen können.

Noch einmal wird dieses Gutachten dem Herrn Prof. Dr. Ar. zur Kenntnisnahme und Gegenüberlegung vorgelegt. Darauf erging folgende Antwort durch einen Stützengarzt an der II. medizinischen Klinik der königlichen Charité ein:

„Im Auftrage des Herrn Geheimrat Ar. erwidere ich hierdurch in Bezug auf die Anfrage vom 27. April 1910 in Sachen W., daß den Gutachten vom 19. Januar 1910 und 24. Februar 1910 durch das weitere Gutachten des Dr. Rothenberg vom 17. März 1910 nichts neues hinzuzufügen ist.“

Nun war auch dem Reichsversicherungsamt genug des grausamen Spiels. Im Verhandlungstermin ist der erkennende Senat den ärztlichen Gutachtern Professor Dr. W. und Geh.-Rat Pro-

man habe gar nicht eine Versammlung aufgelöst, sondern nur den Saal von einer ungeschicklichen Veranstaltung geräumt.

Bei den Kravallen in Woabit wurden anständige Leute von Bewaffneten niedergeschlagen. Hierzu wird amtlich verkündet, daß niemand angegriffen wurde, sondern daß bloß die Waffen der Schutzmannschaft für den Fall eines Heroreinbruches erprobt wurden.

Ebenfalls in Woabit nahmen Bewaffnete einem Arbeiter seine gefesselt gewährleistete Freiheit und gaben ihn der hiesigen Streikbrecherhorde zu bestialischer Mißhandlung preis. Dazu sind wir teilweisem ermächtigt, daß die Festnahme und Verurteilung des Arbeiters nur in seinem Interesse erfolgte, nämlich um seine Widerstandsfähigkeit zu ermitteln. Man war entschlossen, den Staatsbürger erforderlichenfalls auf Kosten der Stadt Berlin zu bestrafen.

Der Breslauer Erste Staatsanwalt hat gegen den von der dortigen Justiz niedergegessenen Medaillon-Gewollen Albert einen Stedbrief erlassen. Natürlich soll dadurch bloß veranlaßt werden, daß Albert statt in einem schlechten ausländischen in einem erstklassigen preussischen Sanatorium sich erhole.

Ueberhaupt ist die ganze Auffassung vom Weien des preussischen Staates, wie sie eben wieder in der ganzen Welt anlässlich des Ueberfalls der englischen Journalisten auf die Polizei in Woabit zum Ausdruck kam, durchaus mißverständlich. Solange es noch Journalisten und Richtbedame in Preußen gibt, sind eben gelegentliche Weiberereien unumkehrbar. Die staatlichen Organe können sich doch schließlich nicht alle 8 gefallen lassen!

Notizen.

— Kunstabend. Das Charlottenburger Schiller-Theater veranstaltet am Sonntag, abends 8 1/2 Uhr, als ersten einen Robert-Schumann-Abend.

— Denkmäler aus — Käse. Einen bemerkenswerten Vorfall machen einige amerikanische Chemiker. Sie gehen von der Tatsache aus, daß das Kasein, das ist der eigentliche Käsestoff, wenn es erhitzt und darauf entsprechend chemisch bearbeitet wird, zu plastischen Zwecken außerordentlich tauglich erscheint und sich brecheln und meißeln läßt wie etwa Eisenblech. Man solle es daher zu Ornamenten, Statuetten und womöglich auch zu — Denkmälern verwenden. Außer dem geschichtlichen Vorzug hat das gehärtete Kasein noch den anderen, daß es sehr leicht vollkommen gefärbt werden kann. Wenn die Industrie sich wirklich dieser Idee bemächtigt, so können die „großen Männer“ künftig in Naturfarben prangend als Käse gebauen werden.

Hoffentlich lassen sich besagte Denkmäler aber auch in Käse zurückverwandeln. Denn nur so wäre zu hoffen, daß sich viele der großen Männer jemals um die Menschheit verdient machen.

effor Dr. K. beigetreten und beurteilte die Norddeutsche Bau-
gewerkschafts-Versammlung, der Witwe mit ihren Kindern die
Hinterbliebenenrente zu zahlen.

In diesem eigenartigen Falle interessiert insbesondere die
Zähigkeit des Gutachters der Berufsgenossenschaft, Dr. Rosen-
berg. Er mahnt aber auch dringend dazu, auch auf anscheinend
leichte Unfälle Acht zu haben.

Aus der Partei.

Die Organisationen zum Parteitag.

Dresden-Ruststadt.

Am 4. sächsischen Reichstagswahlkreis (Dres-
den rechts der Elbe) trat der Delegierte Genosse Kühn für die
Beschlüsse des Parteitages ein. Dem Genossen Niem von der
Dresdner Volkszeitung habe er in Magdeburg nur in Form einer
persönlichen Bemerkung entgegenzutreten können. Die Worte Bebel's:
"Ich auf eure Zeitungen! seien nur zu berechtigt. Auch in bezug
auf die Dresdner Volkszeitung müsse einmal in aller
Kameradschaft das gesagt werden was die Mehrzahl der Genossen
bedrückt. Bei solch wichtigen Parteifragen sei eine klare,
entschiedene und in aufklärendem Sinne gehaltene Stellungnahme
der Zeitung nötig. Diese habe er aber bei der Budgetfrage in
unserer Volkszeitung leider vermisst. Er bedaure ungemein, daß
Fleischer, der doch die Mehrheit der Dresdner Genossen hinter
sich habe, diesmal nicht selbständig zur Feder gegriffen habe.
Die Genossen, die das Bestreben hatten, sich ein
selbständiges Urteil zu bilden, hätten den Vor-
wärts oder die Leipziger Volkszeitung zur
Hand nehmen müssen. In bezug auf unser Leipziger
Parteiorgan, über das man oft in absprechendem Sinne urteile,
müsse er sagen, daß die sächsischen Parteigenossen mit Achtung auf
die sichere und zielbare Haltung desselben bei wichtigen Partei-
fragen blicken konnten. Auch müsse das aufklärende Wirken der
Leipziger Volkszeitung in solchen Situationen anerkannt werden.
Er spreche wohl im Sinne der Genossen des 4. Kreises, wenn er
für die Zukunft von der Dresdner Volkszeitung erwarte, daß
sie der Stimmung der übergroßen Mehrheit der Dresdner Partei-
genossen Rechnung trage.

Genosse Eichhorn als Korrespondent nahm in der Budget-
frage eine entgegenge setzte Stellung ein.

In der Debatte bedauerte Genosse Niem, daß Genosse
Niem, der doch schon oft in diesem Kreise in radikalstem Sinne ge-
sprochen habe, aus seiner Doppelstellung nicht die Konsequenzen
ziehe.

Genosse Gradnauer erklärte: Auch er habe den Diszi-
plinbruch verurteilt, aber der Zusatzartikel habe eine un-
nötige Verschärfung gewesen. Er sprach dann noch ausführlich
über die Budgetfrage. Er erkannte an, daß Genosse Kühn sachlich
über die Zeitung gesprochen habe, aber, was er gesagt habe, sei
unzutreffend. Wenn Genosse Kühn sage, die Redaktion solle der
Stimmung der Genossen Rechnung tragen, so gehe dies auch,
aber kein Parteigenosse könne die Redaktion für so charakterlose
Menschen halten, daß sie gegen die Ueberzeugungen schreiben, die
sie im Interesse der Arbeiterklasse für die richtigen halten. Sämtliche
Redakteure seien bemüht, durch zahlreiche Vorträge die Auf-
klärung über alle Fragen unserer Bewegung zu fördern, und die
Genossen seien wohl mit der in dieser Hinsicht geleisteten Arbeit
zufrieden, da die Redakteure sonst nicht so häufig zu diesen Ar-
beiten begehrt würden, wie dies der Fall sei. Also könnten solche
Ausführungen, wie sie Genosse Kühn gemacht habe, gar nicht
richtig sein. Wenn aber auf die Leipziger Volkszeitung
verwiesen werde, so müsse er, bei aller Hochachtung für die in
Leipzig geleistete Parteiarbeit, erneut erklären, daß er niemals
dazu kommen werde, innere Parteifragen so zu behandeln, wie
dies durch die Leipziger Volkszeitung geschehe. Würden alle
Parteiblätter in der gleichen Weise verfahren, so kämen wir aus
den Verbitterungen und Streitigkeiten gar nicht heraus. Er
fasse auch den Ausdruck Bebel's, auf die Führer und Redakteure
auszuweisen, nicht so auf, daß man nunmehr jeden der vielen an
der Spitze stehenden Genossen auf Schritt und Tritt mit größtem
Misstrauen überwachen solle. Es wäre doch auch eine allzu sonder-
bare Sache, wenn die Arbeiter erst die Geeigneten aus ihrer
Mitte auf den Vorposten stellen und dann immer von Misstrauen
erfüllt sein sollten. Dauernde Fühlung und vertrauensvolles
Zusammenarbeiten zwischen den vorgeschobenen Posten und der
Arbeiterarmee sei notwendig. Nebenher hält den Streit um die
Budgetfrage durch den Beschluß des Magdeburger Parteitages für
lange Zeit für erledigt und wünscht, daß nunmehr die Genossen
im ganzen Lande ihre Kraft auf die kommenden Reichstagswahlen
konzentrieren.

In der weiteren Debatte meint Genosse Kühn, daß es besser
gewesen wäre, Genosse Gradnauer hätte seine Ausführungen vor
dem Parteitag gemacht, dann hätte er ohne weiteres die Genossen
auf seiner Seite gehabt. Im Gegensatz zu seiner heutigen Rede,
die den Disziplinbruch der badischen Genossen durchaus verurteilt,
habe er gleich nach dem Bekanntwerden desselben einen entschuldig-
enden Artikel geschrieben. Nebenher bringt zum Ausdruck, daß er
an die Bereitwilligkeit der Süddeutschen, sich zu fügen, noch nicht
glauben könne.

Genosse Gradnauer weist die Auffassung zurück, daß er
vor dem Parteitag eine andere Haltung zu dieser Frage einge-
nommen habe als jetzt.

Hiadam wurde folgende Resolution gegen wenige Stimmen
angenommen:

„Die heute im Gasthof zu Bieschen tagende Parteiver-
sammlung des 4. Wahlkreises erklärt sich mit den Beschlüssen des
Magdeburger Parteitages ausdrücklich einverstanden, vor allem
billigt sie die Haltung ihrer Delegierten mit Ausnahme des
Genossen Eichhorn in der Budgetfrage. Sie erwartet daher,
daß alle Parteigenossen und Genossinnen für die strikte Durch-
führung der Parteitagebeschlüsse eintreten werden.“

20. sächsischer Wahlkreis (Schöps-Marienberg).

Die Generalversammlung fand am letzten Sonntag statt.
Der Geschäftsbericht fand unter dem Eindruck der siegreichen
Nachwahl, aus der Genosse Göhre als Abgeordneter hervorge-
gangen war. Den Bericht über den Magdeburger Parteitag er-
stattete Genosse Heilmann von der Chemnitzer Volksstimme,
der seinen bekannten Standpunkt auch hier vertrat. Es lag von
Genossen aus Gelenau folgende Resolution vor:

„Die heutige Kreisgeneralversammlung des 20. sächsischen
Reichstagswahlkreises erklärt sich mit den Beschlüssen des
Magdeburger Parteitages einverstanden, insbesondere in der
Budgetfrage einverstanden, die in der Diskussion vom Genossen
Heilmann lebhaft bekämpft wurde. Aber die Stimmung der Generalversammlung war über
das Verhalten der Disziplinbrecher sehr er-
bittert. Zum Schluß hat Heilmann, in der Resolution
den Antrag Zubeil-Haase ausdrücklich von der
Billigung auszuschließen. Dem trat Genosse Jung-
nickel sofort entgegen. Dieser wolle man sich ohne besondere
Hervorhebung der Budgetfrage mit den Parteitagebeschlüssen ein-
verstanden erklären. In diesem Sinne wurde einstimmig
beschlossen.“

Kaiserslautern.

Der Sozialdemokratische Verein Kaiserslautern nahm in
seiner letzten Mitgliederversammlung den vom Genossen Klement
erstatteten Bericht vom Magdeburger Parteitag entgegen. Eine
längere Diskussion schloß sich an, woraus mit übergroßer
Mehrheit folgende Resolution angenommen wurde:

„Die heutige Mitgliederversammlung erklärt sich mit den Be-
schlüssen des Magdeburger Parteitages einverstanden, desgleichen
mit der Haltung des Delegierten im allgemeinen. Insbesondere
betont sie ihr Einverständnis mit dem Antrag
Zubeil, wodurch hoffentlich für die Zukunft Misshandlungen von
Parteitagebeschlüssen vorgebeugt ist. Sie hätte gewünscht, daß
der Delegierte auch hier für gestimmt hätte.“

Zur Freiburger Versammlung.

Der Freiburger Parteisekretär, Genosse Engler, bemängelt
die Mitteilungen des „Vorwärts“ über Englers Ausführungen
in der Freiburger Parteiverammlung zum Magdeburger Parteitag.
Er gibt die 8 Zeilen wörtlich wieder und macht dazu folgende
Erläuterung:

„Ueber diese Objektivität ist nichts zu sagen. Wir wollen
dem „Vorwärts“ aber verraten, daß sämtliche Diskussionsredner,
welche sich über diese Frage ausgesprochen, mit Ausnahme von
einem, Vorwärtsabonnenten sind. Unseres Wissens haben auch
fast alle die „Neue Zeit“. Es sind dies also keine Leute, denen
Genosse Engler etwas vormachen kann, dagegen hätte der
„Vorwärts“ die Pflicht, wenn er schon einmal über die badischen
Versammlungen berichten will, wenigstens objektiv zu
berichten.“

Bill Genosse Engler mit diesen Worten die Neuherung
betreiben, daß einige Unterzeichner des Antrages Zubeil am
anderen Tage als reumütige Sünder in Magdeburg herumlaufen?
In „Vollstreuer“ (Nr. 231 vom 4. Okt.) steht im Bericht
über die Freiburger Versammlung:

„Die Mehrheit suchte und fand dann natürlich einen Grund, um
den veränderten Antrag Zubeil wieder einzubringen. . . .
Ränder von denen, welche am Mittwochabend
mitgemacht hatten, hat es am anderen Tage be-
reut. . . . Mag der „Vorwärts“ noch so sehr betonen, . . .
könnte wieder brüderlich zusammengearbeitet werden, so bleibt
eben die Tatsache, daß die Mehrheit an jenem Abend nicht
brüderlich handelte.“

Diese Worte legte der Versammlungsbericht des „Voll-
streuer“ dem Genossen Engler in den Mund, ohne daß ein
Widerspruch des letzteren erfolgte. Und nun will Engler dem
„Vorwärts“ die Objektivität abstreifen! Indessen freut es uns,
vom Genossen Engler zu erfahren, daß der „Vorwärts“ in Frei-
burg von vielen Genossen gehalten wird; diese können sich jetzt ein
Urteil darüber bilden, wie unnützig Engler sich aufgeregt hat
über — den „Vorwärts“.

Zum Versammlungsbericht aus Nürnberg

sendet uns Genosse Holzinger in Nürnberg eine längere Zuschrift,
der wir im wesentlichen entnehmen:

„. . . Nun wird soviel Gewicht auf den Laufzettel gelegt
und wird Aufklärung gefordert, weil dieser mit der Unter-
schrift „Die Vertrauensleute“ versehen ist. Alle Einladungs-
zettel zu Versammlungen in den Siemens-Schuckertwerken
sind mit dieser Unterschrift versehen mit Ausnahme, wenn
der Arbeiterschuß eine Versammlung einberuft, dann unter-
zeichnet „Der Ausschuß“. Ich weiß nun nicht, ob der Berichterstatter
des „Vorwärts“ es versteht, warum man unter solche Zettel keine
Namen setzt; wenn nicht, bin ich gern bereit, ihm darüber näheres
mitzuteilen. Die Laufzettel haben nur in den Schuckertwerken
giltigkeit; daraus ergibt sich schon von selbst, daß Vertrauensleute
anderer Firmen nicht in Frage kommen können. Genosse Zwofsta
hat, als Genosse König fragte, wer sind die Vertrauensleute, ihm zu-
gerufen: „Genosse König, den Zettel decke ich“. Zwofsta hat sich zu
einer Erklärung um Worte gemeldet, um sofort Aufklärung zu
geben, der Vorsitzende sagte ihm, er solle dies in einer persön-
lichen Bemerkung machen. Nun wurden nach der Ab-
stimmung der Resolution ja keine persönliche Bemerkungen
mehr angehört; als Genosse Herzberg das Wort zur persönlichen
Bemerkung erhielt, da er sich wie auf Kommando gerade jene
„andere“ Seite und verließ den Saal. Somit war es unmöglich,
in der Versammlung Aufklärung zu geben. Ich hatte von den Ver-
trauensleuten den Auftrag erhalten, Einladungszettel zu dieser Ver-
sammlung herzustellen; der Text wurde mir überlassen. Ich habe
diesem Auftrag Folge geleistet, daß ich dabei auch das Telegramm
der 40 erwähnte, ist doch selbstverständlich, da alle Genossen, mit
denen ich über dasselbe sprach, ebenfalls der Meinung waren, es sei
ein Standal, so etwas im Namen der Nürnberger Genossen loszu-
lassen. Es ist wirklich sehr bezeichnend, daß man versucht, aus
diesem Laufzettel ein Verbrechen zu machen, oder glaubt man da-
durch den Eindruck des Telegramms der 40 zu verwischen?“

An anderer Stelle schreibt Genosse Holzinger dann noch:

„In dem Telegramm sprechen 40 Mitglieder des sozialdemo-
kratischen Vereins im Namen der Nürnberger Parteigenossen. Auf dem
Laufzettel ist nur vermerkt, daß die Genossen und Genossinnen kommen
sollen, um gegen solches Nachwerk zu protestieren. Keine weitere
Direktive wurde gegeben, nur sollten die Mitglieder kommen,
und sie kamen. Alle hörten die Ausführungen der Diskussions-
redner und zuletzt das Schlusswort des Genossen Sähheim,
der wohl nicht unterdrückt lieh, seiner Meinung Geltung zu ver-
schaffen. Alles was für seine Auffassung sprach, wurde von ihm
sehr geschickt zum Vortrag gebracht, und dennoch, wohlgerichtet, ohne
daß auf dem Zettel etwas davon steht, wie sich die Mitglieder zu
dessen Auffassung stellen sollten, wurde die Resolution Schuppenhork
abgelehnt. Daß die paar Worte auf einem solchen Einladungs-
zettel mehr Eindruck auf die Versammlungsbesucher machen sollten,
als ein so geschickt zusammengefaßtes Referat des Genossen Säh-
heim, wird doch niemand einem anderen weh machen wollen.“

Genosse Holzinger besawert sich in seinem Schreiben auch über
die Art, wie die „andere Seite“ den Verlauf der Versammlung dar-
gestellt hat.

Zu seinen Ausführungen ist zu sagen, daß Genosse Holzinger
es sich sehr leicht macht, um den Laufzettel als ein harmloses Ding
hinzustellen. Er sagt, es habe nur darauf gestanden, daß die Mit-
glieder in die Versammlung kommen sollten, und daneben noch ein
Hinweis auf das Telegramm der 40 Genossen. Diese Inhalts-
angabe ist indes mit Vorbedacht sehr unvollständig abgefaßt —
Genosse Holzinger verschweigt bezeichnenderweise,
daß auf diesem Laufzettel die verheerende Unterstellung
stand, daß „ein kleiner Teil der Mitglieder versuche,
die Einigkeit der Partei zu sprengen!“

Nach dieser Leistung nimmt sich die Entrüstung des Genossen
Holzinger über das Telegramm der 40 Genossen besonders schön aus.
Dabei haben die 40 Genossen das Telegramm mit ihren vollen
Namen unterzeichnet und wenn sie erklärten, daß sie die
Anschauung der Nürnberger Genossen wiedergeben, so haben sie da-
zu guten Grund, denn in zwei Parteiver-
sammlungen in Nürnberg war die Anschauung in Beschlüssen
niedergelegt worden.

Das alles wird Genosse Holzinger nicht bestreiten können.
Wenn er trotzdem ein Recht zu moralischer Entrüstung über die 40
Genossen zu haben glaubt, so haben wir für solche Revision der
Moral kein Verständnis.

Reichstagskandidatur.

Die Wahlkreis-Konferenz für Dittweiler-St. Wendel
stellte den Vertrauenssekretär des Metallarbeiter-Verbandes, Fer-
mann Faber aus Oberstein, als Reichstagskandidaten auf.

Ein Ausschlußantrag.

Mühlhausen i. Pf., 18. Oktober. In der gestrigen Sitzung des
sozialdemokratischen Vereins wurde beantragt, daß Ausschluß-
verfahren gegen den Genossen Sies wegen Streikbruchs
zu fordern. Der Antrag fand einstimmige Billigung.
Ferner wurde beschlossen, Sies zur Niederlegung seines
Amtes als Beigeordneter und seines Gemein-
ratsmandates aufzufordern. Sies verspricht zurzeit für
den erkrankten Bürgermeister Freyheng den Bürgermeister-
posten in Gehweiler. (Siehe „Reif für den Ausschluß?“ in
Nr. 238, 2. Beilage.)

Aus Industrie und Handel.

Die Mehrangabe für den Fleischkonsum.

Die empfindlich gestiegenen Fleischpreise belasten sowohl den
Eingekauften als schließlich auch den ganzen Geldmarkt. Welche Be-

träge die Preisausschläge abfordern, berechnet die „Arbeitsmarkt-
Korrespondenz“ wie folgt:

Die Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischschau lassen unter
Hinzurechnung der Mehreinfuhr den Fleischkonsum der
Menge nach erfassen, während wir als Durchschnittspreis das
Mittel für fünfzig preuhische Städte zu Grunde legen. Wir erhalten
damit zwar keine der Wirklichkeit durchaus entsprechende Differenz
des Wertes unseres Fleischkonsums, aber ein Vergleich mit
dem auf der gleichen Basis ermittelten Werte des vor-
jährigen Fleischkonsums dürfte den Grad der Einwirkung
der höheren Fleischpreise soweit richtig wiedergeben, als
dies zurzeit unter Benutzung der vorhandenen statistischen Unter-
lagen überhaupt möglich ist. Auf diese Weise berechnet sich der
Wert des Fleischkonsums im ersten Halbjahre 1910
auf 208 Milliarden Mark, während er im ersten Halbjahre 1909
1,937 Milliarden betragen hatte. Die Wertsteigerung beträgt dem-
nach zirka 95 Millionen Mark. Die in den Konsum übergegangene
Fleischmenge ist von 1.241.293 Tonnen im ersten Semester 1909 auf
1.201.804 Tonnen im laufenden Jahre gestiegen, sie nahm also um
1,05 Prozent zu. Wenn man dieser Steigerungsquote die Steige-
rung des Wertes gegenüberhält, die rund 6 Prozent beträgt,
so zeigt sich schon daran, daß die Preissteigerung den
Hauptanteil an der Kostenerhöhung für den Fleisch-
konsum hat. Ganz ungünstig hat sich für die Konsumenten die Be-
wertung des Schweinefleischkonsums gestaltet, denn
während die Menge nur ganz unbedeutend gestiegen, pro Kopf der
Bevölkerung sogar stark zurückgegangen ist, hatte der Wert eine
empfindliche Steigerung aufzuweisen. Es betragen nämlich im ersten
Semester dieses und des vorigen Jahres für Schweinefleisch:

	1909	1910	Gegen 1909 in Proz.
Verbrauch in Tonnen . . .	620 678	621 938	+ 0,20
Für den Kopf in Kilogramm . . .	9,78	9,67	- 1,12
Durchschnittspreis für das Kilogramm in Pfennig . . .	164,2	168,6	+ 2,68
Gesamtwert in 1000 Mark . . .	990 809	1 018 147	+ 5,45

Der Wert geht um mehr als 62 Millionen Mark über den des
Vorjahres hinaus. Bei Hammelfleisch ist die Preissteigerung
noch stärker gewesen, so daß sich auch für den Wert eine bedeutend
größere Steigerung ergibt als für die Menge. Die Menge des im
ersten Halbjahre dem Konsum zugeführten Hammelfleisches belief sich
auf 22.334 Tonnen gegen 21.044 im vorigen Jahre; es sind also
1.290 Tonnen oder pro Kopf 0,01 Kilogramm mehr als 1909 kon-
sumiert worden. Da der Durchschnittspreis für Hammelfleisch
im ersten Halbjahre d. J. 162,9 Pf. für das Kilogramm betrug
gegen 154,8 im vorigen Jahre, so ergibt sich für die Konsum-
menge eine Wertsumme von 37,92 Millionen Mark gegen
34,71 Millionen Mark im vergangenen Jahre. Die Steigerung
beträgt annähernd 10 Proz. Bei dem Rindfleischkonsum
ist die Wertsteigerung nicht ganz so stark. Hier zeigt die
Preissteigerung erst im zweiten Halbjahre ein. Immerhin ist, da
der Preis von 154,2 auf 155,4 Pf. für das Kilogramm gestiegen ist,
die Hartnahme des Wertes auch höher als die der Menge. Es be-
trug nämlich die Menge des dem Konsum zugeführten
Rindfleisches in diesem Jahre 604.970 Tonnen gegen
499.188 Tonnen im vergangenen Jahre. Sie ging um 8 Proz. in
die Höhe. Der Wert aber stieg von 754,33 Millionen Mark auf
784,72 Millionen, seine Steigerung beläuft sich mithin auf 4 Proz.
Der Konsum von Kalbfleisch ist durch die Preissteigerung schon
im ersten Halbjahre stark verteuert worden; während die Menge des
konsumierten Kalbfleisches nur von 105.737 Tonnen auf
107.695 Tonnen hinaufgegangen ist, stieg der Wert von 152,59
auf 190,08 Millionen Mark. Der Durchschnittspreis für Kalb-
fleisch betrug im Vorjahre 172,7 Pf. für das Kilogramm und ging auf
176,5 im laufenden Jahre hinauf. Für Riegenfleisch werden
Durchschnittspreise nicht ermittelt, so daß sich der Wert nur schätzungs-
weise feststellen ließe: die Menge des dem Konsum zugeführten
Riegenfleisches beläuft sich in diesem Jahre auf 4710 Tonnen gegen
4.683 Tonnen im vergangenen Jahre. Fassen wir die Wert-
summen der einzelnen Fleischsorten noch einmal zu-
sammen, so ergibt sich folgende Uebersicht: Es betrug der Wert des
dem Konsum übergebenen Fleisches während der ersten Semester
1909 und 1910 in 1000 Mark:

	1909	1910	Zunahme gegen 1909
Rindfleisch	754 938	784 728	39 895
Kalbfleisch	152 691	190 082	7 401
Schweinefleisch	990 809	1 018 187	52 378
Hammelfleisch	84 707	87 920	3 213

Der Hauptanteil an der Wertsteigerung entfällt auf das zweite
Quartal.

Vom Dortmunder Bankrott. Die Konkursverwaltung der
Niederdeutschen Bank hat bei der Verwaltung des Konkurses
Konkurses eine Regressforderung in Höhe von über 55 Millionen
Mark geltend gemacht. Die Konkursverwaltung der Niederdeutschen
Bank macht gegen die sämtlichen Mitglieder des Aufsichtsrates, zu
denen Nauweg gehörte, Forderungen in dieser Höhe geltend. Bis
jetzt sind rund 60 Millionen Mark Forderungen angemeldet worden.

Kolonialpatrioten.

Die „besten“ Kolonialpatrioten haben ihre schwindelnde Kurzhöhe
verlassen, sie sind in die Hände und Läschen der großen Masse ge-
wandert, die jetzt mit den teuer erkauften Papieren auf dem
Trodden liegt.

Interessant ist es, jetzt einmal die patriotischen Kolonial-
empfindungen in den vornehmsten Bank- und Börsekreisen
in ihren Temperaturschwankungen zu betrachten. Als die Deutsche
Kolonial-Aktien-Gesellschaft gegründet wurde, die
Gesellschaft, deren zeitweise fabelhafter Kurs — 2000 und mehr
Prozent — lodrende Flammen der Kolonialbegeisterung aufschlugen
lieh zu jener Zeit fehlte es beinahe an den notwendigen Gründern.
Die 2000 Anteile gingen damals an rund 75 Leute, und die kauften
sie nur aus Patriotismus. Die Herren Reichardt, Daniel, Graf
Hendel von Donnerdorn, Fürst zu Hohenlohe, Herzog von West-
phalen und andere waren es, die als patriotische Deutsche erliche von den
„wertlosen Dingen“ übernahmen. Mit den ersten Diamanten-
funden kam dann das Kolonialfieber über die braven Deutschen;
jeder wollte mit dabei sein, natürlich nur als an-
ständiger Patriot, der seinen Kolonien etwas „opfert“. Die
Gesellschaft über Gesellschaft wurde gegründet; der Kolonialaktien-
markt beherrschte die Berliner Börse. Die alten Gründer wurden
Direktoren und Aufsichtsräte der Aktienunternehmungen. Sie gaben
dort mit ihrer „praktischen Erfahrung“ den Ausschlag. Die Banken
beteiligten sich eifrig am Gründungsgeschäft; in den ersten General-
versammlungen sahen sie mit ihren großen Posten von Anteilen und
gaben die Direktiven. Dernburg konnte für den Fiskus noch etwas
vom Diamantensett mit abschöpfen. Dann kam die Begeisterung
keine Grenzen mehr. Bei stets steigenden Kursen wanderten die
Aktien der Kolonialgesellschaften unter die große Masse — der
patriotischen Profiteure. Als es ganz oben, bei den allerersten
und kapitalreichsten Leuten erwarb wurde, daß Dröben etwas nicht
mehr zu stimmen schien, da sandte man Studienkommissionen hin-
über. Unter anderem auch den früheren Gouverneur v. Bennigsen
als Vertreter einer der allerersten Kolonialaktiengesellschaften. Wie
man sich in eingeweihten Kreisen erzählt, war das erste Telegramm,
das aus Südwestafrika eintraf, eine Aufforderung, unter der Hand
den Rest an Kolonialanteilen zu verkaufen!

Der Patriotismus schwand! Ein Anteil nach dem anderen
wanderte aus dem Portefeuille der kolonialbegeisterten Herren auf
den Kolonialaktienmarkt. Man brachte den Kursgewinn in Sicher-
heit. In den Generalversammlungen der Kolonialaktiengesellschaften
sahen nun die Herren, die noch vor Jahresfrist für ihre Firmen
große Mengen Aktien vertreten hatten, als nur ganz kleine Aktien-
besitzer still beiseite. Heute liegen die Dinge so, daß ganz all-
gemein die großen und größten Banken an direkter und indirekter
Vertretung in Kolonialinteressen sehr wenig — Interesse haben.

Die Kolonialpatrioten wollen sich jetzt „etwas zurückhalten“, um bei der nächsten Gelegenheit wieder neue patriotische Geschäfte zu machen. Es ist doch etwas Schönes um den deutschen Patriotismus, und seine kolonialbegeisterte Art ist besonders imponierend.

Soziales.

Bestrafte Militärtauglichkeit.

Man sollte meinen, so etwas könne es nicht geben, wird aber vom Gegenteil überzeugt, wenn man folgende Ausführungen in der „Ved. Ztg.“ liest: Nach § 24 des preussischen Lehrerbefolgungsgesetzes erhalten erste und alleinlebende Lehrer eine pensionfähige Amtszulage von 100 M., wenn sie als solche eine zehnjährige ununterbrochene Dienstzeit zurückgelegt haben. Mit Recht wird nun in mehreren Zuschriften an die pädagogische Presse klargestellt, daß diese Vorschrift eine Folge haben muß, an die der Befehlshaber offenbar nicht gedacht hat. Nämlich alle die ersten und alleinlebenden Lehrer, die nach einigen Dienstjahren ihrer Militärlaufbahn genügen, verlieren für die Erlangung der Amtszulage nicht nur das eine Jahr des Militärdienstes, sondern auch die vor dieser Zeit liegenden Dienstjahre, weil ja eben eine zehnjährige ununterbrochene Dienstzeit Voraussetzung der Amtszulage ist. So schreibt einer der Beteiligten der „Preuß. Lehrertg.“: „Da ich am 9. März 1903 ins Amt getreten bin und stets alleinlebender Lehrer war, würde ich vom 1. April 1913 ab zum Bezug der Amtszulage berechtigt sein, wenn — ich nicht Soldat gewesen wäre. Weil ich vom 1. Oktober 1905 bis 30. September 1906 gedient habe, erhalte ich die Amtszulage erst vom 1. Oktober 1916 ab, also 3 1/2 Jahre später. Noch schöner wird der Fall dadurch, daß ich — mit Unterbrechung durch das Militärlaufjahr — meine jetzige Stellung schon seit 1. Mai 1903 habe; denn ich bin einer von denen, die nach Ablauf des Militärlaufjahres ihre frühere Stelle wieder angetreten haben. Wenn man auch das Militärlaufjahr bei der Amtszulage nicht in Anrechnung bringen will, als Unterbrechung sollte es auf keinen Fall gelten. Sehr viele von uns Kollegen, die des Königs Noth getragen haben, mühten langfristige Darlehen aufzunehmen und haben jahrelang darunter zu leiden; da ist es denn gar nicht gleichgültig, ob man später 100 M. mehr oder weniger in den Etat einstellen kann!“

Daß die Militärtauglichkeit gegenüber den andern benachteiligt, sozusagen für ihre Militärtauglichkeit bestraft werden, kann unmöglich im Sinne der Befehlshaber liegen und liegt nicht in ihr. Die Dienstjahre werden ebensowenig durch die Militärlaufjahre durch eine Krankheit unterbrochen. Indessen das preussische Kultusministerium weiß finanziell zu interpretieren, wenn es sich um Sparen auf Kosten von Volksschullehrern handelt.

Gerichts-Zeitung.

Schuß gegen die Polizei.

Vor der Potsdamer Strafkammer erschien gestern auf der Anklagebank, aus der fast gefesselt vorgeführt, der vorbestrafte Arbeiter Otto Sumpf aus Brandenburg a. N. Er sollte sich diesmal wegen einer Beamtenbeleidigung verantworten. S. wurde am 9. Mai zur verantwortlichen Vernehmung vor die Brandenburger Kriminalpolizei geladen. Er war eines Betrages beschuldigt. Im Kriminalbureau vernahm ihn ein Beamter K. Bei der Vernehmung unterbrach der anwesende Kriminalbeamte Döring den Vernehmenden mit den Worten: Glauben Sie nicht alles, was der erzählt! Darauf erwiderte S. vielleicht gereizt: Jedenfalls gibt es aber noch ehrenhafte Leute, denen geglaubt wird! Diesen Ausspruch empfand Herr Döring als persönliche Beleidigung. Es entwickelte sich nun ein Handgemenge, und dabei soll S. mit einer Bierflasche bedroht haben. Das Brandenburger Schöffengericht verurteilte den S. wegen Beleidigung zu einer Woche Gefängnis. Der Angeklagte schilderte heute die Vorgänge im Kriminalbureau. Er betonte, daß gegen ihn kein Verfahren eingeleitet wurde, daß er sich im Bewußtsein seiner Schuldllosigkeit befand und er mit seinen Worten dem absolut unberechtigten Zweifel eines bloßen Zuhörers bei der Vernehmung entgegenhalten wollte, wenn man ihm nicht glaube, gebe es noch andere ehrenhafte Leute, denen geglaubt würde! Döring soll daraufhin aufgesprungen sein und gesagt haben: Was willst du damit sagen? Was, du willst mit der Bierflasche hauen? S. behauptet nun zu Boden gerissen und gekratzt worden zu sein. Am Schluß bekam er noch einen Fußtritt auf den Rücken — und nachher wurde die Vernehmung fortgesetzt. Der Angeklagte äußerte den Wunsch, die Polizei möge ihn doch endlich in Ruhe lassen. Sie mache ihn entweder in der Schlafstube oder in der Arbeitsstube schlecht. Er sei deshalb gezwungen, fortwährend in solchen Verhältnissen zu leben, wie er sich jetzt befindet. Zeuge Döring erklärte, S. habe sich renitent benommen und er habe zur Information seines jungen Kollegen, den Zwischenruf getan. S. könne sich nur beim Fall über die drei Stufen verlesen haben. Im weiteren beklagt sich der Zeuge über sein Polizeilos gegenüber der Zeitung. „Was die Polizei auszuhalten hat durch die „Brandenburger Zeitung“, ist bekannt. Das war ja wieder bewiesen durch den Sach: Da war ich der Verbrecher und er der Unschuldige! Vor seiner Verurteilung gab D. zu, die Strahmwunden bei S. können von ihm herrühren!“

Zeuge Redakteur Stroinski von der „Brandenburger Zeitung“ befandete, daß verschiedentlich in seiner Redaktion Klagen über Mißhandlungen und Beschimpfungen auf dem Kriminalbureau vorgebracht worden seien. Zeuge sah den S. nach dem Vorfall auf der Polizei und bemerkte auf dessen Rücken die Spur eines Fußtrittes. Die Strafkammer verwarf trotz dieser Einzelheiten der Beweisaufnahme die Verurteilung.

Das Urteil ist wohl nur durch die Voreingenommenheit über die Vorstrafen des Angeklagten erklärlich. Leider hat der Angeklagte, vermutlich weil er in Hast sich befindet, auf Revision verzichtet. Unverständlicher noch ist: weshalb ist keine Anklage gegen den Polizeibeamten erhoben, der nach seiner eigenen Befundung sich schweren Mißbrauchs schuldig gemacht hat?

Wir möchten bei dieser Gelegenheit betonen: weder ein Angeklagter noch ein Zeuge ist verpflichtet, auf der Polizei Aussagen zu machen. Nach den Entscheidungen des Reichsgerichts ist er allerdings verbunden, auf Ladung dort zu erscheinen, kann aber erklären: Ich lehne jede Aussage zur Sache ab. Von diesem Recht wird viel zu wenig Gebrauch gemacht. Dringend ist zu raten, insbesondere in politischen Prozessen, von diesem Recht Gebrauch zu machen. Wer kann wissen, ob Beamte, die sich so wie geschildert benehmen, die Aussage richtig zu verstehen oder zu protokollieren in der Lage sind? Und wer soll Lust haben, deshalb, weil er auf der Polizeiwache beleidigt und mißhandelt ist, sich auch noch eine Anklage zuzuziehen?

Treptow und Unfall des Gendarmereisumms gegen den Treptower Park verurteilt.

Am 6. März 1910 zur Ueberrückführung der Polizei im Tiergarten ein Wahlrechtsparadiegang stattfand, waren bekanntlich zur Absperzung des Treptower Parks die gesamten Polizei- und Gendarmereimannschaften des Kreises in Treptow zusammengezogen worden. Es spielten sich an diesem Tage in der Nähe des Bahnhofes Treptow und im Treptower Park die unglücklichsten Szenen ab, die noch in aller Erinnerung sind und bei denen durch die Attenden der Polizei wie der Gendarmereie eine Anzahl Personen verletzt und auch erhebliche Sachschäden angerichtet wurden. An diesem Tage wollte sich auch die Ehefrau des Arbeiters Peterschun, Helene Peterschun, in Treptow, Beermannstr. 6, wohnhaft, am frühen Nachmittag von ihrer Wohnung nach dem Bahnhof Treptow begeben, um einer auf dem Friedhof in der Neuen Krugallee stattfindenden Beerdigung beizuwohnen. Sie ging von ihrer Wohnung in Begleitung ihres Kindes, einen Korb tragend, nach dem Bahnhof Treptow und passierte hierbei die von der Beermannstraße dorthin führende Eisenstraße. Als sie ein Stück der Eisenstraße passiert hatte, kam plötzlich die Köpenicker Landstraße herunter von Treptow her ein Gendarmereiaufgebot in schärfstem Galopp herangefahren, das die ganze Breite der Straße einnahm und eine Menschenmenge in wilder Flucht vor sich hertrieb. Die Gendarmen sprengten, ohne daß eine Warnung erfolgt wäre, in die Eisenstraße hinein, so daß Frau Peterschun, obwohl sie noch im letzten Augenblick zu flüchten versuchte, von dem Pferd eines Gendarmen niedergeworfen und erheblich verletzt wurde. Sie erholte deshalb auf Grund des Tamultgesetzes vom 11. März 1850 Schadenersatzansprüche gegen die Gemeinde Treptow. Diese wurden von derselben am 23. April 1910 zurückgewiesen. Gegen diesen Bescheid erhob sie, vertreten durch den Rechtsanwalt Roth, Klage beim Landgericht II Berlin auf Zahlung eines Betrages von zunächst rund 1900 Mark und Anerkennung auch der weiteren Schadenersatzpflicht der Gemeinde Treptow. Die Beklagte wandte ein, Klägerin sei an dem ihr zugefügten Schaden allein schuld, da sie sich an einem Aufstau beteiligte und trotz des Verbotes der Polizeibeamten und trotzdem sie einen polizeilichen Passierschein nicht besaß, versucht habe, sich durch die Rette der Gendarmen durchzubringen. Durch die vom Gericht beschlossene Beweisaufnahme wurden die Einwendungen der Beklagten auf das Bändigste widerlegt. Es wurde einwandfrei festgestellt, daß die Klägerin durch die Gendarmen, die in geschlossener Reihe aus der Köpenicker Landstraße hervor in die Eisenstraße einbrachen und sie in ihrer ganzen Breite nach so ausfüllten, daß ein Entweichen nicht möglich war, niedergeworfen wurde und erheblich verletzt vom Pfluge getragen werden mußte, daß ferner das Hineinreiten der Gendarmereie aus der Köpenicker Landstraße, wo sie nicht sichtbar war, in die Eisenstraße so plötzlich und überraschend erfolgte, daß selbst gewandte jüngere Leute sich vor den heranstürmenden Pferden nicht zu retten vermochten. Auf Grund dieser Beweisaufnahme hat nun das Landgericht II den von der Klägerin geltend gemachten Schadenersatzanspruch in vollem Umfang dem Grunde nach für gerechtfertigt erachtet, auch insoweit Schmerzensgeld von der Klägerin beansprucht wurde.

Wir behalten uns vor, auf die prinzipiell außerordentlich wichtige Entscheidung näher zurückzukommen, sobald das Urteil in Ausfertigung vorliegt.

Dr. Esch gegen Dr. Stöhr.

Wegen Beleidigung des kaiserlichen Admiraltätsrats und Universitätsprofessors Dr. Stöhr in Kiel hatte sich der Chemiker Dr. Werner Esch aus Hamburg gestern vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Goebel zu verantworten. Als Nebenkläger trat Prof. Dr. Stöhr unter Beistand des Reichstagsabgeordneten Rechtsanwalt Dr. Pechler aus Hamburg auf. Der Angeklagte wurde durch Rechtsanwalt Bahn verteidigt. In der Verhandlung waren 12 Zeugen aus Kiel geladen. Dr. Esch war seinerzeit Assistent des Prof. Stöhr im Torpedolaboratorium zu Kiel gewesen. Ein anderer Assistent, Herr Dr. Kfener, der seine Stellung gekündigt hatte, hatte dann ein gegen Dr. Stöhr gerichtetes Schriftstück verfasst und darin das Gerücht erwähnt, daß Prof. Stöhr zugunsten einer von ihm aufgestellten wissenschaftlichen Theorie Analysen gefälscht, d. h. willkürlich und unzutreffend Zahlen in Berechnungstabellen eingesetzt habe. Ein infolge dessen im Jahre 1903 gegen Prof. Stöhr anhängig gemachtes Disziplinarverfahren wurde vom Reichsmarineamt eingestellt, weil es die Behauptung der Analysenfälschung für völlig widerlegt erachtete. Die jetzige Anklage wirft nun dem Dr. Esch vor, seinerzeit im Jahre 1906 und 1907 gegenüber dem inzwischen verstorbenen Dr. Rajert und dem früheren Direktor Dr. Senger in Rauegel beleidigende Ausdrücke über Prof. Stöhr gebraucht und behauptet zu haben, dieser habe Analysen gefälscht und sich nicht geschämt, dieses Vergehen ihm, dem Dr. Esch, in die Schuhe zu schieben. Der verstorbene Dr. Rajert hat dies seinerzeit seinem Sohne mitgeteilt und in einem Briefe auch den Prof. Stöhr hiervon in Kenntnis gesetzt. Der Angeklagte bestritt gestern, seine Äußerung über Prof. Stöhr in der behaupteten beleidigenden Form gemacht zu haben und trat im übrigen den Beweis der Wahrheit dafür an, daß Prof. Stöhr in einem Bericht an die Torpedodivision die Zahl 0,016 willkürlich für Silicium eingesetzt habe, während die richtige Zahl 0,018 hätte lauten müssen. In mehrstündiger Verhandlung kam es zu teilweise sehr lebhaften wissenschaftlichen und tatsächlichen Auseinandersetzungen zwischen dem Nebenkläger und dem Angeklagten. Der Staatsanwalt hielt den weitgehenden Wahrheitsbeweis für gänzlich mißlungen. Dem Prof. Stöhr sei auch nicht das allergeringste nachgewiesen worden, was ihn irgendwie belasten könnte. Der Staatsanwalt erklärte, nur mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten eine Gefängnisstrafe nicht vorzuschlagen zu wollen. Er beantragte aber eine sehr hohe Geldstrafe, und zwar für jeden Fall 1000 Mark, zusammen 2000 Mark Geldstrafe eventuell 200 Tage Gefängnis. — Rechtsanwalt Dr. Pechler beantragte, den Angeklagten wegen Verleumdung (§ 187) zu Gefängnis zu verurteilen. Der Nebenkläger, ein Ehrenmann, der 14 Jahre lang in einer für die Entwicklung unserer Marine wichtigen verantwortlichen Stelle erfolgreich gewirkt und an dem nicht der geringste Makel klebe, sei durch den Angeklagten betruht und planmäßig verleumdet worden. Dies erfordere eine sehr empfindliche Strafe. — Rechtsanwalt Bahn beantragte die Freisprechung, da die in der Anklage behaupteten beleidigenden Äußerungen in ihrer Form nicht genügend festgelegt seien und dem Angeklagten der Schutz des § 193 gewährt werden müsse. — Das Gericht verurteilte den Angeklagten unter Freisprechung in einem Falle zu 600 Mark Geldstrafe event. 60 Tagen Gefängnis. Auch das Gericht hielt den Wahrheitsbeweis nach jeder Richtung hin für völlig mißlungen.

Zur Amtverschwiegenheit der Ärzte.

In einem gestern vor der hiesigen Strafkammer verhandelten Falle handelte es sich um den weitverzweigten Geschäftsbetrieb einer „weisen Frau“ Schuls, welche vorzugsweise in mecklenburgischen Provinzialzeitungen „Rat in Damenangelegenheiten“ amonicierte. Mitangeklagt waren mehrere Frauen und Mädchen und ein Kontoreibesther sowie ein Rentier aus Mecklenburg. Anhängig wurde die Angelegenheit durch den praktischen Arzt Dr. Nabeburg, welcher zu einer der beteiligten Frauen gerufen worden war und den Verdacht äußerte, daß an ihr eine strafbare Handlung vorgenommen worden wäre. Er hielt es für seine Pflicht, die Sache der Behörde mitzuteilen. In der Hauptverhandlung sollte Dr. Nabeburg als Sachverständiger gehört werden. Gegen ihn stellte Rechtsanwalt Bahn einen Ablehnungsantrag mit der Begründung, daß Dr. N. die Pflicht der Amtverschwiegenheit verletzt habe; er dürfe als Arzt, wenn er von einem leidenden Menschen zu Hilfe gerufen würde, seinen ärztlichen Beruf nicht dazu benutzen, um einen Patienten vor den Strafrichter zu bringen. Er habe damit gegen § 300 St.-G.-B. verstoßen und sei aus diesem Grunde als Sachverständiger abzulehnen. Die Strafkammer war anderer Ansicht und hielt den Arzt für berechtigt, in einem solchen Falle, wo das Vorliegen eines Verbrechens für ihn nicht zweifelhaft war, der Staats-

anwaltschaft Kenntnis davon zu geben. Der Ablehnungsantrag wurde daher abgelehnt. In der Sache selbst wurde Frau Schulz zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, einige der Mitangeklagten zu kürzeren Gefängnisstrafen verurteilt.

Die Ansicht der Strafkammer widerspricht dem § 300 St.-G.-B. und der Praxis des Reichsgerichts. Ein unbefugtes Offenbaren lag in der Anzeige durch den Arzt. Das Amtsgeheimnis der Ärzte muß vor behördlichen Angriffen besser geschützt werden. Das ist in der Strafprozeßordnungs-Kommission gerade unter Bezugnahme auf die Tatsache anerkannt, daß derzeit unglückliche Frauen, wie die von der Schulz Verführten, durch eine Praxis, wie sie das Gericht für richtig hielt, aufs empfindlichste geschädigt und die Kurpfuschereien zu noch größerer Blüte getrieben würden. Es ist deshalb ausdrücklich ausgesprochen, daß „Aufzeichnungen, die sich Rechtsanwälte, Ärzte oder die von ihnen in ihrem Beruf beschäftigten Personen bei Ausübung ihres Berufs über den Verdächtigen gemacht haben“, der Beschlagnahme entzogen sind. Prozesse, wie dieser und etwa auf der geschwägigen Beschlagnahme in Moabit aufgebaute, müssen eingestellt werden, weil sie auf Rechtswidrigkeiten beruhen, ein so gearbeites Strafverfahren aber auch nach Ansicht des Reichsgerichts unzulässig ist.

Das altpreussische Plakatgesetz gegen Wahlrechtsdemonstranten.

Vor dem Schöffengericht in Hannover standen am Mittwoch 14 Personen, die gegen das altpreussische Plakatgesetz gefündigt haben sollten. Die 14 Angeklagten, mit Ausnahme vom Expedienten Lehrberg, lauter Birrie und Zigarrenhändler, wollten sich im Sinne des § 9 des preussischen Preßgesetzes von 1851 schuldig gemacht haben, daß sie ein Anklageplakat zu dem am 6. März d. J. im Wilsfelder Biergarten abgehaltenen Wahlrechtsversammlung in ihren Schaufenstern zum Aushang brachten. Lehrberg wurde zu 10 M. Geldstrafe event. 2 Tagen Haft, die andern zu 3 M. Geldstrafe event. 1 Tag Haft verurteilt. 4 Angeklagte wurden freigesprochen, gegen 1 Angeklagten, der inzwischen verstorben ist, wurde auf Einstellung des Verfahrens erkannt.

Gleiches Recht für alle! Bezieht das vermoderte Plakatgesetz noch zu Recht, so mühten viele, so auch die königliche Eisenbahndirektion in Hannover, unter Anklage gestellt werden. Sie hängt ja entgegen den §§ 9, 10 des altpreussischen Plakatgesetzes z. B. die inhaltlich von uns so wenig wie die Wahlrechtsdemonstrantenplakate mißbilligten Aufforderungen zugunsten von Tuberkuloseheilstätten, die Hinweise auf Mägdeheime usw. aus. Frisch, Staatsanwalt, aus West, damit durch Beurteilung der Eisenbahndirektion das alte Plakatgesetz endlich seinen wohlverdienten Todesstoß erhält. Oder soll es zur Aufrechterhaltung der Radelfischpolitik gegen die Arbeiterklasse konvertiert bleiben?

Aus der Frauenbewegung.

Für das Frauenwahlrecht.

In einem imposanten Auszuge demonstrierten am Donnerstag in Lemberg Sozialistinnen und mit ihnen gemeinsam bürgerliche Frauen für das politische Frauenwahlrecht. Gewaltige Massen der Demonstrantinnen zogen zum Landtagsgebäude, dort überreichte eine Deputation dem Landmarschall die Forderungen der Frauen.

Bayerische Hebammen. Der Bayerische Hebammen-Landesverband hielt in Nürnberg seine zweite Jahresversammlung ab. Von den 6000 bayerischen Hebammen gehören in 70 Bezirksvereinen 2800 dem Verbands an. Seit dem Vorjahre haben sich 31 Bezirksvereine mit 1000 Mitgliedern neu gebildet.

Die gesetzliche Regelung des Hebammenwesens, die in Bayern bevorsteht, bildete den Hauptgegenstand der Diskussion. Die staatliche Hebammenreform, die im Mai 1912 in Kraft treten soll, enthält folgende Bestimmungen: Jede Hebamme, die bei dem Inkrafttreten des Gesetzes noch nicht das 60. Lebensjahr überschritten hat, erhält nach Abschluß des 65. Lebensjahres eine staatliche Pension im Grundbetrage von jährlich 100 M.

Zu diesem Grundbetrage kommt noch der Steigerungsbetrag, der sich nach der Zahl der Geburten richtet. Es wird annähernd eine Summe von 240 M. Jahresunterstützung für invalide resp. arbeitsunfähige Hebammen herauskommen. Als Beitrag soll jede Hebamme von jeder Geburt, bei der sie mitwirkt, 50 Pf. zahlen.

Da die Hebammen von diesem System eine ausreichende Unterstützung nicht erwarten, beschlossen sie, eine private Invaliden- und Pensionskasse zu gründen.

Ein Antrag forderte, an die Regierung das Gesuch zu richten, die Hebammen mit den Lehrerinnen gleich zu stellen.

Ein Antrag, der bayerische Verband möge sich dem allgemeinen Deutschen Hebammenverein anschließen, erregte einen starken Ausbruch partikularistisch-patriotischer Entrüstung.

Geklagt wurde, daß es in Bayern noch Hebammen gebe, die für eine Geburt nur 3 bis 5 M. liquidieren. Aus dem Kreise Oberfranken lag ein Schreiben eines Bezirksarztes vor, wonach dort die Hebammen zu arm sind, um die Landesversammlung besuchen zu können. Man gab sich der Hoffnung hin, bis zur nächsten Tagung die übergroße Mehrzahl der Hebammen zu organisieren. Lohnbedürftigen wurden als Schulfrauen bezeichnet. Während in der Rheinpfalz für eine Armenbindung allgemein eine Mindesttagung von 23,50 M. bezahlt wird, soll es in der Oberpfalz und in Oberfranken sowie in Oberbayern noch vorkommen, daß dafür nur 5 M. entrichtet werden.

Aus aller Welt.

Portugiesisches Hofleben.

Wie so der Brauch, beginnt die Kohorte der Sensationsreporter in allen Winkeln herumzuspähen, um die Intimitäten des grünen Jungen, der bis vor einigen Tagen von Gottes Gnaden Beherrscher des portugiesischen Volkes war und heute sich in Gibraltar verkrochen hat, anzuknuffeln. Natürlich bringt die „vornehme“ bürgerliche Presse dann spaltenlange Berichte über die Resultate dieser Schlafzimmerschnüffeleien. Einer dieser „Helben der Feder“ hat glücklich in Wien eine Pretitdiba aufgefunden gemacht, die die Nächte des hohen Knaben verleben half. Madame behauptet, daß es keine Schande sei, die Freundin eines Königs zu sein. Na ja, es kommt auf die „Freundschaft“ an. Schande hin, Schande her, ein profitables Geschäft ist es in der Regel. Madame meint dann, der König sei „ein guter Junge, hochbegabt ... dabei ist er von tiefer Frömmigkeit erfüllt“. Das letzte freut uns besonders und wir stellen uns lebhaft vor, wie Madame mit ihm in tiefer Frömmigkeit den Rosenkranz gebetet hat. Nicht immer — natürlich! — aber so zwischendurch in den Pausen zwischen minder frommen Akten.

Was das Geschäftliche betrifft, so wollen wir hoffen, daß der Vengel sich nicht hat lumpen lassen. Wie verlautet, hat das betreffende Dämchen denn auch ein Perlenlocher im Werte einer halben Million Frank aus Portugal heimgebracht, und das wird wohl nicht das einzige Cadavre gewesen sein, das der „gute Junge“ seiner „Freundin“ verehrt. Wer es bezahlte, ist freilich eine andere Frage. Denn mit seinen Finanzen stand es schlimm. Sein Herr Papa und Frau Mama haben allerdings ein wenig gar zu toll gewirtschaftet. Bei seinem Regierungsantritt stellte es sich heraus, daß sie nicht bloß im Pumpen waren und sich von der Regierung nach und nach 27 Millionen Frank Vorschuf geben ließen. Frau Mama hat aber trotzdem noch einen Berg Landeslöser Schulden gemacht. Der fromme Manuel hat dann versprochen, diese Schulden allmählich abzugeben durch Abzüge aus der Privatliste. Aber es blieb ein frommer Vorfall, der bald zu Wasser wurde, als der Gottbegnadete Geschnap an „Freundinnen“ gefunden. Die

losten Geld und deshalb ließ er sich — statt die Schulden zu zahlen — die Zivilliste erhöhen!

Nun, jedenfalls sind die Portugiesen den frommen Anaben los und er mag nun Rosenkränze ableiern, so viel er will, schließlich in Gesellschaft der Brettdiva, wenn die ihm auch jetzt noch ihre „Freundschaft“ bewahren will, die keine Schande ist.

Eine wahnsinnige Wette.

Das Opfer des eigenen Leichtsinns wurde eine Automobilgesellschaft, die bei Hachenburg im Westerwald mit ihrem Gefährt verunglückte. Bei einer Unterhaltung am Vierstische im Hotel in Hachenburg behauptete der frühere Rennfahrer Henney, daß er in wenigen Minuten im Automobil nach Altenkirchen und zurück fahren könne. Die wohl etwas animierte Gesellschaft ging eine Wette ein und gegen 2 Uhr nachts wurde die Fahrt angetreten. Henney fuhr in einem rasenden Tempo. Etwa 12 Kilometer ging die Fahrt glatt von statten, bis der Lenker an einem Eisenbahnübergang die Herrschaft über das Steuer verlor. Das Automobil stürzte in einen Graben und wurde vollständig zerstört. Von den fünf Insassen wurde ein Kaufmann Ehe- wald und ein Angestellter einer Lederfabrik getötet. Henney wurde sehr schwer verletzt, so daß er wohl kaum mit dem Leben davontkommen dürfte. Die beiden anderen Mitfahrenden trugen Armbrüche und leichtere Ver- leihungen davon.

Neues von den „Heiligen“ in Ezenstokau.

Die Untersuchung in der skandalösen Klosteraffäre fördert immer neue ungläubliche Zustände zutage. So ist festgestellt worden, daß der Pater Macoch neben seinen sonstigen Spitzbübereien innerhalb der letzten drei Jahre 24 600 Rubel aus der Kloster- kasse veruntreut hat. Aus dem Fonds der von den Pilgern gestifteten Messfelder haben die Mönche sich jeder durchschnittlich 10 000 Rubel angeeignet. Auch sonst waren die Mönche bei der Vererbung der Klosterkasse nicht gerade zimperlich. Die gesamten Untersuchungen lassen sich bisher noch nicht im Entferntesten feststellen. Der Klosterbruder Macoch hat zu seinem ausschweifenden Leben ungeheure Summen verbraucht. Während seiner Anwesenheit im Kloster beschränkte er sich darauf, um 11 Uhr vormittags — bis dahin pflegte er der Ruhe — eine Messe zu lesen. Er fuhr ohne Urlaub, wohin es ihn beliebte, meist in Zivilkleidung und in Begleitung von Damen. In seiner Zelle wurden eine Menge Liebesbriefe und Photo- graphien junger Mädchen gefunden. In Krakau be- finden sich drei Kinder in Pflege, deren Vater Pater Macoch ist und für die er ziemlich hohe Erziehungsgelder zahlte. Die Haupt- verhandlung gegen sämtliche Schuldigen wird vor dem Bezirksgericht in Pepsrifau stattfinden.

Schiffskatastrophe in der Nordsee.

Der Augshäverer Fischdampfer „Senator Holtshusen“ ist in der Nordsee mit der schwedischen Bark „Diana“ zusammengestoßen. Die

Bark wurde schwer beschädigt und sank sofort. Sieben Mann der Besatzung, darunter der Kapitän und der Steuer- mann, sind ertrunken. Zwei Mann konnten gerettet werden und wurden nach Augshaven gebracht.

Kleine Notizen.

Wieder einer. Der Stadtkämmerer und Kaufmann Bindser aus Dshheim im Rhodngebirge ist mit seiner Frau flüchtig geworden. Die sich herausgestellt hat, hat der Kämmerer 50 000 Mark unter die Arme.

Ein Attentat wurde am Mittwochabend auf den König von Preußen in Kattowitz ausgeübt. In der Nähe der Station Kottberg erfolgte unter der Lokomotive eine heftige Ex- plosion. Der Lokomotivführer wurde durch Glassplitter unerböt- lich verletzt. Es wird angenommen, daß es sich um ein Dynamit- attentat auf den König handelt.

Eindbruch und Mordversuch. In das Haus eines Maurermeisters in Wallau bei Wiesbaden stiegen in der Nacht Einbrecher durch ein Kellerloch ein. Die durch das Geräusch wachgewordene Frau rief ihren Mann zu Hilfe. Es kam zu einem Kampfe, bei dem der Maurermeister mehrere Stiche in den Oberarm, die Frau lebensgefährliche Messerstiche in den Kopf erhielt. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Ein Oberst ermordet. Der Kommandeur des 8. russischen Infanterieregiments, das in Mariampol stationiert ist, wurde von seinem Vorgesetzten ermordet. Es liegt ein Akt per- sönlicher Rache vor.

Bekanntmachung.
Orts - Krankenkasse
für den
Amtsbezirk Tegel
mit Ausschluß v. Plöhsensee.
— Außerordentliche —
General-Versammlung
wird anberaumt auf
Freitag, den 21. Oktober 1910,
abends 7 1/2 Uhr,
nach dem Trappischen Saale (Ans. Max Gamm), Tegel, Bahnhofstr. 1/2.
Tagesordnung:
Bericht des Vorstandes und Beschluß- fassung über die weitere Regelleistung.
Die gewählten Herren Vertreter werden hiermit ergebenst eingeladen.
Tegel, den 13. Oktober 1910.
Der Vorstand: [278] 8
ges. Oswald Arlt, ges. Wilh. Pahlow,
Vorstandsvorsitzender, Schriftführer.

Deutsch-Wilmersdorf.
Hygienischer Vortrag.
Montag, den 17. d. M., abends 8 Uhr, in der Aula des Diemar- Gymnasiums, Halzburger Str. 30/31
spricht
Herr Professor J. Gonser
über:
„Der Kampf gegen den Miß- brauch geistiger Getränke — eine Forderung der Volksgesundheit.“
Der Eintritt ist für Damen und Herren unentgeltlich.
Da der Vortrag für alle Schichten der Bevölkerung von außerordent- licher Bedeutung ist, bitten wir im Interesse der Ausfüllung um recht zahlreichen und pünktlichen Besuch.
Der Vorstand
der Gemeinamen Ortskrankenkasse für Dt.-Wilmersdorf u. Umgegend.

Schöne freundliche Wohnungen
2 große Zimmer, Balkon, Küche, event. auch Kammer, sowie Bad, sehr billig sofort zu vermieten.
12592
Friedrichsfelde, Wagnersstr. 3,
7 Min. v. Stadtbahnhof Nützenberg.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Achtung! Zigarrenhändler!!
Einfache, elegante, sowie originelle 1316L*
Zigarren-Weihnachtspackungen
ferner: 1/20 u. 1/40 in allen Sorten u. Preislagen.
Max Ziegenhals, BERLIN NO. 43, 70 Neue Königstraße 70
Telephon: Amt VII, 3047.
Tabak — Zigarren — Zigaretten — en gros.

Galvaniseur,
selbständiger, valher Arbeiter, der mit Silber, Kupfer, Messing- und Nickelbad vollständig vertraut ist, viele Bäder ansehen und erneuern kann, in der Brenne Beschäftigung und das Abhängen übernimmt, bei gutem Lohn geachtet. Bewerbungen an Rob. Kopp Radl., Berlin N., Strahburger Str. 57.

Nur ein Preis!
Fette Gänse 0,65
Nur allererste Qualität
Gänserümpfe, 1/2 Gänse.
Fette Suppenhühner, jge. Brathühner.
F. Wegner, SO., Marlanenstr. 34.

Leser die-er Blattes wissen, aus welchen Gründen
Elfe-Cigaretten
zu bevorzugen sind.
Ohne jede Anzahlung
Pianos
erstklassiges Fabrikat (Ormal prämiert Staats- medaille) in allen Holz- und Sillarten von wanderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag.
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Berlin, Ansbacher Str. 1
Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Wenn Sie sparen Geld!
Möbel direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden
Tel.: A. III, 5157
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 — Permanente Musterzimmer-Ausstellung. — 35

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE ALEXANDERPLATZ FRANKFURTER ALLEE

Lebensmittel

Freitag und Sonnabend		Sowelt Vorrat	
Stangenspargel extra stark 1 60	85 Pf.	Stangenspargel stark	1 50 80 Pf.
Stangenspargel I ... 1 35	73 Pf.	Stangenspargel II	1 25 68 Pf.
Bruchspargel extra stark 1 20	65 Pf.	Bruchspargel II	85, 48 Pf.
Bruchspargel I ... 1 10	60 Pf.	Junge Schoten I	55, 33 Pf.
Kaiserschoten extra fein 1 25	68 Pf.	Schnitt- und Brechbohnen	28, —
Kaiserschoten fein ... 1 05	58 Pf.	Kaiserkirschen mit Stein	65, 38 Pf.
Junge Schoten extra fein 85,	48 Pf.	Pflaumen süß-sauer	42, —
Junge Schoten II ... 42,	— Pf.	Konsum-Melange ..	45, — Pf.
Leipziger Allerlei extra fein 1 15	63 Pf.	Junge Kohlrabi ...	26, —
Leipziger Allerlei fein 95,	53 Pf.	Bayr. Steinpilze ...	1 25 —
		Sauerkirschen ohne Stein	95, 53 Pf.
		Erdbeeren	90, 50 Pf.
		Stachelbeeren	70, 40 Pf.
		Heidelbeeren	55, —
		Preiselbeeren	70, 40 Pf.
		Gem. Früchte	85, 45 Pf.
		Reineclauden	75, 43 Pf.
		Birnen	70, 40 Pf.

Neu aufgenommen: Frisches Fleisch Berliner Schlachtung

Hammelfleisch		Schinken		Schierbraten	
Dünnung	55 Pfennig	Hammelkeule	70 Pfennig	Schulterblatt	75 Pfennig
Talg		Dicke Rippe		Karbonnaden- stücke mit Schwarte	
Haxen		Kamm		Liesen	
Kasseler Rippespeer Pfund 75, 80 Pf.		Bratwurst Pfund 75 Pf.		Schäufelbraten Pfund 1 00 Mark	

Flussfische	Fische	Seefische
Lebende Aale	Schellfisch	Pfund 12, 18 Pf.
Lebende Hechte	Kabeljau	Pfund 15 Pf, Ausschnitt 20 Pfennig
Lebende Karpfen	Seelachs	Pfund 14 Pf, Ausschnitt 20 Pfennig
Lebende Bach-Forellen	Schollen	Pfund 15, 25 Pf.
Scharbenzungen	Lachs	Pfund 45 Pf. Ausschnitt 60 Pfennig

Die Gewerkschaftspresse über Magdeburg.

II.

Selbst jene Gewerkschaftsblätter, die mit der Resolution Haase-Jubeil nicht einverstanden sind und deren Annahme bedauern, nehmen jedoch meist insofern einen anderen Standpunkt wie das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ ein, als sie die Zustimmung der Badener sozialdemokratischen Landtagsfraktion zum Budget als einen unzweifelhaften Disziplinbruch beurteilen und die Erwartung ausdrücken, die Genossen im badischen Landtag würden künftig den Beschluß des Magdeburger Parteitag ab unbedingt respektieren.

So schreibt:

„Der Typset“:

Die Debatte verlief im allgemeinen gleichfalls in zufriedenstellender Weise. Der Disziplinbruch der Badenser war allerdings nicht zu halten. Er lag offenbar zutage und verdiente auch strenge Beurteilung. Das einmal gegebene Gesetz ist unseres Erachtens wie in den Gewerkschaften so auch in der Partei streng zu befolgen. Mag der Standpunkt der Badenser in der Sache selbst einen noch so berechtigten Kern haben, aber das einmal gegebene und zu Recht bestehende Gesetz hatten sie zu respektieren.

So schien die ganze Angelegenheit einer zufriedenstellenden Lösung entgegenzugehen. Nebel trat im Schlusswort nochmals warm für die Parteivorstandsresolution ein, wandte sich aber ebenso entschieden gegen einen Zusatzantrag Jubeil, der verlangte, zu erklären, daß diejenigen, die dieser Resolution zuwiderhandeln, sich damit ohne weiteres außerhalb der Partei stellen. Nebel wollte unnötige Schärpen vermeiden und erklärte, daß dieser Zusatz auch juristisch gar nicht haltbar sei. Sein Einfluß bewirkte denn auch, daß die Resolution zurückgezogen wurde. Die Einsetzung einer Studienkommission zur Budgetfrage fand aber auch keine Gnade und so schien alles in guter Harmonie zu verlaufen. Leider aber machte Frank in seinem Schlusswort eine die Mehrheit verletzende Bemerkung, indem er erklärte, daß seiner heute erklären könne, was in den Budgetabstimmungen der nächsten Jahre geschehen werde.

Das mag nur ein taktischer Zug und er mag auch nicht besonders ernst gemeint gewesen sein. Aber der Ausspruch wirkte provozierend. Der radikale Mehrheitsflügel verlangte die Bestimmung und brachte den Antrag Jubeil in etwas veränderter Form erneut ein. Dies war geschäftsordnungsmäßig eigentlich gar nicht mehr zulässig. Die Mehrheit drückte jedoch die Verabsagung durch. In fieberhafter Erregung wurde weiter beraten, mit kurzer Vertagung bis in die späten Nachstunden hinein. Die Süddeutschen, der Vorsitzende und andere forderten erneute Vertagung. Es nützte nichts. Und nun kam der Klaffende Riß in die Versammlung: die Süddeutschen verließen den Parteitag. Und das Kampfpapier der Mehrheit tagte weiter, schlug alle Mahnungen in den Wind und votierte schließlich mit erdrückender Mehrheit ab irato für die Resolution Haase-Jubeil.

Wir sagen, das war nicht nötig. Könnte denn die Mehrheit nicht ruhig den anderen Tag abwarten und hier leidenschaftlos und in aller ruhiger Ruhe beraten und beschließen, was sie für richtig hielt? Ruhig man es zu diesen wenig anmutenden Szenen kommen lassen?

„Die Ameise“

(Verbandsorgan der Porzellanarbeiter).

In den weitesten Kreisen der Parteigenossen sah man dieses Verhalten als einen unerfüllten Disziplinbruch an, ja man ging teilweise noch weiter und erblickte in dem Vorgehen der Badenser eine ganz unmotivierbare Herausforderung der Partei und der Parteitage, einen neuen Kampf der Revisionisten an die Radikalen. Wir wollen hier nicht auf das Richtige oder Unrichtige dieser Anschauungen eingehen, fest steht ohne weiteres der grobe Disziplinbruch der Badenser. Und um diesen allein konnte es sich auch auf dem Parteitag nur drehen. Die Frage einer sachlichen Revision des Nürnberger Beschlusses liegt auf einem ganz anderen Gebiet. Wenn den Badenern der Beschluß von Nürnberg nicht gefällt, wenn sie meinen, derselbe sei unhaltbar, dann haben sie das Recht, die Aufhebung desselben zu beantragen. Aber solange dieser Beschluß besteht, haben sich auch die badischen Genossen demselben zu fügen. Und nicht nur für die Genossen im allgemeinen bestehen diese Beschlüsse der Parteitage zu Recht, sondern auch für die Abgeordneten! In einer Kampforganisation muß Disziplin herrschen, oben wie unten. . . .

So sind denn auch alle bösen Hoffnungen unserer Feinde, die eine Trennung oder auch eine Verimpelung der Partei erhofften und kommen sehen wollten, geschlagen und vernichtet. Nach rechts und nach links wird und muß die Partei die alte bleiben. Unerschrocken im Kampf gegen den gemeinsamen Feind werden wir in unseren eigenen Reihen, unter vollster Wahrung und Achtung abweichender Anschauungen taktischer Art, Disziplin zu halten verstehen. Und wenn einst der Wert des Magdeburger Parteitagsgesetzes gemessen werden wird, dann wird man dieser Tagung mit Recht das Verdienst zusprechen müssen, daß sie von neuem die Bedeutung der Parteitage gehoben und der Partei die innere Festigkeit und Geschlossenheit gegeben hat, deren schwerer Kampforganisation in den Zeiten schwerer Kämpfe, welche sie erwarten, um so notwendiger bedarf!

„Der Courier“

(Zentralorgan der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter).

Ein Verschärfungsantrag war auf Intervention Bebel's zurückgezogen worden. Als jedoch der Wortführer der Badenser in seinem Schlusswort einige Ausdrücke gebrauchte, die Zweifel auskommen ließen, ob die badische Fraktion sich dem Parteitagbeschlusse unterwerfen werde, antwortete die Parteitagmehrheit mit der Annahme eines Antrages, der denen, die gegen den Parteitagbeschlusse handeln, den Stuhl vor die Türe setzt. An sich mag die Mehrheit mit diesem Antrag im Rechte sein, man kann ihn angesichts der Situation zum mindesten begreifen, glücklich war es aber entschieden nicht, daß man die Abstimmung gegen den Rat Bebel's noch am selben Abend erzwingen. Das hat erstens der ganzen Aktion das Stigma des Fanatismus und der Rache aufgedrückt und nach außen den Eindruck erweckt, als sollten die süddeutschen Parteigenossen mit ihren Anschauungen bergewalligt werden. Solche überaus weittragende Beschlüsse faßt man niemals in der Hitze des Gefechtes, sondern zu einer Zeit, wo die Nerven ruhiger geworden sind und einige Stunden Ruhe vorausgegangen, so daß man zeitliche Erwägung voraussehen kann.

Indes wird der Zwischenfall weitere Folgen sicher nicht haben, daß es mit der Spaltung nichts wird, dafür sorgen schon die Arbeiter in Süd und Nord, die ihre Delegierten schon zu Paaren treiben werden, wenn diese durch irgendwelche Beschlüsse oder Handlungen die Einheit der Partei in Frage stellen sollten.

Die Saffler- und Postreißer-Zeitung.

Disziplinbruch! Das ist der schwerste Vorwurf, der den Badenern gemacht, und mit Recht gemacht wurde. Und bei der Verteidigung gegen diesen Vorwurf waren die Badenenser auch fast ausschließlich auf sich selbst angewiesen. Die Hilfe der übrigen süddeutschen Stämme und der Gesinnungsverwandten aus anderen Teilen des Reiches, sie wurde den Badenern auch erst, als es sich darum handelte, zu beschließen, ob die Budgetbewilliger nur gerächt oder aus der Partei hinausbefördert werden sollten und ob

die Beschlüsse der früheren Parteitage zur Budgetfrage weiterbestehen oder eine Änderung im Sinne der Badenenser erfahren sollten. Zwei Tage wogte der Kampf um die Entscheidung einer Frage, die unseres Erachtens von so großer Wichtigkeit gar nicht ist, daß dieser Zeit- und Kraftaufwand gerechtfertigt erschiene. . . . Nach der wirklich nicht nötigen Verschärfung dieser Frage durch das Schlußwort Franks kam es zu einer demonstrativen Verlassung des Saales durch die Süddeutschen und zu einer ebenso demonstrativen Nachsicht der Mehrheit des Parteitag. Dieses Schauspiel konnte und mußte auf alle Fälle vermieden werden, um so mehr, da man es auf beiden Seiten nicht zu einer Spaltung der Partei kommen lassen wollte.

Noch weit scharfer als die vorgenannten, beurteilen die folgenden Blätter den Disziplinbruch und das Verhalten der Badenener:

„Der Steinarbeiter“:

„Gerade als Gewerkschaftler haben wir ein großes Interesse, daß Disziplin gehalten wird. Wohin kämen wir, wenn sich beispielsweise Konferenzen über die Beschlüsse der Generalversammlungen hinwegziehen könnten. Das würde in taktischer Beziehung ein schönes Zehnabohu geben; natürlich die Unternehmer würden daran ihre helle Freude haben. Die Einheit in den Zentralverbänden ginge dann ohne weiteres futsch. Wenn die einzelnen Landtagsfraktionen aus Parteitagebeschlüssen pfeifen können, dann dauert es nicht mehr lange, bis auch in den Wahlvereinen der Ignorierung von Beschlüssen höherer Instanz Tür und Tor geöffnet ist. Was sich schließlich der Parlamentarier leisten kann, das darf dann auch der einfache Prolet, der nicht die Ehre hat, aus der Suppenkühel der Minister schlampfen zu können, sich ebenfalls gestatten. Und was bezüglich des Disziplinbruchs den Parlamentarier zulässig erscheint, das darf dann dem schlichten Genossen auch nicht verwehrt werden. Die Taten der badischen Parlamentarier würden zweifellos Zustände schaffen, wie solche bei den französischen sozialistischen Abgeordneten gang und gäbe sind. Genosse Dr. Frank bedauerte den begangenen Disziplinbruch nicht im geringsten, ja er mißbrauchte sein Schlußwort dazu, die Mehrheit auf dem Parteitag zu provozieren, indem er meinte, er wisse nicht, ob in Zukunft die Verhältnisse so geartet seien, daß sie sich noch der angenommenen Resolution richten würden. Diese Erklärung zeigte nun zur Evidenz, welche selbstherrlichen Bahnen die Genossen Dr. Frank, Kolb usw. in Zukunft wandeln möchten.“

„Lebender-Beitrag“:

Die Gewerkschaften sehen als solche den direkten politischen Aktionen sowie den daraus entstehenden Differenzen fern. Ihnen sind andere Aufgaben zugewiesen, sie führen den wirtschaftlichen Kampf um die Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Trotzdem kann es uns als Gewerkschaftler nicht einleuchten, was innerhalb der politischen Arbeiterpartei vorgeht, denn diese ist die Verfechterin unserer wirtschaftlichen Angelegenheiten und unserer politischen Rechte vor der Gesetzgebung. Und als solche wünschen wir die Sozialdemokratie stark und ungeteilt erhalten.

Wie die Gewerkschaftsbewegung bedarf auch die Parteibewegung der Disziplin aller ihrer Mitglieder. Die Disziplin will nicht dem Denken, sondern dem Handeln eine bestimmte Richtung geben. Daher mag man sich zur Budgetbewilligung wie immer stellen, sie war ein Bruch der Disziplin und so geeignet, die Einheit der Partei zu schädigen.“

„Lagerhalter-Zeitung“:

In der sozialdemokratischen Partei gibt es auch eine kleine Rinderheit, der nicht alle Richtlinien passen. So z. B. ist diese Rinderheit der Auffassung, daß es mit dem Zweck und Ziel der sozialdemokratischen Partei wohl in Einklang zu bringen ist, wenn in den einzelnen Bundesstaaten die proletarischen Abgeordneten dem Staat durch Bewilligung des Budgets ihr Vertrauen aussprechen, wenn sie im Braut und Jährling der Vertretern des heutigen Klassenstaates die besonderen Anlässe huldigen.

Die übergroße Mehrheit vertritt den entgegengesetzten Standpunkt. Und so lange dies der Fall ist, ist auch die Rinderheit verpflichtet, in ihrem Handeln sich nach der Mehrheit zu richten. Das ist etwas so Selbstverständliches, daß darüber eigentlich kaum ein Wort verloren zu werden brauchte. Und doch führte die Diskussion über dieses Selbstverständliche auf dem verflochtenen Parteitage zu heftigen, wenn auch streng sachlichen Auseinandersetzungen, die, wie es ja gar nicht anders sein konnte, mit der Anerkennung dieser Selbstverständlichkeit endete.

So erfreulich dies, vom parteigenössischen Standpunkt betrachtet, ist, für uns als Gewerkschaftler bleibt immer noch ein kleiner Stachel zurück. Zeigte doch die Abstimmung darüber, ob Beschlüsse der obersten Instanz einer Organisation auch von allen zur Organisation Gehörenden zu beachten sind, und die beschämende Tatsache, daß Gewerkschaftsführer die Disziplinlosigkeit sanktionierten. Unter diesen Führern befand sich auch der Genosse Schlade, der Vorsitzende der größten deutschen Gewerkschaftsorganisation, des Metallarbeiterverbandes.

Der deutsche Metallarbeiterverband steht vor einem, in seinen Folgen noch nicht absehbaren Kampf. Der Gewaltstreik der deutschen Metallindustriellen, zur Unterstützung der Wertbesitzer eine Aussperrung von annähernd einer halben Million Metallarbeiter vorzunehmen, ist nach den vorliegenden Meldungen beschlossene Sache. Nur durch die Einheit, Geschlossenheit, nicht nur allein der organisierten Metallarbeiter, sondern der gesamten organisierten Arbeiterschaft kann dieser Gewaltstreik abgesehen werden und der Kampf gegen das übermütige Proletariat siegreich geführt werden.

„Der Rührer“:

„So manchen Faustschlag haben die sogenannten „Radikalen“ in den letzten 10 Jahren von den „Revisionisten“ eintreten müssen; die „sozialistischen Monatshefte“ sind die geistige Ablagerungsstätte, wo sie alle ihre Schmalmeienklänge ertönen ließen, um der bürgerlichen Gesellschaft darzutun, was sie doch für gestittete Menschen sind gegenüber den „Hyperradikalen“ und den großmäuligen „Krrrevolutionären“, die alle „anständigen“ Menschen von der Arbeiterbewegung abschreckten. Und hatten sie es nicht in Nürnberg bewiesen, daß sie diesen „Radikalen“ alles bieten konnten, da die Mehrheit die Erklärung der 68 nach Abstimmung der Resolution ruhig hinnahm! Doch diesen mit gewissem Raffinement berechneten Fuhrt Dr. Franks wollte, konnte und durfte die Mehrheit der Delegierten nicht hinnehmen, wollten sie die Parteitage nicht zur Komödie herabsinken lassen, wollten sie nicht tausenden Genossen schließlich jede Hoffnung rauben, daß es der Partei mit den Grundfragen des Sozialismus ernst ist.“

Soziales.

Theaterschmutz.

„Das Theater ist zurzeit ein Augiasstall, für dessen Ausräumung nicht ein, sondern zehn Dutzende eintreten müßten!“ Unter diesem Motto veröffentlicht in den nächsten Tagen Gustav Nidelt ein Buch: „Schauspieler und Direktoren“, Sozialwirtschaftliches aus deutschen Theatern, im Verlag Langenscheidt, Großlichterfelde. Die Aushängebogen liegen aus vor.

In dem Buchlein ist mit Fleiß der Schmutz deutscher Theater gesammelt worden, der in den letzten Jahren oft aus Einzelfällen der Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Seit 1894 ist ja von der Tribüne des Reichstages, von den Sozialdemokraten, auf die wirtschaftliche Misere und Rechtslosigkeit der Schauspieler hingewiesen worden. Erst seit einigen Jahren haben auch andere Parteien diese

Frage im Parlament behandelt, und erfreulicherweise haben die Schauspieler selbst durch die Bühnengenossenschaft eine Art gewerkschaftlicher Organisation zu ihrem Schutz gebildet.

Eine dem Buche beigegebene Berufsstatistik zeigt, daß heute die Hälfte der 16000 Darsteller an Theatern innerhalb des deutschen Sprachgebietes weniger als 1000 Mark pro Jahr verdienen. Dazu kommt noch, daß die Bühnenkünstler zumeist gar nicht das ganze Jahr hindurch spielen. Das sind von uns wiederholt dargelegte Mißstände, ebenso wie das Vertragsverhältnis der Schauspieler. Das Verzeichnis enthält eine reiche Sammlung von Verträgen und Disziplinarordnungen, unter denen die Mehrzahl der deutschen Schauspieler zu arbeiten gezwungen ist. Man gewinnt dabei hier und da den Eindruck, als ob die Schauspieler jenseits jedes Rechts stehen. Die Ausbeutung an vielen Theatern ist ungeheuerlich. Die Vorproben vor der Saison sind entgegen der Vorschrift des Bürgerlichen Gesetzbuches, unentgeltlich zu leisten. Die Krankheit ist ein vollkommenes Mittel für „sozial“ denkende Direktoren, um mitleidige Personen aus der Stellung zu schaffen. Denn auf der Seite der Direktoren sieht in solchen Fällen wieder entgegen der Vorschrift aus § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches das Kündigungsrecht. Sucht ein Schauspieler durch „Gesundheitskulation“ dem wirtschaftlichen Nachteil zu entgehen, so steht ihm ein Vertragsparagraf entgegen, der bestimmt: „Erklärt ein krank oder unphysisch gemildertes Mitglied, daß es wieder gesund sei, so kann der Bühnenleiter durch den Theaterarzt feststellen lassen, ob das Mitglied auch tatsächlich dienstfähig ist. Trifft letzteres nicht zu, so begründet die Gesunndmeldung keinen Anspruch auf Wiederbezug von Wage oder Spielgeld.“

Stößt dem Schauspieler ein Unfall zu, so kann er froh sein, wenn er nicht gerade bei einem Theaterdirektor beschäftigt ist, der da, wieder entgegen dem Bürgerlichen Gesetzbuch, vertraglich festgelegt hat: „Unfälle irgendwelcher Art, welche das Mitglied im Theater, insbesondere in der Ausübung seines Berufes durch oder ohne sein Verschulden treffen, berechtigen nicht zur Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen gegenüber der Direktion.“ Auch für andere Fälle legen die Verträge das Mißtrauen des Unternehmers entgegen dem Bürgerlichen Gesetzbuch dem Schauspieler auf. So ist vertraglich festgelegt, daß der Direktor ohne weiteres den Vertrag auflösen kann, wenn ein Brand des Theaters entsteht, ein Umbau notwendig ist, Landestheater stattfindet, wenn das Publikum „nicht genügend“ zum Theaterbesuch kommt, sowie in allen außerordentlichen Fällen, die eine wenn auch nur momentane Schließung des Theaters zur Folge haben.“ Außerdem „bei jeder Wibersehrlichkeit sowie ungebührlichem Betragen gegen die Direktion oder die sie vertretenden Beamten“. Ein Theaterdirektor ist auf die noch praktischeren Idee gekommen, in seine Verträge den Passus zu setzen: „Die Direktion ist berechtigt, den Vertrag aufzulösen, wenn nachweislich die Einnahmen zur Deckung der Ausgaben nicht mehr hinreichen.“ Was ist nun in solchen Fällen alles Ausgabe? Auch die hunderttausend Mark, die sich womöglich der Direktor einstecken will? Nidelt zählt eine ganze Reihe Leute auf, die trotz der überatmeten Millionäre geworden sind, um dadurch die Behauptung zu widerlegen, daß die Theaterdirektoren heute recht wenig verdienen und nichts „fürs hohe Alter“ zurücklegen könnten. Allein von früheren und jetzigen Theaterdirektoren, die am Theater eine „Kleinigkeit“ verdient haben, zählt er auf: die Millionäre August Wolff (früher Direktor des Belle-Alliance-Theaters), Adolf Varrone, dessen Sozialsigwart Friedmann, Friedrich Haase, Blumenthal, Wornay, Lautenburg, Adolf Ernst; ferner die sehr reichen: Fritsche, Brahm, Alexander, Röntz, Schulz; von auswärtigen und Provinztheatern: den Millionär Hoffmann-Köln, Bachur-Hamburg, Erdmann-Jehninger-Bremen, Gelling-Dortmund-Essen, Dr. Rauch-Wiesbaden, Rahn-Gera-Halle, Richards-Halle, Varona-Drüdingberg, Adolphi-Nahen, Caspius-Magdeburg, den Millionär Druder-Hamburg und noch etliche Duzend andere.

Die Herren Theaterdirektoren wälzen durch die Verträge die jedem Unternehmer obliegende Pflicht ab, das zur Arbeit erforderliche Handwerkszeug zu liefern. Den Schauspielern werden nur die historischen Kostüme geliefert. Alles andere, bei den Schauspielerinnen auch die historischen Kostüme, müssen sich die Darsteller nach den Verträgen selbst schaffen und in Stand halten. Eine Inventur der Garderobe einer Choristin teilten wir im gestrigen Feuilleton mit. Eine junge Schauspielerin, die vielleicht 75 bis 100 M. monatlich verdient, muß allein zierlich prächtig verschiedene Kostüme besitzen, die müssen natürlich sehr in gutem Zustande sein und dürfen auch nicht allzulange dieselben sein. So muß die junge Schauspielerin erst Schneiderin sein, um Schauspielerin sein zu können, oder die Prostitution hat oft ein Opfer mehr. Das Talent kommt da oft erst in zweiter Linie, erst kommen die Toiletten! Dazu gefügt sich dann die Stellenvermittlung, die hilfsbereit auf „keine Nebeneinnahmen“ hinweist. Als Beispiel wird aus einer solchen Vermittlerzeitung eine Annonce abgedruckt, die Wände spricht; sie datiert vom 10. März 1910 und lautet:

„Für Lüben bei Riegnitz (Dragonergarnison), ab Offizern erste Liebhaberin, Soubrette, junge Dame für kleine Rollen und Chorgespieler gesucht. Offerte mit niedrigster Gage an die Direktion Lüben (Schlesien).“

Das mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft getretene Stellenvermittlungsgesetz beseitigt auch zugunsten der Schauspieler einige besondere Auswüchse auf dem Gebiet der Ausbeutung durch Stellenvermittlungen.

Das Büchlein leuchtet von neuem in die Misere des Schauspielerstandes hinein. Vor 2 Jahren ist vom Reichstag die Vorlegung eines Theatergesetzes einstimmig verlangt. Damals bereits und bei Gelegenheit der Besprechung der Dr. Pfeifferschen Broschüre über das Theaterelend haben wir betont, daß die schlimmsten Mißstände durch eine umfassende Arbeiterschutzgesetzgebung mit Vorschriften zwingenden, durch Verträge nicht zu beseitigenden Rechtsgrundsätze sehr wohl zu beseitigen oder zu lindern sind. Solche allgemeine Regelung ist, wie von sozialdemokratischer Seite wieder bei Beratung der Gewerbeordnungsnovelle dargelegt, schon längst durchführbar. Der Weg der Sozialgesetzgebung wurde unter der Annahme vorgezogen, das Ziel werde so schneller erreicht. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß diese Hoffnung eine irrige war. Das Reichsamt des Innern ist noch nicht über die ersten Anfänge von Erwägungen über die Gestaltung des Theatergesetzes hinausgekommen. Da heißt es Dampf anmachen. Wenn das Nidelt'sche Buch die Schauspieler detanacht, in noch höherem Maße wie bislang die gewerkschaftliche Organisation der Schauspieler, die Bühnengenossenschaft zu stärken, so wäre das lebhaft zu begrüßen. Ein Gesetz allein kann die wirtschaftliche Misere nicht beseitigen. Die Sozialdemokratie wird wie seit Jahrzehnten, so auch bei der Beratung der jetzt dem Reichstag vorliegenden Gewerbeordnungsnovelle nicht verfehlen, die geschehenden Faktoren vorwärts zu treiben, um das Schauspielereleud, soweit das durch die Gesetzgebung möglich, zu bekämpfen. Die Schauspieler haben ein Recht darauf, statt schöner Nebensatten endlich Taten zu sehen.

Eingegangene Druckchriften.

- Jur Geschichte des Christentums. Von A. Paul. Geb. 1.20 M. - Nationale Jugendvorträge des Deutschen Ostmarkenvereins. Geb. 1.20 M. D. O. Teubner, Leipzig.
Von der Erde des Lebens. Von Rega Wilmann. Mit einem Geleitwort von Rainer Maria Rilke. 101 Seiten. Frauenvorlag, München und Leipzig.
Deutsche medizinische Wochenschrift. Nr. 40. Herausgeber Prof. Dr. J. Schwallie. Erscheint wöchentlich. Vierteljahr 6 M. G. Thieme, Leipzig.
Der Grüll-Kalender für das Jahr 1911. Redaktion: Schriftsteller Rob. Edel. Preis 50 Eis. Verlag der Buchhandlung des Schweizerischen Grüllvereins, Jürg, Obere Kirchstraße 17.

Unserem Bezirksgenossen
Max Pölke u. Brant
zur Gedächtnis die herzlichsten
Gedächtnisworte.
Die Genossen im 93. Bezirk

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Stralauer Viertel.
(Bezirk 336.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Kollege
Karl Risch
Koppenstr. 13
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 15. Oktober,
nachmittags 3 Uhr, von der
Leichenhalle des Central-Friedhofes
in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Verband der freien Gast- und
Schankwirte Deutschlands.**
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege
Karl Risch
Koppenstraße 13, Bezirk 4,
am 11. d. Mts. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 15. d. Mts., nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des städtischen Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt. 75/19
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 8. Oktober verstarb unser
Mitglied, der Arbeiter
Franz Albrecht
Lorchingstr. 21.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 15. Oktober,
nachmittags 5 Uhr, von der
Leichenhalle der Friedensgemeinde
in Rieder-Schönhausen Nordend
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Verband der Brauerei- und
Mühlenarbeiter** und verwandter
Berufsgenossen.
Ortsverwaltung Berlin.
Am Sonntag, den 8. d. M.,
verstarb plötzlich, infolge eines
Herzleidens, unser Mitglied, der
Bismarckstraßenarbeiter
Franz Albrecht.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt am
Sonntag, den 15. Oktober,
nachmittags 5 Uhr, von der
Leichenhalle des Friedens-Kirch-
hofes in Nordend aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
43/13 Die Ortsverwaltung.

Nachruf.
Am 4. Oktober verstarb unser
Mitglied, der Mühlenarbeiter
Julius Gutsche.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

**Verband der Schneider,
Schneiderinnen und
Wäscharbeiter Deutschl.**
Filiale Berlin I.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern geben wir
hiermit bekannt, daß der Kollege
Richard Pritschow
am 10. Oktober im Alter von
42 Jahren verstorben ist. 153/16
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 15. Oktober, nach-
mittags 3 Uhr, in Mariendorf
auf dem Dreifaltigkeits-Kirchhof,
Glienicker Straße, statt.
Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß meine
liebe, gute Frau
Marta Gönner
geb. Sündermann
am Mittwoch nach kurzem, aber
schmerzlichem Leiden an Schlaganfall
im Krankenhaus Moabit ver-
storben ist.
Um stille Teilnahme bitte!
Der trauernde Gatte
Heinrich Gönner,
Ruhstr. 29.
Die Beerdigung findet Sonntag,
nachmittags 4 Uhr von der Leichen-
halle des katholischen Kirchhofes
in Südende aus statt.

Sechster Wahlkreis.
Sonntag, den 16. Oktober, abends 6 1/2 Uhr, im „Moabiter Gesellschaftshaus“,
Wielestraße 24:
Oeffentliche politische Versammlung
für Männer und Frauen.
Vortrag des Redakteurs Genossen Hans Weber: „Streiflichter aus dem Klassenstaat“.
Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz. Herren, die daran teilnehmen,
zahlen 30 Pfennig nach.
Der Eintruf: H. Umlauf, Stephanstraße 39.

Am Dienstag, den 11. Oktober,
verschied nach langem, schwerem
Krankheitslager mein innigst ge-
liebter Mann, unser guter Vater,
Schwiegerater und Bruder
Karl Risch
im 57. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrübt im
Namen der trauernden Hinter-
bliebenen an
Konstanze Risch nebst Sohn.
Die Beerdigung findet Son-
abend, den 15. Oktober, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Central-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.

Am 11. d. M. verschied nach
langem, schwerem Leiden mein
lieber Mann, unser guter Vater,
Bruder, Schwieger- und Groß-
vater, der Einzelner
Johann Abels.
Um stille Beileid bitten
Berta Abels nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 15. Oktober,
nachmittags 4 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Gemeinde-Fried-
hofes, Köpenicker Straße, aus statt.

Für die vielen Beweise herzlicher
und aufrichtiger Teilnahme, schönen
Kranzpenden, den Trostworten an
Sorge anlässlich des Hinscheidens
meines lieben unversehrlichen Mannes,
eingetragenen Vaters, Bruders,
Schwagers und Onkels, des Kunst-
und Gesangsdirigenten
Gustav Gartmann
sagen wir allen Verwandten, Freun-
den und Bekannten, dem Haupt-
vorstand sowie der Ortsverwaltung
Berlin des Zentralverbandes der
Hilfsberufsmänner, dem Wahlverein
Lichtenberg, dem Gesangsverein der
Kupferhämmer, dem Gesangsverein
Berl., dem Dirigentenverband Berlin
unseren herzlichsten Dank. 13433
Die Vertrauens- und Hinterbliebenen
Auguste Gartmann
und Tochter.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme, sowie die Kranzpenden
bei der Beerdigung unseres lieben
Sohnes
Alfred
sagen wir hierdurch den Genossen des
letzten Berliner Wahlkreises, den
Kollegen des Deutschen Metallarbeiter-
verbandes, sowie den Kollegen und
Kolleginnen der U. C. G., Kiderstraße,
und dem Lotterieverein „Glücks-
nummer“ unseren innigsten Dank.
Familie Pritzkau.
13475.

**Kranken-Unterstützungs-
n. Begräbnisverein für Bau-
und gewerbliche Arbeiter
jeden Berufes**
für Berlin und Umgegend.
Sonntag, den 16. Oktober 1910,
vormittags 10 Uhr,
im Lokal des Kollegen **Bercht,**
Mitterstraße 75:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1910
2. Vereinsangelegenheiten und Ver-
schiedenenes. 37/5
NB. Arbeiter jeden Berufes, welche
das 16. Jahr erreicht und das 50. nicht
überschritten haben, werden in der
Versammlung vom Mandanten auf-
genommen.
Zahlreiches Erscheinen der Mit-
glieder wird gewünscht!
K. A. Gadegast, Vorsitzender,
Sanktstraße 43, vorn I.

Tischlerverein, E. H. 89.
Sonntag, den 15. Oktober,
abends 8 1/2 Uhr, Weichhorstr. 15:
General-Versammlung
Bericht vom III. Quartal. Rassen-
angelegenheiten.
Spendenkasse zum Stiftungsfest.
Ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß.
190/6 Der Vorstand.

Karow eine Station **Buch**
vor
Schönst. Villenort, R. v. 12 M.
an, 20 Pl. v. Stett. Bbl. 23 Min.
Fabri, 10 Pl. v. Pankow-Schönb.,
12 Min. Fahrt. Terrain unmittelbar
am Bfl. Bauausg. gen. genehmigt.
Pläne gratis. Mbl. Ans. u. lang-
jähr. Hypotheken. Verkäufer
ständig a. Bfl. Karow.
J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Achtung! Gewerkschaftsmitglieder!
Zu dem am heutigen Abend stattfindenden
Vortrage des Herrn Professors Dr. Forel
über
„Mensch und Ameise als soziale Lebewesen“
sind noch Eintrittskarten a 25 Pfennig am Eingange zum Saale zu haben.
300/4 Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15
Saal 4 (ArbeitslosenSaal):
Sitzung der Ortsverwaltung.
Schirmmacher.
Sonntag, den 15. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von
Josef Gambitsky, Rannunstraße 37:
Branchen-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission über den Anschluss an den Holzarbeiter-Ver-
band. 2. Diskussion. 3. Ausgabe der neuen Mitgliedsbücher.
91/10 Der Obmann.

Montag, den 17. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschafts-
hause, Engelauer 14/15, Saal 4 (ArbeitslosenSaal):
Versammlung
der am 1. Oktober ausgebildeten Tischler, Drechsler,
Stellmacher, Vergolder und anderen Holzarbeiter.
Die Werkstättenvertrauensleute werden ersucht, die ausgebildeten Kollegen
auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

Vergolder.
Montag, den 17. Oktober, abends 8 Uhr, in der Alhambra,
Wallner-Theaterstraße 15:

Branchen-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Einführung eines Tarifvertrages in den Goldleistenarbeiten. 2. Ber-
richt über den abgeschlossenen Tarif für die Rahmenvergoldereien. 3. Branchen-
angelegenheiten.
Branchen der Vergolder u. Rahmenmacher
Am Sonntag, den 16. Oktober 1910, mittags präzise 12 Uhr,
in der
„Alhambra“, Wallner-Theaterstraße 15:
Matinee
ausgeführt von den
„Hoffmanns Sängern“
(Direktor: Fr. Jantzen.)
Darsteller: Fanther, Krause, Jung, Wiess, Becker, Fieling und Sohröder.
Eintritt 30 Pf. — Kassenöffnung 11 Uhr.
Billets sind bei den Vertrauensleuten zu haben.

Selowskys
Bolero
ist nach dem
Urteil aller Sachverständigen
die
feinste 2 Pl.-Zigarette.
Gesetzlich geschützt!

**Arbeiter-
Bekleidung — Berufsbekleidung.**
Größtes Spezialgeschäft.
Kohnen & Jöring, Haupt-
geschäft **Alexanderstr. 12.**
Landsberger Allee 148. Rixdorf: Bergstr. 66.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbureau:
Col I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Col III. Amt 3, 1967

Sonntag, 16. Oktober,
vormittags 10 Uhr bis nachm. 1 Uhr,
findet die
Wahl eines besoldeten Bezirksleiters
für Ober-Schöneweide
in folgenden Lokalen statt:

- Kaezorowskis Restaurant, Ravenestr. 6.
- Wernickes Restaurant, Ackerstr. 123.
- Voigt-Theater, Badstr. 58.
- Hönischs Restaurant, Wichertstr. 3.
- Obiglos Festsäle, Schwedter Str. 23.
- Lachnichts Restaurant, Maxstr. 18b.
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/48.
- Restaurant Südost, Waldemarstr. 75.
- Heitmanns Festsäle, Schönleinstr. 6.
- Wiemers Restaurant, Bülowstr. 58.
- Litfins Festsäle, Memeler Str. 67.
- Bökers Festsäle, Weberstr. 17.
- Rummelsburg, Blumes Restaurant, Alt-Boxhagen 56.
- Rixdorf, Hoppes Festsäle, Hermannstr. 40.
- do. Zibells Restaurant, Elbestr. 8.
- do. Rückheims Restaurant, Lahnstr. 1.
- Tempelhof, Wilhelmshagen, Berliner Str. 9.
- Charlottenburg, Volksgarten, Rosinenstr. 3.
- Köpenick, Restaurant Jägerheim, Kaiser-
Wilhelm-Str. 29.
- Steglitz, Clements Restaurant, Düppelstr. 7.
- Adlershof, Restels Restaurant, Friedenstr. 14.
- Ober-Schöneweide, Wernickes Restaurant,
Wilhelminenhof-Straße 18.
- Weißensee, Peukeris Restaurant, König-
Chaussee 38.
- Pankow, Rozyekis Restaurant, Kreuzstr. 2-4.
- Spandau, Huths Restaurant, Lindenufer 17.
- Tegel, Halfers Restaurant, Branowstr. 23.

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen!
Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt.
Wahlleiter ist der Kollege **Otto Handke,** Charitéstr. 3.

Sonntag, den 16. Oktober 1910, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung
der Fahrstuhl-Monteurs und Helfer
Berlins und Umgegend
in den Prachtzimmern der Sodabrauerei, Chausseestraße 64.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über den Stand unserer Bewegung.
2. Verhandlungsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.
Erscheinen sämtlicher in Berlin anwesenden Kollegen erforderlich!
Mitgliedsbuch legitimiert!

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die
Zahlstelle 202 von **Wieloch,** Schöneberg, Brunenwaldstraße
nach **Obst,** Martin-Luther-Str. 51,
Zahlstelle 171 von **Rohmann,** Steglitz, Schloßstr. 117,
nach **Element,** Düppelstr. 7,
Zahlstelle 3 von **Quandt,** Berlin, Pringensstr. 6,
nach der **Gitschiner Str. 70**
verlegt worden sind.
In Reinickendorf, Hauptstraße, bei **Anders** ist für
die dortigen Kollegen eine neue Zahlstelle errichtet.
124/19 Die Ortsverwaltung.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter
und verwandter Berufsgenossen, **Zweigverein**
Berlin.
Bureau: O. 54, Mulackstr. 10. Fernsprecher: Amt 3, 4518.

Achtung! Kollegen! Achtung!
Sonntag, 16. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engelauer 15, großer Saal:

General-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht für das dritte Quartal 1910.
2. Neuwahl der Beisitzer zur Hauptverwaltung und der Revisoren. Wahl
des Hauptvorstandes.
3. Vereinsangelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder notwendig!
Buch oder Karte legitimiert!
Zur Beachtung! Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß mit
der 40. Woche der Umlauf der Mitgliedsbücher vollzogen werden muß
und werden die Kollegen ersucht, hierbei den Vertrauensleuten in jeder
Weise behilflich zu sein.
Die Ortsverwaltung.
Keine neu renovierten **Festsäle mit Bühne und Garten**
(für 40, 80, 100, 500, 1000 Pers.) zu vergeben. 19022*
Fritz Wilke, Sebastianstr. 39 (hinter an der alten Jakobstraße).
— Amt IV, 11343. — Bequeme Fahrgelegenheit nach allen Richtungen. —

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

In den für die Arbeiterschaft gesperren Kammerfällen, Keltower Straße 1-4, halten am Sonnabend, den 16. Oktober, die Vereinigung der Geschäftsinhaber Süd-West, und am 23. Oktober der Ritzer-Verein „Süd-West“ Vergnügens ab.

Billetts, die organisierten Arbeitern zu diesen Veranstaltungen angeboten werden, sind entschieden zurückzuweisen. Dasselbe trifft zu für das Lokal Albrechtshof in Steglitz, in welchem am Sonnabend, den 22. Oktober, der Privatgärtnerverein von Steglitz ein Stiftungsfest abhält.

Besonders wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Marine-Haus für organisierte Arbeiter gesperrt ist.

In Spandau wird das Lokal von Seite, Schützenstraße, der Arbeiterschaft fortgesetzt verweigert. Gestrichen werden mußte von der Lokalliste das Lokal von Friede, Ronnendamm, Siemensstr. 28. Der neue Besitzer Müller, der das Lokal am 1. Oktober übernommen hat, weist unseren Reders mit Entrüstung zurück.

Nachzutragen in der Lokalliste ist in Friedrichsfelde (NB) das Lokal von Hoppoldts Ausschank, Schloßstr. 2, in Neukruppin das Lokal von L. Krafemann, Berliner Straße 5, in Liebenwalde (NB, Flunzowtal) der Gasthof von Wagenfiel, Zehender Straße.

In Wartenberg (NB.) sind alle Lokale gesperrt, was die Radfahrer besonders beachten wollen. Die Lokalkommission.

Zweiter Wahlkreis (Friedrichstadt) Wahlmorgen für Drucker-Richtarbeiter, verbunden mit unserem 2. Stiftungsfest, unter freundlicher Mitwirkung unseres Gesangsvereins am Sonntag, den 16. Oktober, bei Julius Meyer, Dranienstraße 103. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Adolf Hoffmann. 3. Rezitationen des Genossen Walter Zimmermann-Sarkischorst. Den Besuch aller Mitglieder des Wahlmorgens erwarten Vertrauensleute und Vorstand.

Schüler Wahlkreis. Billetts zum „Heiteren Abend“ am Sonntag, den 16. Oktober, in den Baurussälen, Müllerstr. 142, sind noch zu haben bei Meyer, Diefenstr. 29; Rich, Fehmannstr. 8; Glawe, Liebenwalder Str. 4, und im Wahlvereinsbureau, Neue Hofstr. 23. Das Komitee.

Wilmerdorf-Galensee. Die Flugblattverbreitung findet heute, Freitag abend von 6 Uhr ab einzig vom Lokal des Genossen Seidling, Ecke der Uhlendstraße und Lauenburger Straße, aus statt. Die Parteigenossen sämtlicher Bezirke haben sich dort einzufinden.

Sonntag mittag 12 Uhr findet im Gesellschaftshaus, Wilhelmstraße 112, eine Volksversammlung statt, in der Landtagsabgeordneter Paul Pirsch im Hinblick auf die am 3. November stattfindenden Stadtverordnetenwahlen über die kommunalen Forderungen der Sozialdemokratie sprechen wird.

Weißensee. Am Sonnabend, den 16. d. Mts., feiert der Bezirkswahlverein in der Gemeinde-Fest- und Turnhalle sein Stiftungsfest. Neben gutem Konzert, unter Leitung des Kapellmeisters Herrn Albert Schütz, haben Fräulein Elsa Münzstetter und Herr Franz Burkgraf als Opernsänger sowie der Blodentvirtuose Herr Albert Müller ihre Mitwirkung zugesagt. Den Schluß des Programms bildet ein Festspiel „Weißensee, wie es weint und lacht“. Der Eintrittspreis beträgt 20 Pf. pro Person.

Ober-Schöneweide. Am Sonntag, den 16. Oktober, morgens 8 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung von den Bezirkslokale aus statt. Materialausgabe erfolgt am Sonnabendabend 6 Uhr bei Barnack. Die Bezirksleitung.

Brig-Budow. Sonntag, den 16. Oktober, früh 8 Uhr, Handzettelverbreitung in Budow. Nachmittags 3 Uhr findet eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel statt und zwar auf dem Grundstück des Herrn Grenzow zwischen Rudower und Johannisthaler Chaussee. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Fritz Jubeil über die politische Lage.

Lichtenrade. Am Sonnabend, den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr Bahlabend bei Rudolf Deter, Bahnhofsstraße.

Am Mittwoch, den 19. Oktober, abends pünktlich 8 Uhr: Öffentliche Versammlung im Lokale des Herrn R. Deter, Bahnhofsstraße. Reichstagsabgeordneter Genosse Fritz Jubeil spricht über: „Die Sozialdemokratie im Kampfe mit der Reaktion“.

Bezirk Waldmannsluf. Am Sonntag, den 16. Oktober, findet nachmittags 4 Uhr in Birkenwerder im Lokal „Zum Paradiesgarten“ eine öffentliche Versammlung statt. Genosse Hans Bloch spricht über das Thema: Wilhelm II., das Instrument des Himmels. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Im Blumental.

Wenn im milden Glanze der Herbstsonne der Wald in bunten Farben leuchtet und müde, welke Blätter im leisen Windeshauche langsam niederfliegen, dann ist eine Wanderung durch die abwechslungsreiche, prächtige Forst des Blumentals sehr lohnend.

Vom Briegeener Bahnsteig des Schlesienschen Bahnhofes fahren wir morgens um 8,54 Uhr nach Tiefensee (Fahrpreis 4 Mk. 0,75 M.). Hinter dem Bahnhof überschreiten wir die Gleise und wandern in südlicher Richtung durch prächtigen Kiefernbestand auf einem schnurgeraden Gesteinswege dem Samengrund zu. Nach einem halben Stündchen blinkt zwischen den stattlichen Stämmen in einer etwas tiefer liegenden Talmulde der Gamenesee auf. Ein schmaler Fußweg führt uns an dem schönen Ufer entlang. Ab und zu öffnen sich herrliche Aussblicke auf den leichtflimmernden, von buntem Laubwald umsäumten Wasserspiegel. An der Südspitze angelangt, steigen wir hinauf zur Verneuchen-Brüheler Chaussee, die hier auf hohem Damme das schmale Tal durchquert. Von oben haben wir eine schöne Fernsicht. Wie ein Flußarm windet sich in leisespanntem Bogen das schmale, silberglänzende Band des Sees zwischen den sanft ansteigenden Ufern dahin. Südlich vom Damme blicken wir in die bewaldete Tiefe des Samengrundes; mächtige Buchen und alte, knorrige Eichen strecken ihr Geäst zu uns herauf.

Auf der Straße gehen wir nun ein Stückchen östlich und biegen dann rechts in dem durch einen Wegweiser bezeichneten Weg nach Forsthaus Heidekrug ein. Nach einer kleinen Rast wenden wir uns vom Forsthaus östlich durch die schluchtartige von schönstem Lauben- und Laubwald überwölbte Grenzlehle zu den beiden Lattjeen. Still und vertraut liegen diese in tiefer Waldeseinsamkeit. Stattliche Buchen, Eichen und Birken spiegeln sich im Wasser. Ein schöner Fußweg führt an den Bestauern der Seen entlang. Prächtige Waldbilder tauchen abwechselnd vor uns auf. Weißleuchtende Birken am Ufer tragen zierliches Goldgeschmeide und das Laub des Unterholzes prangt in allen Farben des Herbstes. Welche Blätter lösen sich aus den hohen Kronen und schweben

leise hernieder auf unseren einsamen Weg. Ein liebliches Bild märkischer Schönheit!

Wir wandern im Talgrunde weiter zum Jhlandsee; vermeiden aber links oder rechts von diesem Wege abzuschweifen. Dieser ganze prächtige Forst ist Privatbesitz der Baroness v. Eckardtsheim zu Prögel und nur gegen Lösung eines Erlaubnischeines zu einer Mark auf dem Forstamte in Prögel Zutrittlich. Einzelne Wege, wie der von uns eingeschlagene sind jedoch glücklicherweise von dieser Lustbarkeitssteuer befreit. Am schönen, von Tannen umrauschten Jhlandsee nehmen wir Abschied vom Blumental und wandern südlich durch die Strausberger Stadforst an dem Straussee entlang nach Strausberg. Hier stärken wir uns in einem der in der Lokalliste aufgeführten freien Lokale und treten dann, reich an Eindrücken von dieser stimmungsvollen Herbstwanderung, die Rückfahrt an.

Herbst im Zoo.

Auch im Zoo ist der Sommer gegangen. Der Herbst hat die Blätter seiner Eichen gebräunt und das Laubwerk seiner Birken gelichtet. Trotz sorgfältigster Pflege hat Weg und Steg das Welken überrieft mit starren, hartrauchenden Blätterrollen, die jeder Lufthauch meckert, mag er auch noch so leicht und leise schwingen. Und doch liegt das matte Gold eines schönen Oktobertages mild über all dem Sterben gebreitet. Unter dem blauen, fast strahlenden Herbsthimmel funkeln die Metallteile der Kuppeln und die blanken Glasurkugeln der fremdartig anmutenden und doch dem Berliner so vertrauten Tierhäuser des zoologischen Gartens.

Da wird ein Gang durch die sorgsam gehegten Anlagen zum Genuß. Die meisten Tiere befinden sich während der wärmeren Stunden des Tages noch im Freien. Die großen Laufvögel stolzieren in ihren Volieren am Straußenhaus. Auch Elefant und Nashorn dürfen noch „Luft schnappen“. Nur den im Giraffenhause untergebrachten Vierfüßlern ist zum größten Teil der Aufenthalt außerhalb ihres Gebäudes verboten.

Inmitten des welkenden Grüns nimmt sich die graue Felsenwildnis der südamerikanischen Cordillerenimination pittoresk und malerisch aus. Ueber der gelbroten Steinmauer der Raubvogelabteilung, aus der die zahlreichen Nisthöhlen wie dunkle Augen schauen, stößt ein rostbrauner Falke trillerartig seine kurz abgerissenen, heiseren Pfeife. Doch um den Felsenwinkel, der schüßend die Staketen und Agaven beherbergt, liegt es schon wie ein Frösteln. . . .

Auch durch den Sumpf am Schweinehaus ist bereits der Herbst geschritten. Die Weiden hängen herbstmüde und gelbgesprenkelt ihre langen Blätterhaare. Das Schilf gibt, die Gräser stehen stark gebräunt. In all diesem Vergehen und Welken nimmt sich dafür das junge Leben doppelt lodend aus: Das chinesische Barzschwein hat Junge bekommen, eine stattliche Anzahl kleiner, schwarzer Ferkelchen, von denen man den grünnig dreinschauenden Eber-Vater vorsorglich absperrt hat.

Rum schreien auch die Girsche. Die Zeit ihrer Brunst ist gekommen. Ihr Geviert ragt stattlich. Stolz, kampfbereit stehen sie mit blutunterlaufenen Augen da, ihre tiefen, langgezogenen Rufe dem Gegner zuschmetternd. Ihre rostbraunen Körper gleichen dem welken Laube, ihre vielfach gezackelten Geweihe dem kahlen Baumgeäst: eine Verkörperung des Herbstes, der ringsum sie her tagtäglich immer mehr Besitz von der Natur ergreift. . . .

Der Pelz der meisten Tierarten — bei den Bären sieht man das am besten — ist bereits dicht, winterlich geworden. Winterlich herausgeputzt sind auch die dunklen, massigen Behausungen der Wüffel- und Bisonarten. Die bunten Malereien am Siebelgebälk dieser Häuser leuchten in frischen Farben. Nur für die Affen scheint der Herbst noch nicht gekommen zu sein; die lärmten laut und gellend, ganz wie im Frühling.

Welf und herbstlich schaut es auch um den großen Teich aus, in dem die Wasservögel schwimmen und selzen. Auf blätterübersäten, sich schon stark bräunendem Rasen liegt Einzelnd die Oktobersonne. Enten putzen sich dort mit breiten, klappernden Schnäbeln; rosafarbene Flamingos mit entsehtlich dünnen Beinen und schlangenartig gewundenen Halsen spielen ein täppisches Dasein. Jenseits der Brücke aber, die diesen Teich teilt, wird gegenwärtig Reparaturarbeit verrichtet. Das Wasser ist abgelassen. Arbeiter in blauen Blusen und hohen Schäfttiefern waten durch den Schlamm. Nur eine Hündin ist hier untergebracht, hart am Rasenrande, geradeüber vom Wärenzwinger und großen Raubtierhaus. Sie säugt ein paar Löwenkinder und einen kleinen gefleckten Leopard, der in seinem tollen Jugendübermut ständig die Bäume zu erklimmern versucht.

Mit den letzten Blumen des Sommers kokettiert prunvoll die breite Hauptpromenade. Leuchtende Rundbeete laden auf ihr, Blumen in den verschiedensten Farben: gelb, rosa und blaßlila. Rote Blüten überhängen aus einer Ampel einen alten Baumstamm. In einem gelblichen Sammetbraun raschelt der Esphen. Rot hat der wilde Wein sein Blattwerk gerollt. Kinder toben in den Gängen, schlagen Ball oder promenieren „vornehm-gestittelt“ an der Hand einer englischen Miß durch den sonnigen Oktobertag. Der fordert sein Recht: unaufhaltsam fallen die Blätter, und durch die Stille der frühen Nachmittagsstunde gellen langgezogen die tiefen Schreie der Girsche. Herbst ist es im Zoo. . . .

Das Gewerbegericht zu Berlin

hat in den letzten Jahren eine Verringerung der Klagen gehabt. Auch im Geschäftsjahr 1909 (1. April 1909 bis 31. März 1910) sind, wie wir dem jetzt vom Magistrat veröffentlichten Jahresbericht entnehmen, wieder weniger Klagen eingegangen, diesmal 13 870 Klagen, während das Vorjahr noch 14 522 gebracht hatte. Die Kläger waren diesmal in 899 Fällen Arbeitgeber (Vorjahr: 702), in 12 971 Fällen Arbeitnehmer (Vorjahr: 13 820), unter diesen in 3111 Fällen weibliche Personen (Vorjahr: 3103). Gemeinbart haben sich, wie man sieht, nur die Klagen der Arbeitnehmer und auch hier nur die der männlichen (von 10 717 auf 9860), dagegen haben die Klagen der Arbeitgeber sich verhältnismäßig sehr bedeutend gemehrt (von 702 um 197 auf 899, d. h. um 28 Proz.). Unter den Arbeitnehmerklagen haben, trotz Verringerung der Gesamtzahl, die Klagen der Heimarbeiter, der Lehrlinge, der Lauf- und Arbeitsburschen sich wieder beträchtlich gemehrt. Im letzten (bzw. vorletzten) Jahre waren beteiligt die Heimarbeiter mit 563 (508) Klagen, die Lehrlinge mit 106 (80), die Lauf- und Arbeitsburschen mit 161 (135). Der Streitgegenstand

war im letzten Jahre 8111 mal Zahlung rückständigen Lohnes, 5158 mal Lohn- oder Entschädigungsansprüche wegen vorzeitiger Entlassung, 503 mal Ausstellung eines Arbeitszeugnisses, 25 mal Krankenversicherungsbeiträge, 81 mal Auflösung des Lehrverhältnisses, 22 mal Fortsetzung des Lehrverhältnisses, 15 mal Konventionalstrafe, 874 mal Schadenersatz, 933 mal Herausgabe von Papieren, Sachen, Handwerkszeug, 23 mal Wiederaufnahme der Arbeit, 83 mal Rückzahlung von Kauttionen, 10 mal Zahlung von Lehrgeld, 12 mal Zahlung von Kostgeld. Aus den Verringerungen gegenüber dem Vorjahr sei hier nur hervorgehoben, daß die Zahl der Klagen wegen Auflösung des Lehrverhältnisses sich nahezu verdoppelt hat (Vorjahr: nur 42). In vielen Fällen wurden mit einer Klage gleichzeitig mehrere der oben aufgezählten Ansprüche geltend gemacht, zum Beispiel Lohn, Zeugnis usw. Der Wert des Streitgegenstandes betrug 5689 mal nur bis 20 M., 4207 mal über 20 bis 50 M., 2723 mal über 50 bis 100 M., 761 mal über 100 bis 200 M., 233 mal über 200 bis 300 M., 257 mal über 300 M. Die überhaupt höchste Klagesumme war 6088 M., andererseits die überhaupt niedrigste 33 Pf.

Da von den 13 870 überhaupt eingegangenen Klagen 330 vor Abhaltung des ersten Termins erledigt wurden, so verblieben 13 540 für die Rechtsprechung. Diese verteilten sich auf die einzelnen Kammern so: I. Schneiderei, Näherei 2945, II. Textil-, Leder-, Buchindustrie 751, III. Baugewerbe 1575, IV. Holz- und Schnitzstoffe 648, V. Metallindustrie 1622, VI. Nahrung, Verherbergung, Erquickung 3028, VII. Handel, Verkehr 1737, VIII. Allgemein 1234. Gegenüber dem Vorjahre ist eine nennenswerte Verringerung nur bei zwei dieser Kammern eingetreten: damals war beteiligt die Kammer III mit 1909 Klagen, die Kammer IV noch mit 841 Klagen. Man sieht, daß zur Verringerung der Gesamtzahl der Klagen nur diese beiden Kammern beigetragen haben. Der Bericht erklärt das daraus, daß im Berichtsjahr die Bautätigkeit noch darnieder gelegen habe. Das ist leider richtig. Erledigt wurden bis zum Ablauf des Jahres 13 116 Klagen, und zwar durch Vergleich 5440, durch Verzicht 90, durch Rücknahme oder Ruhenlassen 8920, durch Abgabe an das Innungschiedsgericht, an das Kaufmannsgericht usw. 434, durch Anerkenntnisurteil 65, durch Versäumnisurteil 1896, durch kontradiktorisches Urteil 1271 (davon 875 mit Beweisaufnahme, 380 ohne Beweisaufnahme, 16 nach Edesleistung durch eine Partei). Der Bericht macht noch einige besondere Angaben über die durch kontradiktorisches Urteil beendeten Klagen. An ihnen waren beteiligt die Arbeitgeberklagen mit 54 und die Arbeitnehmerklagen mit 1217, und gewonnen wurden 27 dieser Arbeitgeberklagen (50 Proz.) und 627 dieser Arbeitnehmerklagen (51 1/2 Proz.). Die durch kontradiktorisches Urteil beendeten Klagen wird für überhaupt 1366 Klagen angegeben, wobei 95 aus dem Vorjahre übernommene mitgezählt sind. Erledigt wurden im letzten (bzw. vorletzten) Jahre in weniger als 1 Woche 133 (37) Klagen, in 1-2 Wochen 433 (131) Klagen, in 2 Wochen bis 1 Monat 634 (677) Klagen, in 1-3 Monaten 151 (389) Klagen, in mehr als 3 Monaten 15 (64) Klagen. Hier ist zu konstatieren, daß diesmal wieder sehr viel öfter als im Vorjahre die Klagen in weniger als 2 Wochen, ja in weniger als 1 Woche beendet wurden.

Die letzten Berliner „Räden“. Jene einst in Berlin recht zahlreichen Mietshäuser, in denen oft in einer Stube mehrere Familien wohnten und sämtliche Türen mit Nummern versehen waren, nannte der Volksmund „Räden“, wohl wegen ihrer starken Bewohnerzahl. In den letzten drei Jahrzehnten sind die meisten vom Erdboden verschwunden. Jetzt sehen wir nur noch zwei, nämlich das heute dem königlichen Domänen-Rentamt gehörige ehemalige Kadettenhaus in der Neuen Friedrichstr. 5-8 und die militärhistorische Mietshausruine in der Alexanderstr. 10-11, gegenüber der Magazinstrasse. Beide sind seit Jahrzehnten dem Staatsdienst entzogen, werden von außerordentlich vielen Kleinmietern bewohnt und werden, da die Mieten hier keineswegs billig und die Unterhaltungskosten sehr gering sind, bedeutende Renten ab. Der Hauptwert liegt natürlich in den Grundstücken selbst, die meist dem Staate sehr wenig gekostet haben und später in heute so hervorragender Verkehrslage Millionen einbringen müssen. Von diesen letzten noch vorhandenen „Räden“ dürfte das alte Kadettenhaus wohl zuerst fallen. Von Osten her ist Bredele gelegentlich die Verlängerung der Magazinstrasse als „Voltairestraße“ bis zur Dirschstrasse an der Stadtbahn, und westlich wird bekanntlich demnächst die Parochialstrasse nach der Neuen Friedrichstrasse durchbrochen werden. Die Entstehung eines modernen Geschäftspalastes an Stelle des veräuferten Kadettenhauses mit seinem jetzt nicht genügend ausgenutzten weiten Hinterlande kann dann nur eine Frage der nächsten Jahre sein. Nicht so günstig liegt die Sache bei der „Räde“ in der Alexanderstrasse. Zu dem Millionenpreise des bis zur Stadtbahn durchgehenden großen Grundstückes will sich das Finanzkonjunktum noch immer nicht finden. Nebenbei hält man den Komplex für die wohl unvermeidliche Erweiterung des Polizeipalastes in Reserve. Vorläufig scheint kein Abruch in Aussicht zu stehen, denn gegenwärtig wird die gesamte Vorderfront des Gebäudes, das so ziemlich den häßlichsten Fleck der ganzen Gegend bildet, neu gepußt. Die mit allerlei Gerümpel angefüllten städtischen Grundstücke 12 und 12a auf der Südseite der Voltairestrasse könnten ebenfalls die moderne Bebauung sehr gut verkörpern. Wo gegenüber der Alexanderstrassenmüde einst das Olympatheater stand, wird jetzt bekanntlich ein großer Postneubau errichtet.

In der Sitzung der Deputation für die städtische Ironenrege am 12. Oktober standen die Anträge auf Verbesserung der Arbeitsverhältnisse und Verringerung der Organisation der Arbeiterausschüsse an den Ironenanstalten zur Beratung.

Bezüglich der Arbeiterausschüsse fanden Annahme in der Deputation die Vorschläge, daß als Ausschuhmittglieder wählbar sind die seit mindestens zwei (bisher drei) Jahren ununterbrochen bei dem betreffenden Betriebe Beschäftigten über 25 Jahre, sowie daß die Ausschuhmittglieder Oblate aus ihrer Mitte wählen. §§ 3 bis 7 des Antrages wurden abgelehnt, insbesondere, daß die Oblate der Betriebsausschüsse an den verschiedenen Anstalten zu einem Gesamtausschuh zusammenzutreten, um gemeinschaftliche Angelegenheiten zu beraten, sowie daß die Mitglieder eines Arbeiterausschusses nur mit Zustimmung der zuständigen Verwaltungsdeputation entlassen werden dürfen.

Bezüglich der Anträge auf Verbesserung der Arbeitsverhältnisse wurde von einer sofortigen Wechselschlusung abgesehen, dieselben sollen bei der Stadtberatung in der Deputation zur Beratung gelangen. Doch wurde beschlossen, eine Nachprüfung der von Dr. Jabel überreichten Vorschläge durch das Bureau vornehmen zu lassen und demnächst darüber zu berichten, insbesondere bezüglich der behaupteten schlechten Entlohnung usw. der an den Anstalten Beschäftigten Metzger und Handwerker im Vergleich mit den Arbeitern und Handwerkern in anderen städtischen Betrieben.

Charité und Armenverwaltung.

Der Arbeiter L. in der Königsberger Straße hatte vom 20. bis 23. Juli 1910 ein Kind in der Charité und zahlte am 23. Juli, am Tage der Entlassung die für die vier Tage erwachsenen Kur- und Verpflegungskosten in Höhe von 12 M. prompt an die Charitékasse. Am 20. September erhält L. von der Berliner Armenverwaltung ein vom 14. September datiertes Schreiben, in welchem er aufgefordert wird, die für sein Kind für die vier Tage erwachsenen Kur- und Verpflegungskosten an die Armenverwaltung zu zahlen. 2 M. 25 Pf. seien an den Ortsarmenverband Ober-Schöneweide, in dessen Bezirk L. seine Beschäftigung hat, zu berichtigen, während 9,75 M. hier zu zahlen seien. L. bezog sich hierauf nach dem Bureau der Armenverwaltung und legte die Quittung der Charitékasse vor. Dort nahm man von der Bezahlung Akt, verwies den L. aber nach der Charité, so behauptet wenigstens L. Verständlich ist das nicht. Die Vorlegung der Quittung mußte ohne weiteres genügen, um die Sache in Ordnung zu bringen. An der Charitékasse sagte man zu L., die Sache sei in Ordnung, was er eigentlich noch wollte. In der Zwischenzeit hatte L. auch auf seiner Arbeitsstätte noch Auskunft über die 2,25 Schulden zu geben.

Damit aber noch nicht genug. Am 11. Oktober muß L. zum Armenvorsteher seines Bezirks kommen wegen der angeblich rückständigen Kosten. Auch hier konnte er nur sagen, daß die Kosten bezahlt seien.

Dieses Vorkommnis wirkt auf den Geschäftsgang bei den Behörden ein überdeutliches Licht. Einmal ist unverständlich, wie die Armenverwaltung die Kurkosten für das Kind L. an die Charité erstatten kann, wenn die Kosten bezahlt sind. Man ist auf die Vermutung angewiesen, daß trotz Bezahlung die Armenverwaltung zur Kostenerstattung aufgefordert worden ist. Dann aber ist unverständlich, wie die Armenverwaltung die Sache an den Armenvorsteher gehen lassen kann, nachdem sie sich durch Einsicht in die Quittung davon überzeugt hat, daß die Kosten gedeckt sind. Dem Arbeiter sind durch die Angelegenheit eine Anzahl Wege und Scherereien gemacht worden, die bei korrekter Geschäftsführung hätten vermieden werden können.

Das ganze Ergebnis des Verwaltungsjahres 1909, das bekanntlich für die Stadt Berlin mit einem Ueberschuß von 5 1/2 Millionen Mark abschloß, liegt jetzt vor. Der Jahresabschluß der Stadthauptkasse für 1909/10 ist so umfangreich, daß die Anlagen zum Abschluß der Spezialverwaltung zur besseren Uebersicht von dem Hauptabschluß getrennt wurden. Der Ueberschuß der Stadt Berlin stellt sich genau auf 5 268 758 Mark. Das klingt an sich erfreulich, birgt aber doch für den Stadtkämmereien einen bitteren Kern. Denn der Ueberschuß ist in Wirklichkeit gar nicht vorhanden, da der vorjährige Ueberschuß um nicht weniger als 2 717 000 M. größer war. Das bestätigt die bei den Etatsdebatten wiederholt zum Ausdruck gekommene Meinung, daß Berlin eigentlich von seinen Ueberschüssen zehrt. Es sind natürlich Millionenzahlen, mit denen der städtische Etat arbeitet. So betragen allein die Gesamteinnahmen über 328 Millionen Mark, denen an tatsächlichen Ausgaben über 308 Millionen Mark gegenüberstehen, wozu noch 12 Millionen an Ausgabenresten hinzukommen. Im einzelnen seien folgende Zahlen hervorgehoben: Die Ausgaben für die städtischen Grundstücke in den Vororten sind nach dem Abschluß um 175 510 M. gegen 1908 gestiegen und zwar hauptsächlich durch die Erhöhung der Grundsteuerjühe. Die Warenhandsteuer hat 1 741 705 M. erbracht, das sind 730 555 M. mehr, als nach dem Voranschlag berechnet worden war. Die Gewerbesteuer ergab 11 562 519 M. oder 282 675 M. mehr, wovon indes 204 488 M. zurückgezahlt werden mußten. Die Gemeindegrundsteuer, die mit 24,8 Millionen Mark eingestrichelt worden war, erbrachte 28 404 788 M., wovon 242 745 M. in Rest verblieben, somit fast 2 Millionen Mark mehr. Die Gemeindeeinkommensteuer, die mit 39 460 000 M. festgesetzt worden war, übertraf um 603 335 M. den Voranschlag. Interessant ist, daß die Zahl der Besteueren mit einem Einkommen über 3000 M. gewachsen ist, während die Zahl der Jensten mit einem Einkommen unter 3000 Mark fiel. Von der Gesamteinnahme von 40 Millionen Mark entfallen auf Besteuerte bis 7000 M. nur 6 993 000 M., auf Besteuerte über 3000 M. aber 19,7 Millionen Mark, auf Jorenen 3 1/2 Millionen Mark, auf juristische Personen 9 1/2 Millionen Mark und auf Militärpersonen 109 000 M. Die Hundsteuer, die mit 765 000 M. figuriert, schließt mit einer Einnahme von 809 202 M. ab. Der Zugang von über 40 000 M. ist durch die große Zahl neu zu versteuernder Hunde veranlaßt. Die Umsatzsteuer, auf 4 Millionen Mark Ertrag geschätzt, ergab 6,1 Millionen Mark.

Eisenbahnsterben. Ein Opfer seines Berufes wurde gestern der 70 Jahre alte Streckenwärter Wilhelm Meyer, der auf der Station Kaulsdorf tätig war. Als er gestern abend von einem Kontrollgange nach dem Bahnhof zurückkehrte und die Gleise des Bahnhofs überschreiten wollte, überfah der alte Mann, das in diesem Augenblick ein Zug angelassen worden war. Ehe sich der Greis in Sicherheit bringen konnte, wurde er von der Lokomotive erfasst, deren Räder den Bedauernswerten zermalmten, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Wegen Vergehens an Kindern wurde gestern der Emaille-Silberagent Karl Kiemer aus der Kaulsdorferstraße festgenommen. Kiemer, der Privatfreundschaft besuchte, traf fälschlich in einer Wohnung in der Müllerstraße vier kleine Mädchen, die gebadet hatten und nur notdürftig gekleidet waren. Er verging sich an den Kindern, die ohne Aufsicht waren und entfernte sich dann unbehelligt. In der Wohnung aber hatte der Unhold einen Brief verloren. Dieser führte die Kriminalpolizei auf die Spur des alten Sünders, der schon vorbestraft ist. Sie ermittelte, daß er nach Fort in der Lausitz gegangen war und ließ ihn dort verhaften.

Ein gewerbmäßiger Fahrradmarbler und Schlafstellen Dieb ist in der Person des 33 Jahre alten Johann Zimmermann durch die Kriminalpolizei unschädlich gemacht worden. Er betätigte sich ganz besonders auf dem Gebiete des Schlafstellen Diebstahls. Er pflegte Heinze Zimmer zu mieten und sobald sich ihm Gelegenheiten boten, führte er bei den Wirtsknechten aus. Bares Geld und Schmuckgegenstände raubte er hauptsächlich. Eine in der Panitzstraße wohnhafte Frau W. wurde ganz empfindlich durch den dreifachen Diebstahl. Die Fahrrad Diebstähle verübte er mit Vorliebe in den Vororten. Die gestohlenen Räder „verschärfte“ er dann bei hiesigen Produktenhändlern.

Für Fahrradbesitzer möge folgendes Vorkommnis eine Warnung sein. Ein Herr A. in der Kammersstraße wollte sein Fahrrad verkaufen und inserierte zu diesem Zweck den Verkauf in einer hiesigen Zeitung. Daraus erliefen in der Wohnung ein Mann und stellte sich als Kaufwütiger vor. Das Ansehen genügte ihm nicht, er wollte das Rad probieren. Das wurde ihm auch zugelassen. Ehe der Besizer sich aber verabschiedete, war der Käufer mit dem Rade verschwunden. Der auf diese Weise um sein Rad gekommene erzählte dieses Erlebnis einem Freunde; dieser erklärte, das selbe Schicksal sei auch ihm kürzlich passiert. Nach einigen Nachforschungen wurde der „Käufer“ in seiner Wohnung in der Kammstraße als ein Schlosser A. ermittelt und der Polizei angezeigt.

Wer ist die Tote? Aus der Spree gefandelt wurde gestern am Goltsiner Ufer die Leiche einer unbekannteren Frau. Die Tote ist ungefähr 30 bis 35 Jahre alt und 1,70 Meter groß, hat blondes Haar und trug einen schwarzen Rock, eine schwarze Bluse, einen weißen Unterrock und Hose, schwarze Strümpfe, sehr hohe Schuhe und eine anscheinend goldene, geigenförmige Brosche, die mit einem Steinchen besetzt ist. In ihrem Strumpf hatte sie eine Geburtsurkunde auf dem Namen Maria, Johanna, Emilie Görning, d. 1. 1881 Berlin geboren.

Ihren Verletzungen erlegen ist gestern früh die 65jährige Witwe Anna Kerbel aus der Vorstraße 18, die gestern nachmittag, wie bereits gemeldet, von einem Automobil überfahren wurde. Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Nikdorf. Für den

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich gestern früh am Kottbuscherdamm. Dort fuhr vor dem Hause Nr. 22 der Postkassierer Heimann aus der Mainzerstr. 19 in Nikdorf auf einem Zweirade gegen den Motorwagen Nr. 1823 der Straßenbahnlinie 31 und wurde bei dem Anprall in weitem Bogen von der Maschine geschleudert. Er stürzte so heftig auf das Straßengpflaster, daß er aus Kopf und Mund blutend benennungslos liegen blieb. Der Verunglückte wurde nach dem Urban-Krankenhaus überführt.

Ein Volks-Lieder-Saal. „Das Lied dem Volke!“ — Unter dieser Devise tritt am 14. Oktober ein neues großes Konzertunternehmen ins Leben, das in das hauptsächlichste Musikleben eine ganz eigene und neue Note tragen wird. Am Stadthofhof Liepziggarten, in den Räumen, die bisher der große Festsaal des Tiergartenhofes hießen, wird sich mit neuem Kamenschild der Berliner Volksliederklub austun, als Heimstätte eines populären Konzertunternehmens, das dem deutschen Liede gewidmet ist. Zu vollständigen Eintrittspreisen, 75 Pf. (resp. 1,25 M. einschließlich Garderobe und Programm mit sämtlichen Liedertexten, im vollständigen Rahmen und zugleich in vornehmer künstlerischer Form soll hier zum ersten Male als eigenes Genre das Lied in seinem besten Sinne dem großen Kreise derer geboten werden, die bisher auf mehr oder minder leichte Kost als musikalische Abendunterhaltung angewiesen waren, Fremde aber blieben im eigentlichen deutschen Liebeswald. Eine größere Anzahl erster Solisten wird an jedem Abend ein sorgfältig gewähltes Programm bestreiten, bestehend aus klassischen und modernen Liedern mit besonderer Berücksichtigung des volkstümlichen, einschließlich des Volksliedes, unter strenger Ausschließung alles Trivialen und Unkünstlerischen. Das alles in der zwanglosen Form der bisherigen populären Symphonie-Konzerte, deren Ergänzung diese vollständigen Liederabende bilden sollen. Der Volksliederklub steht unter der Leitung von Ludwig Kerner; ihm steht fördernd zur Seite ein aus den ersten Berliner Künstlerkreisen gebildeter musikalischer Beirat.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Schwer verbrannt wurde am Mittwoch im Betriebe der Firma Rix u. Gense, Genesstr. 5, eine in der Abteilung Stanzerei beschäftigte Arbeiterin Frau Schombel. Mit entsetzlichen Brandwunden bedeckt, wurde die Unglückliche durch die herbeigerufene Feuerwehr in das Schöneberger Krankenhaus geschafft. Von den Arbeitern des Betriebes wird lebhaft bedauert, daß nicht einmal Deden vorhanden waren, um die Flammen, die am Körper der Verunglückten emporzüngelten, zu ersticken. Wie wenig die Arbeiter der Abteilung vor Unfallsgefahren geschützt waren, beweist, daß zwei Kästen mit Benzin nur wenig über zwei Meter von der im Betriebe benutzten Feldschmiede entfernt standen. Erst nach dem Unglücksfall wurden die Kästen entfernt.

Nikdorf.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag in der Hermannstraße. An der Kreuzung der Anseledstraße hatte das achtjährige Töchterchen des Plätterei-Besizers Hahn, Anseledstraße 37, mit anderen Kindern gespielt. Als mehrere der Kleinen auf den Fahrbaum liefen, kam ein Gänsetransportwagen in ziemlich scharfem Trab herangefahren. Die Kinder stoben auseinander; der Kleinen H. war es nicht mehr möglich, den schlagenden Bürgersteig zu erreichen. Sie wurde unter die Räder gerissen und in schwerem verletztem Zustande vom Platz getragen.

Friedenau.

Aus der Gemeindevertretung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird ein Brief eines Kohlenlieferanten verlesen, der gegen die Galtigkeit der vorletzten Sitzung Einspruch erhebt. Der Herr ist mit seinem Angebot betreffend Kohlenlieferung für die Gemeinde in der in Frage kommenden Sitzung durchgefallen. Jedes Mal, wenn Gemeindeforderungen oder Lieferungen nicht nach Friedenau vergeben werden, werden im Friedenauer Ortsblättern Enttäuschungsausschriften veröffentlicht. Das hat in der letzten Zeit eine gewisse Spannung zwischen dem Gemeindevorstand und dem ihm sonst eng befreundeten Spieghertum erzeugt. In den Ausführungen, die der Gemeindevorstand in der Angelegenheit machte, kam das so recht zum Ausdruck. Er erklärte, daß er in keiner der vier Kommunen, wo er bisher tätig war, einen unselbständigeren Handelsstand angetroffen habe, wie hier am Orte. Die widerlichsten Sachen spielten sich in seinem Bureau ab. — Wenn wir auch sonst selten mit dem Gemeindevorstand übereinstimmen, in diesem Falle hat er ausnahmsweise recht. Es gibt wohl in keinem Orte um Berlin ein rüchzigeres und bornierteres Spieghertum wie in dem Beamtenort Friedenau. — In der Sitzung wurde beschlossen, die in der Kaiserallee zwischen Friedrich-Wilhelm-Platz und Absteinstraße an den Häusern stehende Baumreihe zu entfernen. Die Tischlerarbeiten für die höhere Mädchenschule werden an die beiden mindestfordernden Firmen Herzog-Friedenau und Höcker-Schöneberg vergeben. Auf eine Anfrage unseres Genossen Richter, wie weit die Frage der Vertzuwachsteuer gediehen sei, antwortete der Bürgermeister, daß sich der Gemeindevorstand in den nächsten Tagen mit der Angelegenheit befassen werde. Danach werde der Gemeindevertretung das Material vorgelegt werden.

Ober-Schöneweide.

Gemeindevertretung. Die von der Gemeinde vor einigen Jahren in eigene Regie übernommene Gemeindeablage an der Kaufenerstraße ist durch die Errichtung einer nebenliegenden Privatablage in ihren Einnahmen stark zurückgegangen. Vom Besizer der letzteren ist der Gemeinde ein Pachtangebot gemacht worden. Es wurde beschlossen, für eine Pachtsumme von 3000 M. die Gemeindeablage auf ein Jahr zu verpachten. Bei der Herstellung der Hausanschlüsse für die Kanalisation im neu erschlossenen Ortsteil haben infolge der tiefliegenden Leitung für die Wasserhaltung Kosten aufgewendet werden müssen, die den von den Hausbesitzern zu erstattenden tariflichen Betrag weit übersteigen. Die Vertretung beschließt die Schaffung eines jährlich neu festzustellenden Tarifs mit der Bestimmung, daß die Selbstkosten für alle Fälle zu erstatten sind.

Für Benutzung der Schutzhäuserbäder im Winter ist in der 1. Gemeindefebule die Erweiterung der Zentralheizung notwendig. Die Mittel hierfür werden bewilligt. Der Vertretung lag zu dieser Angelegenheit eine Auffassung über die Benutzung der Bäder vor. Vom Genossen Rutz wurde angeregt, die Lehrerschaft möge mehr als bisher auf die Kinder einwirken, die Bäder zu benutzen. Die Mittel zur Beschaffung von Bänken und technischer Einrichtungen der Physikklasse der höheren Mädchenschule werden bewilligt.

Bei der Ertragswahl für verschiedene Kommissionen wurde Genosse Rutz in die Baukommission und Winkelmann in den Steueranschluß gewählt. Die von der Vertretung vorgenommene Ertragswahl des dritten Schöffens fiel auf den Vertreter Derwig. In nichtöffentlicher Sitzung wurde beschlossen, daß die Wahlstellen des Gemeindefriedhofes nur unter besonderen Umständen an Auswärtige verkauft werden sollen. Von unferen Genossen wurde die Verringerung der Wahlstellen und von anderer Seite eine Erhöhung der Verkaufsgebühren für Auswärtige befürwortet. Beide Anregungen werden der Friedhofskommission überwiesen.

Am Sonnabend, den 15. Oktober, feiert der Arbeiterturnverein im Wilhelmshof sein hiedestes Stützungsfest. Da der Verein sich dem Wahlverein zu allen Festen zur Verfügung stellt, ersuchen wir die Parteigenossen, das Fest ebenfalls zu unterstützen.

Nikdershof.

Der Arbeiter-Gesangverein „Frohmann“ veranstaltet am Sonnabend, den 15. Oktober, im Lokal von Böhme in Bismarckstr. 24, Gesangsteil veranb.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

sein zehntes Stützungsfest. Da der Verein bei allen Veranstaltungen der Partei und Gewerkschaften mitwirkt, ersuchen wir die Genossinnen und Genossen, für zahlreichen Besuch des Festes Sorge zu tragen. Der Eintrittspreis beträgt für Herren 50 Pf. inkl. Tanz, für Damen 30 Pf.

Reinickendorf.

Am Sonnabend, den 15. Oktober, feiert der Arbeitergesangverein „Einigkeit“ in den Eichbornhöfen, Eichbornstr. 60, sein 18. Stützungsfest, bestehend aus Konzert, künstlerischen Aufführungen und Tanz. Da der Verein sich stets der Partei zur Verfügung stellt, werden die Genossen und Genossinnen ersucht, sich recht zehge an dem Feste zu beteiligen.

Mahlsdorf a. d. Ostbahn.

Ueber „die Sozialdemokratie im Kampfe gegen die herrschende Reaktion“ referierte vor einer von etwa 300 Personen besuchten Versammlung im Lokal „Heidekrug“ Genosse Arthur Stadthagen. In seinem Vortrage zeichnete er ein treffendes Bild der herrschenden reaktionären Verhältnisse in Deutschland. In der Diskussion beschäftigte sich Genosse Käming mit der Haltung der Polizei während der Moabiter Woche. Genossin Duchmann brachte einen Fall von Kinderausbeutung im Kaulsdorfer Schützenbause zur Sprache, wo Kinder zum Heben der Schützenhände verwendet wurden. Der glänzende Besuch der Versammlung hat bewiesen, daß alle Schichten der Einwohnerschaft ein lebhaftes Interesse an den politischen Tagesfragen haben.

Neu-Zittau (Kreis Weesow).

In einer gut besuchten Volksversammlung referierte Genosse Voeste, Nikdorf, über das Thema: „Dem Volke die Finanzreform, dem Kaiser 8 1/2 Millionen.“ Wie sehr der Referent im Sinne der Versammelten gesprochen hatte, bewiesen die Beifallsbezeugungen während und am Schlusse des Referats.

In der Diskussion wurde vom Genossen Schulz die Königsberger Rede gebührend gewürdigt. Genosse Witzorick legte in warmen Worten den Anwesenden nahe, sich der politischen Organisation anzuschließen, desgleichen wies Genosse Pette auf die Bedeutung der Gemeindevahlen hin. Nach dem fernigen Schlußwort des Referenten ging die Versammlung in begeisterter Stimmung auseinander. Wie konstatieren, daß nicht unjnost gearbeitet wurde, denn eine Reihe Aufnahmen fanden statt.

Moggen (Kreis Teltow).

Die Gehegeunkundigkeit der Ortsgewaltigen in den Provinzgemeinden treibt manchmal wunderliche Wüten. Am Montag, den 10. d. M., fand in Moggen die Gemeindevorstandswahl statt. Die Wahlzeit war von 10 1/2—11 Uhr vormittags, also auf nur eine halbe Stunde festgesetzt. Die Folge davon war denn auch, daß von 78 eingeschriebenen Wählern nur 18 ihr Stimmrecht ausüben konnten. Der größte Teil der Wahlberechtigten ist in der Provinz in Arbeit. Der Kandidat der Sozialdemokratie erhielt 7 Stimmen, die übrigen 9 Stimmen verteilten sich auf die beiden Kandidaten der bürgerlichen Parteien, so daß sich eine Stichwahl notwendig machte. Diese engere Wahl wurde nun unmittelbar im Anschluß an die Hauptwahl vorgenommen, was den Vorschriften der Landgemeindeordnung direkt widerspricht, zumal nur ein Bruchteil der Wahlberechtigten ihr Wahlrecht ausgeübt hatten. Ratloslich fanden sich in der Stichwahl die feindlichen bürgerlichen Brüder sehr schnell zusammen, galt es doch, die verhasste Sozialdemokratie aus der Gemeindevorstand fernzuhalten. Jedenfalls wird aber das Oberverwaltungsgericht die gehegeunkundigen Wahlleiter bestrafen, daß man leider auch den Sozialdemokraten gegenüber die gesetzlichen Bestimmungen wahren muß.

Teltow.

Ueber die politische Lage und die letzten Kaiserreden referierte Genosse Ldo in einer von etwa 250 Personen besuchten Versammlung unter freiem Himmel. In seinem Vortrage beleuchtete der Redner besonders die politischen Heldentaten in Moabit. Der von lebhaftem Beifall begleitete Vortrag klang aus in einem warmen Appell an die Teilnehmer, angefaßt von bestehenden politischen Zustände den Anschluß an die Organisationen der Arbeiterschaft zu vollziehen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Eintgart, Paul Singer) ist soeben das 2. Heft des 2. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Die Moabiter Krawalle. — Das neueste Leben Berl. Von R. Kaulsd. — Ein Parteikonferenz über den Kleingrundbesitz. Von Oda Oberg. — Die paritätische Arbeitsvermittlung in der Holzindustrie. Von Rich Larnow. — Literarische Rundschau: Ferdinand Reichsleiter u. Pong, Die Hochschulpolitik Hohenblaus und der österrische Bauernstand. Von M. N. Karl Grünberg. Die Agrarverfassung und das Grundbesitzungsproblem in Böhmen und der Herzogentum. Von J. Karstl. Dr. Ignaz Jollanda, Das Massenproblem unter besonderer Berücksichtigung der theoretischen Grundlagen der südlichen Klassenfrage. Von G. G. G. — Reichstagsrundschau. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Antikler Martibericht der städtischen Parkballe-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Martilage: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Wild: Zufuhr nicht genügend, Geschäft reger, Preise beständig. Geflügel: Zufuhr in Böhmen reichlich, sonst genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise nicht beständig. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise für Hechte nachgebend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft still, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 12. Oktober 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerrand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft in °C	Stationen	Barometerrand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft in °C
Sonnenberg	761,3	SE	2	heiter	12	Kadarsand	757,1	SE	2	bedeckt	-0
Damberg	763,3			bedeckt	12	Petersburg	761,5			bedeckt	8
Berlin	762,5			1 haub. bb.	11	Schw.	759,0			3 wolfig	13
Frankfurt	762,0			3 haub. bb.	12	Aberdeen	777,0			3 wolfig	10
Wien	762,0			2 wolfig	9	Wars	761,0			2 Regen	7
Wien	764,0			Webel	9						

Wetterprognose für Freitag, den 14. Oktober 1910.

Trocken und vielach heller, etwas kühler bei ziemlich trübem nordöstlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	12.10.		11.10.	
	am	11.10.	am	11.10.
Remel, Thri	112	0	112	0
Bregel, Ankerburg	—32	—2	—32	—2
Wegsel, Born	54	0	54	0
Ober, Rathbor	214	—7	214	—7
Krossen	244	+14	244	+14
Frankfurt	227	+11	227	+11
Watzke, Schriem	29	+3	29	+3
Watzke, Schriem	—4	0	—4	0
Regel, Borsand	—10	—5	—10	—5
Elbe, Helmterg	88	—15	88	—15
• Dresden	—20	—16	—20	—16
• Harde	200	—7	200	—7
• Magdeburg	208	0	208	0
Saale, Großhly	88	0	88	0
Havel, Spandau	80	0	80	0
Rathenow	96	—1	96	—1
Spree, Soremburg	100	0	100	0
Deeslow	161	0	161	0
Weser, Minden	—90	+2	—90	+2
• Minden	—13	—5	—13	—5
Rhein, Maximiliankan	400	—2	400	—2
• Raab	198	—3	198	—3
• Rbin	189	—4	189	—4
Redar, Heilsbrunn	52	—2	52	—2
Rain, Berthelm	125	—1	125	—1
Ravel, Trier	87	+2	87	+2

*) + bedeutet Hoch, — Fall. *) Unterbreit.